

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13688.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Der Landesparteitag der sächsischen Fortschrittler übte an der Landtagsfraktion scharfe Kritik. Der Parteitag stimmte dem liberalen Wahlbündnis zu.

Die Generalversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin beschloß die Gründung eines Kampffonds für den Massenstreik.

Auf dem Hansabundstage in Köln ergingen sich mehrere Redner in heftigen Angriffen auf die Sozialdemokratie.

In Frankreich hat Viviani ein Kabinett gebildet.

Im griechisch-türkischen Konflikt ist eine Entspannung eingetreten.

Die Radikalen am Scheidewege.

Ein zerschmetternder Schlag ist auf die Kriegsheer- und Rüstungstreiber in Frankreich wie in Deutschland gefallen: die Mehrheit der französischen Kammer hat das Kabinett Ribot, das Kabinett der dreijährigen Dienstzeit und der Rüstungsheer, hinweggesetzt, ehe es noch zu Taten gekommen ist. Ein Wutgeheul der chauvinistischen Presse hat darauf geantwortet, die Bedeutung enthüllend, die dies Ereignis für die Geschichte Frankreichs hat.

Der Sturz des Kabinetts Ribot steht einzig da in der Geschichte der dritten Republik. Die ungeheure Erregung, die die französische Kammer während der Debatten des 12. Juni durchzitterte, legt Zeugnis davon ab, daß sich die Parteien bewußt waren, vor einem weltgeschichtlichen Augenblick zu stehen, dessen Tragweite voll zu ermessen heute noch unmöglich ist. Nicht um die dreijährige Dienstzeit, nicht um die Finanzreform, nicht um die Persönlichkeiten des Kabinetts Ribot allein ging der Kampf: es war ein Kampf der Demokratie im Namen der Mehrheit des französischen Volkes gegen die Herrschaft außerparlamentarischer Cliquen, ein Kampf gegen Chauvinismus, Militarismus und Hochfinanz. Der 12. Juni hat der sozialistischen und bürgerlichen Demokratie in diesem Kampfe einen glänzenden Sieg gebracht. An der Festigkeit und Kraft der bürgerlichen Demokratie wird es nun liegen, den errungenen Sieg weiter zu verfolgen. Dieser Sieg, voll ausgenutzt, muß eine vollständige Umwälzung der inneren und äußeren Politik Frankreichs zur Folge haben.

Als unser Genosse **Marc S e m b a t** unter stürmischem Beifall der ganzen Linken in glänzender und leidenschaft-

licher Rede eine große Abrechnung mit den Bestrebungen hielt, deren Ausfluß das Ministerium Ribot war, rief er aus: „Man hat sich nicht geschaut, den Franzosen vorzureden, daß die Deutschen ein Ministerium **V i v i a n i** wünschen und vor einem Ministerium **R i b o t** zittern!“ Und in der Tat, die „deutsche Gefahr“ ist der Popanz gewesen, mit dem man das französische Volk hat schrecken wollen! Man hat geredet von kriegerischen Absichten Deutschlands, man hat das Gekröse der chauvinistischen deutschen Presse ausgegeben für die Stimme des deutschen Volkes, man hat geglaubt, durch diese Vorpiegelungen das französische Volk in den Bann der imperialistischen Politik zu ziehen, wie sie vertreten wird von den **Delcassé** und **Bourgeois**. Das französisch-russische Bündnis, das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit sind die Ausflüsse dieser Politik gewesen. Sie zu verteidigen sollte die Aufgabe des Kabinetts Ribot sein. Hinter ihm stand der Präsident der Republik, hinter ihm standen die republikanischen Anhänger einer imperialistischen Politik, hinter ihm stand die Reaktion. Angetrieben von diesen Kräften, hat sich **P o i n c a r é** an ihrer Spitze den aus den Wahlen siegreich hervorgegangenen Parteien entgegengeworfen. Er glaubte, eine neue Epoche in der Geschichte Frankreichs einzuleiten zu können, eine Epoche, in der der Wille des Präsidenten und der reaktionären Cliquen triumphieren sollte über den Willen der Mehrheit des Volkes. Rußland, dessen „kostbare Freundschaft“ der Ministerpräsident des Dreijähriges, **Ribot**, in seiner Erklärung vor der Kammer präs, hat ihn dazu ermutigt. Er wagte den Kampf und berief an die Spitze des Ministeriums **Ribot**, jenen **Ribot**, der als Minister des Meufren seitenerzeit das französisch-russische Bündnis gemacht hat, der 1899 an der Spitze der **Krisikal-kon-**servativen Opposition den **Rainaf** gegen die **Waldes-****Roussau** und **Combes**, gegen die Trennung von Kirche und Staat und gegen die sozialen Reformen führte, jenen **Ribot**, der für indirekte Steuern eintrat, der die dreijährige Dienstzeit aufrechterhalten wollte.

Aber der Staatsreich **Poincaré** im Namen der dreijährigen Dienstzeit, im Namen des französisch-russischen Bündnisses, im Namen einer aggressiven Politik Frankreichs, im Namen der Kriegsheer, ist mißglückt. Unter dem Rufe: „Nieder mit der dreijährigen Dienstzeit!“ hat sich die Linke der französischen Kammer ermannt und hat das Kampfkabinett des Kampfräsidenten davongejagt. Die Demokratie reckte sich auf und wies mit erhobenem Finger nach dem Ausgang, durch den das Ministerium der Umarmung davonstieß. Das ist ein Mahnruf, der an die Rüstungstreiber ergeht: „Kriegsheer hüben und drüben! Hört es: das französische Volk will keine Aufrüstung, will keine aggressive Politik! Nieder der Weltkrieg, es lebe der Weltfrieden!“

Dieser Sieg der Demokratie über die unerhörten Rüstungsheerereien ist es, der dem Sturz des Kabinetts Ribot seine Bedeutung gibt, der die jetzige Ministerkrise erhebt weit über die Bedeutung der früheren hinaus. Aber dieser Sieg, wir wiederholen es, ist verloren im Augenblick, wo die bürgerliche Demokratie von seiner Verfolgung abläßt. Ihre Gegner liegen am Boden, aber sie sind nicht zertrümmert. Schon strebt ihnen Rußland die hilfreiche Hand entgegen! Der russische Kriegsminister ruft in der **Birshewia** **Wjedomosti** unter **Zanfarenstikhin** nach der Aufrückhaltung der dreijährigen Dienstzeit: Rußland könne nicht gleichgültiger Zuschauer bei der französischen Krise bleiben. „Wir haben alles getan, wozu unser Bündnis mit Frankreich verpflichtet, und wir haben selbstverständlich das Recht, zu erwarten, daß auch unser Bundesgenosse seine Verpflichtungen erfüllt. Man kennt im Ausland die ungeheuren Opfer sehr gut, die wir gebracht haben, um unserer Allianz eine außerordentlich imponierende Macht zu verleihen. Es ist deshalb nur natürlich, wenn wir uns für berechtigt halten, von Frankreich eine Heeresziffer von 770 000 Mann zu erwarten. Aber dieses Kontingent kann nur unter der Bedingung erreicht werden, daß die dreijährige Dienstzeit aufrechterhalten wird. . . . Frankreich und Rußland wollen den Krieg nicht, aber Rußland ist bereit, und es hofft, daß Frankreich es gleichfalls sein wird.“

Und **Poincaré** wäre nicht er selbst, wenn er sich ergeben würde. Es ist ihm nicht gelungen, das zweideutige Kabinett **Viviani** flottzumachen. Er hat sich darauf in dem Kabinett **Ribot** eine Waffe gegen die Kammerlinke zu schmieden gesucht. Diese Waffe ist ihm in der Hand zerbrochen. Noch einmal will er es jetzt mit einem Kabinett **Viviani** versuchen.

Ein neues Kabinett **Viviani** aber, wir betonen es, ist kein Zugeständnis an die Kammermehrheit, es bedeutet keine Unterwerfung des Präsidenten unter den Willen der Mehrheit. Es ist ein letzter Versuch, die Partei der vereinigten Radikalen zu zerplittern. **Poincaré** hat **Viviani** abermals berufen, und abermals hat ihm **Viviani** eine Liste vorgelegt. Aber jener **Viviani**, der sich dem Präsidenten gegenüber schwach zeigte, der die dreijährige Dienstzeit halten wollte, er ist nicht der Mann, um in der jetzigen Situation eine entschiedene Politik im Sinne des Programms der Vereinigten Radikalen von **Pau** zu führen. Ein Kabinett **Viviani**, haben bereits zahlreiche sozialistische und radikale Abgeordnete erklärt, würden sie ebenso erbittert bekämpfen wie das Kabinett **Ribot**. Und der greise Führer der Radikalen, **Combes**, hat dem Anstehen **Vivianis**, in sein Kabinett einzutreten, ein entschiedenes Nein entgegengesetzt.

Im Interesse der Selbsterhaltung kann und darf die radikale Partei jetzt ein Ministerium unter dem schwanken-

Feuilleton.

Ich bin das Schwert!

Roman von Annemarie v. Nathusius.

88] Nachdruck verboten.

Trotz ihrer Armut, ihrer Lebensunsicherheit waren sie die Schenkenden, die Wohligen, die Ritter der Erde.

Georg Land verkaufte seine Bilder Stück für Stück an einen Kunsthändler um hundert Mark, nur damit er schaffen, immer schaffen konnte. Der Kunsthändler wartete seine Zeit ab, um sie dann für den dreifachen Preis weiter zu veräußern. Aber das beugte ihn nicht, ja es verbitterte ihn nicht einmal. Er hätte Konzessionen machen, dem Publikumsgeschmack nachgeben können, aber die Kunst war in seinen Augen nicht dazu da, um nach Brot zu gehen — alle große Kunst habe keinen Nützlichkeitssinn.

Damit war er fertig. Da er zu den Revolutionären gehörte und alle Tradition in der Kunst ablehnte, hatte er gewiß einen schweren Stand.

Paul Ganter war aus demselben Holz. Aus seiner Redakteurslaufbahn kannte er den Zeitungsbetrieb. Er wußte, was man brauchte, was der Augenblicksgeschmack haben wollte, und doch schrieb er seinen Roman, ein herbes, eigenwilliges Buch, das ein Jahr lang von Verlag zu Verlag wanderte, bis es irgendwo gedruckt wurde.

„Ach bedauere nicht, daß ich heute freier Schriftsteller bin, wenn es mir auch schlecht geht. Aber lieber hungern, als in den Fremdbienst zurück. Meine Zeit kommt noch. Man muß weiter arbeiten.“

Wie tapfer das klang. Ich stieß mit ihm an. „Lieber hungern, als in die Fron zurück —“ sagte ich begeistert, „das ist es, was auch ich durchhalten will.“

„Wir beschäftigten uns seit acht Tagen unausgesetzt mit Ihnen“, erzählte die kleine Malersfrau. „Wie eine Märchenprinzessin tauchten Sie auf in Ihren Spitzen und Perlen an diesem bescheidenen Küstentisch. Und wir zerbroschen uns den Kopf über Sie. Was für einen schönen Namen Sie

haben: **Kenate von Falkenhain** — das klingt wie eine Ballade.“

„Eine Baronin **Wandlich**, deren Bilder wir in unserer Zeitung einmal brachten, sieht Ihnen sehr ähnlich.“

Ganter sah mich forschend an.

„Diese Baronin war ich. Aber weil sich an diesen Namen die größten Erniedrigungen meines Lebens knüpfen, nenne ich mich wieder wie in meinen Mädchenjahren.“

„Nun verstehe ich vieles.“ Ganter sah nachdenklich in sein Glas.

Er war mir gar nicht mehr fremd. Wie ein Bruder, der mir immer gefehlt hatte, kam er mir vor. Ich hätte ihm sofort das größte Vertrauen schenken können.

Auch war er im höchsten Grade interessant und unterhaltend. Wenn er behauptete, daß Gewissen und Fehlgelbst im Grunde dasselbe seien, daß es keinen guten Einfluß gäbe, denn aller Einfluß sei unmoralisch, weil er die persönliche Linie des andern verwickle, so hörte ich ihm mit wahrhafter Freude zu.

„Die Moral ist der Militarismus des Geistes“, sagte er, „hierzulande wird selbst die Kunst durch diesen Gleichmachungstopf gezogen. Darum lesen Sie die modernen Russen und vor allem die Franzosen! Die haben gewußt, daß es nur gut oder schlecht geschriebene Bücher gibt und daß die Moral in der Kunst nichts zu schaffen hat.“

Schon am nächsten Tage brachte er mir **Bolzac** und **Flaubert**.

Es war für mich ein ganz neues Leben voll Lieberausung und Anregung, von einem andern Reichum, als ich ihn bis jetzt gekannt. Es tat mir nur eins leid: daß ich mit leeren Händen vor diesen meinen neuen Freunden stand, denen ich so gerne ein Mäzen gewesen wäre. Denn alle Kunst kann doch nur Treibhauspflanze sein, wenn sie sich unter dem Trud der Verhältnisse entwickeln muß. Welche ermühten Wege rollte das Gold! Ich wußte es, ich hatte es gesehen.

Lieber polsterten sie eine Dirne aus, als daß sie einem Künstler hassen, diese Schamlosen, diese Satten. Als ob es nicht die einzige Ehre wäre, die ihrem Gelde zuteil werden kann: einem Künstler den Weg zu ebnen, ein Stück Kultur ihres Landes zu fördern.

Aber wenigstens durfte ich die drei zu meinen bescheidenen Gastereien laden und wir tauserten dabei nicht mit Frölichkeit und Verehrung.

Da wurde manche Schlacht geschlagen, mancher Tempel eingeworfen — mancher Göthe gestürzt.

„Frankreich hat den ersten Schritt aus dem Mittelalter hinaus getan, indem es Kirche und Staat reinlich voneinander trennte“, sagte Ganter, „**Roussau** und **Voltaire** waren dort kein schönes Umsonst, wie **Goethe** bei uns.“

Wie furchtbar schwer ist der Weg eines ersten, im christlichen Aberglauben erzogenen Menschen von der Kirche zur gelunden Gottlosigkeit! gab ich ihm zu. „Wie unnötig alle diese inneren Kämpfe, die durch Erziehung heraufbeschworen werden, und wie unredlich von einem Volke, heute überhaupt noch Kirchen zu bauen!“

„Aber wie bequem für alle Machthaber ist es, der großen Masse das **Empopeia** vom Himmel immer wieder vorzubeten“, lachte Land. „Gibt es etwas Klügeres, als dem Volke die Seligkeit nach dem Tode zu versprechen, um die Kapazitäten auf dieser Erde allein zu essen?“

Jedesmal geriet meine kleine Tafelrunde in wildeste Empörung, wenn ich von meinen Erlebnissen sprach. Wie man bei uns daheim während der Ernte verfuhr: die armen Arbeitstiere, um sie noch länger bei der Fron zu halten, als gewöhnlich, mit Spiritus und Fusel bewirtete. Ein Onkel von mir sahre während der Kartoffelernte immer selbst mit einer Flasche aus der Brennerlei auf den Feldern herum.

Aber immer und immer wieder kehrte ich zu dem Martyrium der Frauen zurück.

Ihr tausendjähriger Fluch ist ihre moralische Unfreiheit, ihre Ehre, die eigentlich nur vom Gürtel abwärts besteht. Daß nicht jede Frau schamrot wird bei dieser frechen Vergewaltigung ihrer Menschenrechte! Gebt er noch all die Erniedrigungen, wenn wir unsre Ehre da suchten, wo der Mann sie hat? Der wahrhaftige Gedanke von der sogenannten Keuschheit und Unberührtheit der Frau als ihrem edelsten Gut gebiert ihre größte Schande: die Verbeile, gebiert alle ihre Erniedrigungen, deren wir durch den Mann ausgehrt sind. Das ist mein fester unumstößlicher Glaube,

Vorgehen hat ihr zur Einigkeit verholfen, es hat sie zu einer rühmlichen Kapitulation angezogen. Will sie jetzt ihren Sieg verfolgen, und sie muß es wollen, so kann es für sie nur eine Lösung geben: Combes Präsident der Republik! Dann ist auch die Gewähr eines radikalen Ministeriums gegeben.

Die Aufgabe aber, die des neuen Kabinetts harzt, ist so schwer wie bedeutend. Durchführung des Programms von Paul das ist die Forderung, mit der die radikale Partei in den Wahlkampf gezogen ist, die Forderung, die ihr zum Siege verholfen hat, die Forderung, die ein radikales Kabinett durchsetzen mußte. Unsere französischen Genossen werden ein Kabinett, das es ernst meint mit dieser Durchführung, die Frankreich auf dem Wege zu einer wahrhaft demokratischen Republik weit vorwärts treiben würde, auf das tatkräftigste unterstützen. Aber wird der Radikalismus fest bleiben? Wird er, unbeirrt von dem Geschrei und den demagogischen Künsten seiner Gegner, sich in den Besitz der Macht setzen? Und einmal im Besitz der Macht, wird er sie ausüben im Sinne der Demokratie? Aufgabe unserer Genossen wird es sein, ihn auf dieser Bahn vorwärts zu treiben. Ein Abirren von dieser Bahn würde den Schiffbruch des Radikalismus bedeuten.

Unsere Genossen sind es gewesen, die dem Radikalismus die Bahn freigemacht haben. An ihm ist es nun, auf ihr vorwärts zu schreiten. Scheitert er, nun gut! so wird die Welt wissen, daß die Sozialdemokratie der einzige Hort der Demokratie und des Friedens ist. Keine Verpflichtungen, kein Bloßabkommen bindet die französische Sozialdemokratie an die Partei der vereinigten Radikalen. Ein Schiffbruch dieser Partei würde sie unberührt lassen.

Versteht es aber die radikale Partei, die bedeutende Aufgabe, die ihr der Augenblick auferlegt, zu lösen, benutzt die bürgerliche Demokratie den Sieg, den sie gemeinsam mit der proletarischen Demokratie erfochten hat, um der französischen Politik eine entscheidende Wendung in der Richtung der Demokratie und des Friedens zu geben, so harzt unserer französischen Genossen die größte und schönste Aufgabe. Dann wird es an ihnen sein, unbeirrt von allen Lockrufen der bürgerlichen Demokratie, unbeirrt von allen reformistischen Tendenzen, klar und entschlossen für die Forderungen des Proletariats gegenüber dem kapitalistischen System einzutreten, den Kampf zu führen Klasse gegen Klasse, bis der einst der Tag anbrechen wird, an dem der Machtkampf zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie entschieden werden wird.

Biviani hat ein neues Kabinett zusammengestellt. Darüber wird gemeldet:

Paris, 13. Juni. Das Kabinett Biviani ist endgültig konstituiert. Der neue Ministerpräsident hat sich heute nachmittag ins Elysee begeben, um dem Präsidenten der Republik die Liste seiner Mitarbeiter vorzulegen. Diese lautet: Präsidium und Außenminister: Biviani, Justiz: Bivenne-Martin, Inneres: Malvy, Krieg: Messimy, Marine: Gauthier, Finanzen: Rouleux, Unterricht: Kugagneur, Öffentliche Arbeiten: René Renaud, Ackerbau: David, Handel: Thompson, Kolonien: Raynaud, Arbeiter und soziale Fürsorge: Dupleix, Unterstaatssekretär des Inneren: Faucher, Unterstaatssekretär der schönen Künste: Dalimier, Unterstaatssekretär des Krieges: Sauraine. — Der Unterstaatssekretär des Inneren ist noch nicht bestimmt, wahrscheinlich wird jedoch Abel Ferry dazu ernannt werden.

Montag früh wird ein Kabinettsrat und Dienstag früh ein Ministerrat abgehalten werden. Das neue Ministerium wird sich wahrscheinlich am Dienstag der Kammer vorstellen.

Und für den will ich kämpfen, solange ein Tropfen Blut in mir ist."

"Am wenigsten Dank und Glauben werden Sie bei den Frauen selber ernten," bemerkte Ganter dazu.

"Schande über sie!" rief die kleine Frau Land und drückte meine Hand. "Schande über die Frauen, die aus ihrem Leben das Leben selbst hinausküßeln wollen, die verrotten in der Wüste oder sinnliche Schleimwege gehen. Sie täten besser, sich in aller Deffentlichkeit einen Liebesklaven zu halten."

Dann lachten unsre beiden Herzen wohl. Aber ich gab ihr recht. "In der Ueberwindung der Liebe, die immer ein Geschlechterkampf, das Erkennen zweier Tiere ist, liegt die Befreiung und der Anfang zur Kameradschaft im höheren Sinne."

"Aber die Liebe ist doch die beste Fackel zu allen Taten," beharrte Ganter.

"Sie ist auch die schlimmste Tyrannei," sagte Land.

"Ich dachte an meine Erlebnisse. Me in Haupt sollte sie nicht mehr in den Staub zwingen, diese Göttin der Sinne. Ich wollte ihr winken, wie der Mann ihr winkte, um die Last von mir zu tun. Ich wollte ihr winken, wenn ich Lust hatte, in ihrem Boot zu fahren, an ihren Rosen mich zu freuen. Aber sobald sie ihre erste Frische verloren, diese Rosen, wollte ich ihre Blätter mit kalten, spielenden Händen auf den Wellen verstreuen. Die Treue meiner Seele sollte für Schöneres glücken, als für die Brunst meines Blutes. Sie sollte glücken und sich bereiten für das Fest der Feste — für den Götterfunken, den Freundesbund, für die Kameradschaft der Herzen, die höher, tiefer und härter ist, als der Tod. Die das Herdfeuer unseres Lebens ist, das einzige, das nie verlöschen sollte."

Davon sprach ich Ganter auf den einsamen Gängen über die Dünen oder am Strande. Sein bewegtes Dichterherz erfaßte die Wünsche meiner Seele, gab ihnen stärkere Flügel, heißeres Sehnen.

"Sie haben recht in allem, was Sie loben," sagte er. "Denn die Ergebnisse sind das Entscheidende, nicht die Anpassungsfähigkeit, in der unsernem bekanntlich jeder Schullehrer überlegen ist."

Sein festgestaltetes schönes Buch, das mir mit Balzac verwandt und auf gleicher Höhe schlen, wies mir viel bessere Wege des Schaffens und Strebens, als ich sie bisher gefunden hatte. Mit Mut und Freudigkeit begann ich meine neue Arbeit, vor der ich mich so gefürchtet hatte.

Aber diese merkwürdige und schreckliche Erholungsrotze sollte für mich ein jähes Ende nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Verbandsstag der Transportarbeiter.

k. Köln, 12. Juni.

Vierter Verhandlungstag.

Die Delegierten, die gestern für die Vorlage des Vorstandes für die Festsetzung der Beiträge stimmten, vertreten rund 137 000, die Gegner 72 500 Mitglieder. Die neuen Sätze wurden also mit übergroßer Mehrheit beschlossen.

Bei der fortgesetzten

Statutenberatung

lehnte der Verbandsstag mit allen gegen sechs Stimmen die Einführung einer Unzulässigkeitsklausel ab. Die Bestimmungen über die Gewährung von Rechtschutz wurden etwas erweitert. Nach dem § 3 des Statuts können alle im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe zu Wasser und zu Lande beschäftigten Personen dem Verband beitreten. Diese Bestimmung wurde durch die Einführung ergänzt, sowie die in den Handelsabteilungen und Lageren industrieller Betriebe tätigen Personen". Der Berichterstatter der Statutenberatungskommission erklärte hierzu begründend, daß der Zusatz sei in Rücksicht auf die Grenzstreitigkeiten und deren Erledigung notwendig.

Zu den Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung fanden noch Anträge Annahme, die ausdreschen, daß die Erwerbslosenunterstützung, innerhalb fünf aufeinanderfolgender Beitragsperioden a 30 Wochen insgesamt nur dreimal in voller Höhe ausgezahlt werden darf. Mitglieder, die der Art ihrer Beschäftigung wegen im Winter nach ihrem Wohnort resp. ihrer Heimat reisen, erhalten während der ersten acht Wochen keine Erwerbslosenunterstützung. Diese Zeit ist jedoch beitragsfrei. Vor und nach dieser Zeit ist Arbeitslosenunterstützung unter der Voraussetzung zu bestehen, daß die drückenden Bedingungen für den Bezug erfüllt werden.

Die Satzungen über die Streikunterstützung fanden verschiedene Änderungen und Erweiterungen. Bisher wurde Streikunterstützung an Mitglieder gewährt, die mindestens sechs Wochen dem Verbandsangehörigen sind. Mindestens 18 Wochen Mitglied sein, um in den Genuss der Unterstützung zu gelangen. Doch ist der Verband berechtigt, in besonderen Fällen, bei Abwehrstreiks, Ausperrungen oder Maßregelungen auch solchen Mitgliedern Unterstützung zu gewähren, die noch keine 18 Verbandsbeiträge entrichtet haben. Ueber die Höhe derartiger Unterstützungen entscheidet der Vorstand von Fall zu Fall.

Bei Beratung der allgemeinen Vorschriften und Rechte der Mitglieder wurde einem Antrag zugestimmt, daß Mitglieder, welche zwei Verbänden angehören, nur von einer Organisation Unterstützung erhalten können. Es steht diesen jedoch frei, von welchem Verbande sie diese Unterstützung beziehen wollen.

Zu den Satzungen über die örtliche Verwaltung lag ein Antrag Bremerhaven vor, der verlangte, daß die Wahl der Ortsangehörigen durch die örtliche Generalversammlung anstatt durch den Vorstand erfolgt. Der Antrag wurde aber mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde mit großer Mehrheit beschlossen, daß in Verwaltungsstellen mit mehr als 5000 Mitgliedern die Befugnisse der örtlichen Generalversammlung einer Delegiertenversammlung übertragen werden dürfen. Bisher war das Delegiertensystem wohl gestattet, aber nicht zwingend.

Von den verschiedenen Anträgen wurden die, welche die Herausgabe von Flugchriften und Broschüren, die Abhaltung von Brandkonferenzen und die Einreichung von Petitionen an Reichstag und Bundesrat wegen Durchführung von gesetzlichen Maßnahmen wünschen, dem Vorstand zur Erwägung überwiefen.

Zur Verschmelzungsfrage

liegen eine Reihe Anträge vor, die einen Zusammenschluß mit den Verbänden der Fabrikarbeiter, der Gemeindefabrikarbeiter, der Maschinen- und Feiler und der Präparierarbeiter anregen. Der Verbandsstag überweist alle diese Anträge zur weiteren Behandlung dem Vorstand, mit der Mahnung, daß dieser berechtigt sein soll, gegebenenfalls die ihm notwendig erscheinenden Schritte zu tun.

Der Antrag Stalle, den weiblichen Mitgliedern neben dem Courrier noch die Gleichheit zu liefern, wurde abgelehnt. Der Wunsch auf Einführung einer Effektenverlustversicherung für Bezieher wurde dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiefen.

Das neue Statut tritt am 1. Juli 1914 in Kraft.

Dann trat der Verbandsstag in die zurückgebliebenen

Diskussion über den Tarifentwurf mit den Genossenschaften ein. Der Tarifentwurf wurde, zum Teil scharf kritisiert. Die erzielten Erfolge seien zu gering, vor allem hätte an einer Arbeitszeitverkürzung festgehalten werden müssen. Kritisiert wurde auch die lange Tarifdauer. Staffellöhne auf fünf Jahre festzusetzen, sei ein Übel. Einige Redner wollten den Vertrag ablehnen, die große Mehrheit ist aber der Ansicht, daß, wenn auch die Erfolge nicht groß seien, man doch die Verantwortung für die Ablehnung nicht übernehmen könne.

Von Mitgliedern der Verhandlungskommission wurde erklärt, es wäre nicht möglich gewesen, mehr herauszuholen, als herausgeholt worden sei.

Bei der Abstimmung wurde der Tarif gegen wenige Stimmen akzeptiert. Der Verbandsstag nahm hierzu folgende Erklärung an:

Der Verbandsstag hält es für selbstverständlich, daß die Genossenschaften, die bisher höhere als im Tarif vorgesehene Löhne bezogen haben, den § 13 des neuen Tarifs nicht dazu benutzen, die bestehenden Löhne herabzusetzen.

Ein solches Verhalten würde allen sozialen und gewerkschaftlichen Grundsätzen ins Gesicht schlagen.

Der Verbandsstag nahm noch eine Neuregelung der faktischen Unterhaltungsleistungen des Verbandes nach dem Vorschlage des Vorstandes vor. Bisher hatte der Verband folgende faktische Unterhaltungsleistungen: Rechtschutz- und Haftpflicht-, Invaliden- und Pensionskassen, Witwen- und Waisen- und eine Aufschubunterstützung bei Todesfällen. Aus Rücksicht auf die Volkswirtschaft werden die Invaliden- und Pensionskassen- und die Witwen- und Waisenunterstützung fallen gelassen. Neu ist, daß Rechtschutz in privaten Angelegenheiten für einen Wochenbeitrag von 10 Pf. gewährt werden kann.

Bei der Beratung erhob sich gegen diese Unterhaltungskasse Widerspruch. Der Vertrag sei zu gering, es werde für die 10 Pf. zu viel geleistet. Verbandsvorsitzender Schumann sagte, der Rechtschutz in privaten Fällen sei ein Bedürfnis. Der Verbandsstag stimmte dann auch der Vorlage zu, lehnte jedoch die in der Vorlage vorgesehene Beerdigungsbeihilfe ab.

Bei der Wahl der Verbandsleitung

wurden die besetzten Vorstandsmitglieder wiedergewählt. Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Der nächste tag 1916 in Stuttgart.

Internationaler Textilarbeiterkongress.

Dritter Verhandlungstag.

k. Baselpool, 10. Juni.

Den Vorsitz führt Süßich (Deutschland). Auf der Tagesordnung steht die Frage der

Geldstrafen und Lohnabzüge.

Da den (England) beirätet eine Resolution, die die Textilarbeiter aller Länder auffordert, die nötigen Anstrengungen zu machen, um ein Verbot dieser Mißstände von Gesetzeswegen zu bewirken. Dabei schildert die Situation in England. Die energische Agitation der Arbeiter hat endlich Aussicht auf einen baldigen Erfolg. Eine Konferenz sämtlicher Parlamentariermitglieder, die Textildistrikte vertreten, hat sich einstimmig für die Abschaffung der Geldstrafen ausgesprochen und diese Abgeordneten aller Parteien haben die Arbeiter bei einer Deputation an den Minister des

Inneren unterstützt. Auf den Minister schienen die Argumente der Arbeiter einen tiefen Eindruck zu machen, aber bald darauf erklärte eine Gegendeputation der Arbeitgeber bei ihm und veranlaßte ihn, nach London zu gehen und sich einige Textilbetriebe selber anzusehen. Man weiß nicht, ob dadurch die Ansichten des Ministers geändert worden sind, aber die Arbeiter haben den Verdacht, daß die zu erwartende Gesetzesvorlage die Verächtlichmachung des Strafgebens in der einen oder andern Form doch anerkennen wird. Obden warnt deshalb die Regierung und die Unternehmer, daß sich die Arbeiter in dieser Frage auf kein Kompromiß einlassen werden; das System muß völlig abgeschafft werden oder es wird zu einem großen Streit kommen. Wenn die Spinnererei ohne Strafgebens auskommen können, warum nicht auch die Webereien? Er möchte gern von den schottländischen Delegierten hören, wie es auf dem Kontinent mit dieser Frage steht; vielleicht kann diese Information den Engländern in ihrem Kampfe nützlich sein.

Feinhal's (Deutschland) unterstützt die Resolution. In Deutschland gibt es allerdings ein Gesetz, das die Abzüge verbietet, aber es wird durch die Arbeitsordnungen, die die Unternehmer den Arbeitern aufzuzwingen verstehen, umhüllt gemacht. Es ist den Arbeitern zwar gelungen, in vielen Betrieben Besserung zu schaffen, in andern aber blüht noch ein brutales und raffiniertes System der Lohnabzüge. Wohl müssen die Strafgebens auf gemeinsamen Anraten für die Arbeiter verwendet werden, aber viele Unternehmer wissen sich auch davon zu drücken, indem sie die Lohnabzüge einfach "Schadenersatz" für verdorbenes Material nennen. In andern Fällen benutzen die Unternehmer das Geld dazu, einige bevorzugte Arbeiter zu belohnen und so Zwietschach und Bitterkeit zwischen den Arbeitern zu säen. Die Unternehmer brauchen das Strafgebens nicht zur Aufrechterhaltung der Disziplin unter den Arbeitern, sondern um jedes Unabhängigkeitsgefühl bei ihnen zu ersticken. Von den Regierungen haben die Arbeiter in Deutschland nichts zu erwarten; sie stellen sich immer auf die Seite der Unternehmer. Das hat sich erst vor kurzem wieder gezeigt, als sich drei süddeutsche Regierungen auf eine Eingabe der Unternehmer auf Abschaffung der schon bestehenden völlig unzureichenden gesetzlichen Beschränkungen ohne weiteres einverstanden erklärten. Auch der Reichsanwalt hat eine ähnlich rückwärtliche Haltung eingenommen. Nur der rückwärtslose politische Kampf kann hier Abhilfe schaffen.

Bevers (Dänemark) führt aus, daß in Dänemark, wo seit 1909 ein Gesetz zur Regulierung des Geldstrafensystems besteht, dieselben Mißstände herrschen, wie sie Feinhal's für Deutschland geschildert hat.

Die Resolution wird einstimmig angenommen

Kindergarten.

Wagner (Deutschland) bringt eine Resolution ein, die die Frage grundsätzlich beleuchtet und nach Einführung der in Deutschland bestehenden Kinderzuschüsse in die Forderung ausläßt: "Jede erwerbsfähige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist gesetzlich zu verbieten." Wir müssen, führt Wagner aus, ein für allemal erklären, daß wir jede Kinderarbeit absolut verwerfen und keine Rücksicht auf die Eltern nehmen, die auf den Verdienst ihrer Kinder nicht verzichten wollen. Die Kinder sind nicht der Eltern wegen da, sondern umgekehrt, die Eltern der Kinder wegen. Auf ihnen beruht die Zukunft. Wenn die Kinder nicht vor Ausbeutung geschützt werden, kann keine neue Generation aufwachsen, die zur Erfüllung jener sozialen Aufgaben fähig ist, die ihre Eltern erwarten. Er hofft auf einstimmige Annahme der Resolution, insbesondere auch von Seiten der Engländer, damit fundiert werde, daß alle Nationen in der Frage des Kinderschutzes mit den Deutschen einig sind.

Samyn (Belgien) schildert den Kampf der Arbeiter gegen die Kinderarbeit in der Genet Flachindustrie. Da gesetzliche Abhilfe nicht zu erlangen war, griffen die Arbeiter zur Selbsthilfe und brachten es durch ihre Agitation, so weit, daß die Eltern ihre Kinder nicht in die Flachfabriken schickten. Die Unternehmer hielten darauf die Kinder an den Tüchern der Umgebungen, aber auch dort hat die Agitation schon gute Erfolge gezeigt. Auch er bittet die Engländer, für die Resolution zu stimmen, damit wir es nicht wieder erleben müssen, daß sie in dieser Frage ein rückwärtliches Verhalten einnehmen, als viele Regierungen.

M. C. Robinson (England): Die englischen Arbeiterführer sind so entschlossen für die Abschaffung der Kinderarbeit, wie die deutschen. Aber sie können nicht für die Resolution stimmen, da sich die große Mehrheit der organisierten Arbeiter in einer Urabstimmung gegen die Abschaffung ausgesprochen hat. Aber wir gehen in England vorwärts, selbst gegen den Willen der Mehrheit der Textilarbeiter. Dem Parlament liegt eine Vorlage vor, die die Arbeit unter 14 Jahren völlig verbietet und den Schulbehörden das Recht gibt, auch die Beschäftigung von Kindern unter 16 Jahren zu verbieten, wenn ihre Entwicklung es erfordert. Redner wendet sich leidenschaftlich gegen die Eltern, die ihre Kinder zwingen, so frühzeitig Geld zu verdienen; amüßig sind das gar nicht die ärmsten Eltern, sondern die bessergestellten.

Die englischen Textilarbeiterführer sind sich fast alle einig darüber, daß dieser Kreditkredit vollständig beseitigt und die englische Arbeiterklasse von dieser Schmach befreit werden müsse. Sie werden auch alles daran setzen, um ihre Mitglieder zum Verständnis dieser Frage zu erziehen.

Ben Turner (England) spricht für die Wolllandindustrie von Norfolk, wo das Selbstverwehren so gut wie unbekannt ist, außer in der Kammerindustrie von Bradford und Halifax, wo auch die niedrigsten Löhne herrschen. Die Wolllandarbeiter von Norfolk haben auch eine Urabstimmung vorgenommen, die überwiegend zugunsten des Verbots der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ausgefallen ist. Redner appelliert an die Arbeiterführer von Frankreich, in dieser Frage auch wirklich energisch zu führen, wie sie es in manchen andern Fragen den Mitgliedern gegenüber zu tun verstanden. (Beifall.)

Nachdem Schwarz (Ungarn) die empörende Kinderarbeit in den ungarischen Textilfabriken geschildert, wird die Diskussion auf Freitag verlegt.

Deute nachmittag besuchen die Delegierten die Genossenschaftsbetriebe in Manchester. Morgen, Donnerstag, wird der ganze Tag durch die Besichtigung einer großen modernen Textilfabrik in Preston, in der die Mohawolllwolle alle Prozesse durchläuft, bis sie zum fertigen Tuch verarbeitet wird, in Anspruch genommen werden.

Verbandsstag der Schuhmacher.

kr. Hamburg, 13. Juni.

Am 6. Verhandlungstag wird in der Statutenberatung fortgefahren. Angenommen wird der Antrag des Vorstandes, die Jugendbeitragsklasse aufzuheben. Die Einrichtung dieser Beitragsklasse hat die höchsten Erwartungen nicht erfüllt. Alle Mitglieder, die nicht mehr als 12 Wk. in der Woche verdienen, können in Zukunft der untersten Beitragsklasse angehören. Ein Antrag, eine weitere Stafflung der Beiträge nach der Lohnhöhe vorzunehmen, wird abgelehnt. — Eine längere Debatte entfesselt ein Antrag, der den Ausschluß aus dem Verband vorseht, wenn ein Kollege als Unternehmer ohne Grund Unorganisierte in Arbeit stellt, obwohl am Orte organisierte arbeitend sind. Der Antrag wird schließlich abgelehnt. Lebhaft debattiert wird ein Antrag, der eine Kompetenzverweiterung des Ausschusses zum Ziel hat. Nachdem Simon sich mit dem Hinweis darauf, daß der Ausschuss nur eine Beschränkung, nicht aber eine Revision- und Kontrollinstanz sei, dagegen gewandt hatte, wird dieser von Haupt-Magdeburg beschlossene Antrag abgelehnt. Der Bezirk 7 beantragt, daß die Anstellung der vollbesetzten Bezirksleiter auf den Bezirkskonferenzen erfolgen soll. Dieser Antrag wird angenommen. Die Wahl der Delegierten zum Verbandsstag regelt folgende neue Bestimmung: Bis 50 Mitglieder ein Delegierter, bis 100 zwei Delegierte, für jedes weitere Hundert ebenfalls ein Delegierter; doch darf ein Ort nicht mehr als vier Delegierte entsenden. Das abgeänderte Statut tritt am 1. Januar 1915 in Kraft.

Vorstand, Ausschuss und Redaktion werden in der bisherigen Besetzung einstimmig wiedergewählt. Der Sitz des Ausschusses ist wiederum Magdeburg.

In seiner Schlussrede weist Vorsitzender Simon auf die großen Unternehmungen der Hamburgischen Arbeiterkassen (Gewerkschaftshaus, Konjunktionsgesellschaft und Parteibüro) hin, in denen der Aufstieg der Arbeiterklasse wirkungsvoll zum Ausdruck kommt. Er fuhr dann fort: Die Gegner mögen noch so viele Gesetze gegen die Arbeiterkassen erlassen, sie werden sich als Zwangsmaßnahmen erweisen und den weiteren Aufstieg unserer Klasse nicht hemmen können. Wir werden das gesetzte Ziel erreichen: die Befreiung der Arbeiterklasse aus geistiger und ökonomischer Knechtschaft. Das unser Ziel über die Feinde in möglichster Nähe gerückt wird, dafür wollen wir mit allen Kräften wirken.

Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde der Verbandstag darauf geschlossen. Mit dem Gesang der Arbeitermarschallische gingen die Delegierten 12 Uhr mittags auseinander.

Verbandstag der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Kr. Hamburg, 13. Juni.

In der Woche vom 11. bis 19. Juni tagt in Hamburg der 19. Verbandstag des Verbands der Brauerei- und Mühlenarbeiter. Die Tagung erhält ihre besondere Bedeutung durch das 25-jährige Jubiläum des Verbands. Das Hamburg als Tagungsort gewählt wurde, hat seine historische Berechtigung. In Hamburg wurde im Jahre 1889 der erste Streik der Brauereigenossen geführt, der für die Berufsangehörigen in ganz Deutschland von großer Bedeutung werden sollte. Die Streikbewegung ergriff eine ganze Reihe von Städten, in denen die Gefellen durch die Bewegung in Hamburg in Aufregung versetzt wurden. Die Hamburger Führer waren es denn auch, die mit denen von Berlin und Hannover nach dem Fall des Sozialistengesetzes den neuen Verband aus der Taufe hoben. Von Hamburg ging auch die Anregung zum Kongress der Mühlenarbeiter aus, der im Jahre 1889 in Eisenach abgehalten wurde und der zur Gründung des Müllegesellenverbands führte.

Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes für die Jahre 1912/13 läßt sich ersehen, daß die Krise auch an dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter nicht spurlos vorübergegangen ist. Zwar ist kein Mitgliederverlust eingetreten, doch hat sich das Tempo der Verbandsentwicklung wesentlich verlangsamt. In den Jahren 1910/11 konnte ein Mitgliedererwerb von 6000 gebucht werden. 1912 wurden noch 3088 neue Mitglieder gewonnen, 1913 waren es aber nur noch 582. In der zweiten Hälfte des letzten Jahres war sogar ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Diese Erscheinung ist ebenfalls das Resultat des schiefen Geschäftsganges als das der technischen Entwicklung. In den Mühlenbetrieben macht sich die technische Entwicklung nicht minder deutlich bemerkbar. So ebendem 100 Arbeiter ihr Brot verdienen konnten, werden heute nur noch 20 Arbeiter gebraucht. Mit Rücksicht auf diese Umstände kann es wohl befriedigen, wenn der Verband in den beiden Jahren seine Mitgliederzahl von 47.000 auf 51.821 (darunter 1481 weibliche) steigerte.

Bei den Lohnbewegungen tritt auch im Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter mehr und mehr zutage, daß der Unternehmer durch den „juristisch gebildeten“ Sekretär als Unterhändler erweist wird, was dem ruhigen Verlauf der Bewegungen nicht förderlich ist. Der Umfang der Bewegungen war geringer als 1910/11, doch sind die Erfolge im Verhältnis nicht geringer. Es wurden 748 Angriffsbewegungen in 1890 Betrieben und mit 89.896 beteiligten Personen geführt. In 97 Fällen kam es zu Streiks, an denen 3880 Personen beteiligt waren. Erreicht wurden insgesamt in den Jahren 1912/13 für 18.993 Personen 59.468 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und für 57.091 Personen 83.787 W. Lohnerhöhung pro Woche.

Die Tarifverträge erlangen eine immer größere Bedeutung. In den beiden Jahren wurden 618 Verträge abgeschlossen bzw. erneuert, so daß am Jahresanfang 1913 1008 Verträge für 1884 Betriebe und 89.911 Personen Gültigkeit hatten. Die Unternehmer erstreben eine Erweiterung des Geltungsbereichs der Tarifverträge und möglichst einheitliche Ablaufstermine für größere Gebiete.

Die gesamten Einnahmen des Verbands im Laufe der beiden letzten Jahre belaufen sich in runden Summen auf 2.490.000 Mark und die Ausgaben auf 1.858.000 W. Das Vermögen in der Hauptkasse stieg von 1.108.000 W. auf 1.700.000 W. Für die Krankenunterstützung wurden 408.000 W., für die Arbeitslosenunterstützung 177.000 W., für Unterstützung bei Streiks und Ausperrungen 148.000 W. und für alle Unterstützungen insgesamt 987.000 W. verausgabt. Für die Kollation mußten 114.000 und für die Lohnbewegungen 170.000 W. ausgeben werden.

Der letzte Verbandstag beauftragte den Vorstand, zur Stärkung der Hauptkasse eine Vorlage über die Neuverteilung der Beiträge und Unterstützungen auszuarbeiten. Die Beiträge sollen durchweg um 10 W. erhöht werden. Dieser Gegenstand und die Aussprache über die Abgrenzung der Organisationsgebiete werden dem Verbandstag vor allem beschäftigen. Von mehreren Vorschlägen, darunter Hamburg, Leipzig, Halle, liegen Anträge vor, die die Gründung eines Verbands für die Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel zum Ziele haben. Wir werden über die Verhandlungen berichten.

Gewerkschaftsbewegung.

„Sozialdemokratischer Terror.“

Die Scharfmacherpresse fährt trotz aller Reklame unentwegt fort, in denunziatorischer Form gegen die Arbeiterbewegung zu hetzen. Allen voran ist natürlich die frumme Kreuzzeitung, die wieder einmal eine ihrer üblichen Denunziationen an den Mann zu bringen sucht und dabei einen trefflichen Beweis dafür erbringt, wie die Märchen über den „Terrorismus der organisierten Arbeiter“ zustande kommen. Das „edle“ Organ druckt aus einem Bericht der Arbeiterzeitschriften in der Leipziger Volkszeitung folgenden Schlusssatz ab:

Als dem Gehilfen der gesetzliche Ausgang entzogen war, wurde der Vertrauensmann vorkestellt, um dem Kollegen zu seinem Recht zu verhelfen. Gleichfalls wurde der Unternehmer ersucht, in Zukunft seinen Gehilfen eine anständige Behandlung zuteil werden zu lassen. Herr Müller erklärte aber nur, daß er sich von anderer Seite keine Vorschriften machen lasse. Am letzten Sonntag wurde nun auch noch dem Gehilfen das Arbeitsverhältnis gekündigt, wahrscheinlich, um ihn „kur“ zu machen. Sollte es zutreffen, daß dem Gehilfen wegen seiner Zugehörigkeit zur Organisation gekündigt worden ist, wie Herr Fischer selbst angibt, dann mag er bedenken, daß die Organisation der Gehilfen auch Mittel hat, um derartigen „Erziehungsmitteln“ zu begegnen.

Die ausgezeichneten Stellen sind von der Kreuzzeitung hervorgehoben und am Schluß ist dann mit unverkennbarer Absicht die Bemerkung gemacht:

Man sieht hier wieder einmal, wie unzureichend der Schutz der persönlichen Freiheit ist, den der Staat heute seinen Bürgern gegen die Akraxialität durch staatsfeindliche Organisationen zu gewähren vermag.

Also her mit einem Ausnahmegesetz gegen die organisierten Arbeiter. Um aber seine Denunziationen plausibel zu machen, mußte der Kreuzzeitungsredakteur seinen Lesern die Hauptfrage untergeschlagen, nämlich den ersten Teil des Bezugs, worin gesagt ist, daß der „humane“ Unternehmer den Arbeiter mit Schlägen heutzutage und ihm ankündigte, er werde ihn mit dem Kopfen die Jauchung zu stecken. Hätte die frumme Kreuzzeitung diese Stelle nicht untergeschlagen, wäre ja die ganze Denunziation unmöglich gewesen. Raube Leser hätten vielleicht gar auf den Ge-

anken kommen können, daß sich der Ruf nach dem Schutz der persönlichen Freiheit gegen den lebenswichtigen Unternehmer nicht, der von der persönlichen Freiheit und Menschenwürde seines Gehilfen eine so eigenartige Auffassung befehdete. Und das wollte die Kreuzzeitung sicher nicht. Ihr kam es nur darauf an, den verzerrten profetarischen Organisationen etwas anzuhängen, und zwar um jeden Preis. Deshalb verfährt sie unbedenklich nach dem bekannten Rezept: Der Zweck heiligt die Mittel. Und mit solchen Elementen muß sich die Arbeiterkassen täglich herumtrotzen.

Leipzig und Umgebung.

Vom Streik der Böttcher.

Die Situation ist unverändert. Herr Eiler versucht durch die Annoncen in der allgemeinen Böttcherzeitung die Leipziger Böttcher zu boykottieren. Wir können ihm aber versichern, daß fast alle Kollegen die Leipzig verlassen haben, schon in Arbeit stehen. Die auswärtigen Meister schätzen eben die Verhältnisse richtig ein. Wenn Herr Eiler seinen Böttchern 70 W. Stundenlohn bieten kann, wird es wohl den übrigen Meistern nicht schwer fallen, den geforderten Lohn zu zahlen.

Wir machen die organisierten Arbeiter der Firma Berger u. Wirt in Schönfeld darauf aufmerksam, daß die Böttcher des Herrn Lindam in Lohnhöhen stehen und eruchen, falls ihnen zugemutet wird, Streikarbeit zu verrichten, diese zurückzuweisen.

Die Streikleitung.

Auch eine Verächtigung!

Auf Grund des Preßgesetzes ersucht und die Firma Richter u. Knoth um Ausnahme folgender Verächtigungen:

In Nr. 82 Ihrer Volkszeitung vom 12. Juni zum Streik bei der Firma Richter u. Knoth ist folgendes richtigzustellen:

Ich betone ausdrücklich, daß ich nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes bin, sowie, daß ich alle Bedingungen, die mir meine Arbeiter gestellt haben bezüglich der Höhe und Arbeitszeit, voll und ganz erfüllt habe. Eine Abmachung bezüglich des Arbeitsnachweises ist nicht erfolgt. Laut Aussage von drei Juristen, die ich gefragt habe, wurde mir der Bescheid, daß ich keinesfalls verpflichtet bin, die zwischen dem Arbeitgeber- und dem Arbeitnehmerverband eingetragene Arbeitsvermittlung zu benutzen. Seit Bestehen dieses Nachweises habe ich auch schon mehrere Arbeiter eingestellt, ohne auf Schwierigkeiten seitens meiner Arbeiter zu stoßen. Der Streik ist lediglich dadurch entstanden, weil ich einen bittenden Familienvater, der nicht sozialdemokratisch organisiert ist, eingestellt habe.

Ihre Behauptung, daß ich trotz größter Mühe nur 3 Arbeiter gefunden habe, ist falsch. Ich habe fast alle Plätze besetzt, die ich augenblicklich für notwendig halte, und weitere Besetzungen finden im Laufe nächster Woche statt, und zwar von solchen Arbeitern, die sich bereits fest verpflichtet haben.

Ernst Richter, Inhaber der Fa. Richter u. Knoth.

An Rühmlichkeit fehlt es Herrn Richter jedenfalls nicht. Denn es ist kaum anzunehmen, daß ihn bei Abfassung des Schreibens sein Gedächtnis so gründlich im Stich gelassen hat, daß er nicht mehr wußte, welche Verpflichtungen er eingegangen ist. Die Behauptung, daß über den Arbeitsnachweis nichts vereinbart worden sei, ist einfach unwahr. In dem Tarif, den Herr Richter unterschrieben hat, ist die Arbeitsnachweisanfrage geregelt, und in P. 61 heißt es ausdrücklich, daß die Parteien die Satzungen des paritätischen Arbeitsnachweises für sich als bindend anerkennen. Einer besonderen Abmachung bedurfte es also nach Anerkennung des Tarifs gar nicht mehr. Dingu kommt noch, daß früherer Streikfälle bei der Firma Richter u. Knoth schon auf Grund dieser Bestimmung behandelt worden sind und das Regulatorium dem Werkmeister übermittelte wurde.

Eine Verdrehung und Entstellung der Tatsache bedeutet auch die Behauptung, daß alle Bedingungen der Arbeiter bezüglich der Höhe erfüllt sind. Der bittende Familienvater, dessen sich Herr Richter mit so rührender Sorgfalt angenommen hat, bekommt statt der im Tarif vereinbarten 84 W. nur 50 W. Lohn.

Das alles sind glatte Verleumdungen, die durch Unterchrist anerkanntem Vereinbarungen. Daran ändern auch die drei Juristen nichts, die sich Herr Richter zur Verächtigung seines Tarifbruchs zugelegt hat.

Die Arbeitswilligen, mit denen sich Herr Richter brüsst, sind gar nicht in der Lage, die alten eingerichteten Deute zu erlegen. Der letzte Satz der „Verächtigung“ bestätigt ja, wie tief die Firma in der Klemme sitzt.

Deutscher Holzarbeiterverband, Geschäftsstelle Leipzig.

Buchdruckerhilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

In der Buchdruckerei Deutsches Druck- und Verlagshaus, Berlin SW., 66 — Leipzig — Sibirerly sind Differenzen ausgetreten.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

Deutsches Reich.

Eine Folge des Waldenburger Meinelidsprozesses.

Wegen Beleidigung hat die Strafkammer beim Amtsgericht Waldenburg am 24. Februar d. J. den Gewerkschaftssekretär Sterroth zu 800 W. Geldstrafe verurteilt. Sterroth war in dem Waldenburger Meinelidsprozeß in Untersuchungshaft genommen worden. Während der Untersuchungshaft verfaßte er eine Anzahl Gedichte. Diese gab er, nachdem das Strafverfahren gegen ihn mit seiner Freipflichtung geendet hatte, als Broschüre unter dem Titel „Strafinga-Poesie“ heraus. Die Bücher lehrt er im Betriebe der schlesischen Volkswacht drucken und durch Zeitungsträgerinnen dieses Blattes in der ganzen Gegend verdrücken. Unter den Gedichten befanden sich einige, die sich gegen den Redakteur Lippsold vom Neuen Tagblatt in Waldenburg, den Redakteur Osterberg und den Sekretär des Reichstreuen Bergarbeiter-Verbandes, Fischer, richteten. Obwohl die Namen dieser Personen nicht ausdrücklich genannt waren, kam das Gericht leinergest zur Beurteilung der Angeklagten wegen einfacher Beleidigung im Sinne des § 185 St.-G.-B. Wegen das Urteil hatten die drei beleidigten Personen, die als Nebenkläger zugelassen waren, Revision eingelegt. Sie wüßten, der Angeklagte hätte nicht wegen einfacher, sondern wegen öffentlicher Beleidigung aus § 186 St.-G.-B. verurteilt werden müssen. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet.

Streik der Berliner Holzbildhauer.

In einer hartbesetzten Versammlung am Freitagabend haben die Bildhauer die Arbeitsniederlegung beschlossen, nachdem die Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation ergebnislos verlaufen waren. Die Bildhauer verlangen: Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich und 9 Prozent Lohnerhöhung. Die Holzindustriellen, die denen die Hälfte der Berliner Holzbildhauer beschäftigt ist und denen sich die sonstigen Unternehmer angeschlossen haben, lehnten eine Verkürzung der Arbeitszeit über die für die übrigen Holzarbeiter übliche Arbeitszeit hinaus grundsätzlich ab. Sie wollten verstehen, daß für den Holzarbeiterverband eine neue „Schnauze“ angelegt wird, die dieser dann später kräftig ansetzen könne. In Wahrheit ist aber die tariflich geregelt Arbeitszeit für Holzbildhauer in anderen Städten schon längst kürzer als bei den Berliner Holzbildhuern, wo bisher die 11-stündige Arbeitswoche die Regel bildete; ein Diebstahl der Berliner Gehilfen hat allerdings schon eine kürzere Arbeitszeit. Die Arbeitsniederlegung erfolgte am Freitagabend. In Frage kommen rund 700 Gehilfen, von denen annähernd 100 in Geschäften arbeiten, die inzwischen die Vorbereitungen demolligten.

Bauarbeiterausperrung in Celle. Die Unternehmer in Celle haben sämtliche Bauarbeiter entlassen. Bei den Vorverhandlungen zum Tarifabschluß hatten die Celleer Unternehmer in den örtlichen Verhandlungen ihre Forderung in fast bestimmter Form gegeben, daß im neuen Vertrage eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 Stunden festgelegt werden sollte. Bei den allgemeinen Verhandlungen wurde dieses Abkommen nicht berücksichtigt, erst bei den späteren örtlichen Verhandlungen sollte die Sache erledigt werden. Aber auch hier wurde keine Einigkeit erzielt, wie denn überhaupt die Unterzeichnung des Vertrages immer wieder hinausgeschoben wurde. Dieser Verzögerung überdrüssig, haben schon die Zimmerer seit mehreren Wochen ohne weiteres Sonnabends die Arbeit eine Stunde früher verlassen. Als jetzt die Maurer und Bauhilfsarbeiter sich den Zimmerern angeschlossen und ebenfalls eine Stunde früher Feierabend machten, ersuchten der Unternehmerverband auf dem Wege. Zunächst wurde den Zentralverbänden nahegelegt, ihre Mitglieder zur Aktion zu bringen. Aber die Celleer Bauarbeiter stellten sich auf den Standpunkt: Wir verlangen nur das, was uns von den Unternehmern zugesichert worden ist. Auf Veranlassung des Nordwestdeutschen Arbeiterbundes, Sitz Hannover, wurde nun an allen Arbeitsplätzen in Celle eine Bekanntmachung angeklebt, wonach sich jeder als entlassen zu betrachten habe, der am Sonnabend eine Stunde früher Feierabend machte, als nach dem alten Tarif statthaft sei. Die Arbeiter aber blieben dabei und verließen ihre Arbeitsplätze am Sonnabend eine Stunde früher. Die Folge davon war, daß am Montag 200 Bauarbeiter und 40 Zimmerer entlassen wurden.

Drohender Streik in der Hannoverer Papierfabrik. Wegen fortgesetzter Lohnniedrigkeit und Maßregelungen beschlossen am Freitag in geheimer Abstimmung die Arbeiter der Hannoverer Fabrik, die Kündigung einzureichen. Gestagt bis zum Ablauf der Kündigung eine Verständigung nicht, so wird die Verächtlung am 27. Juni den Betrieb verlassen. Es besteht wenig Aussicht, daß es noch zu einer Beilegung der Differenzen kommt. Neben dem Fabrikarbeiterverband und den Maschinen- und Holzern sind auch die Metallarbeiter und Transportarbeiter sowie die verschiedenen Tisch- und Tischlergewerkschaften am Kampf beteiligt. Zuungunsten der Hannoverer Papierfabrik ist fernzuhalten.

Gelbe Niederlage. Die Arbeiterauschuhmacher in den schlesischen Gaskörtern in Charlottenburg brachte nach einem mit beispielloser Geduld geführten Wahlkampf den Gelben eine vollständige Niederlage. Bei einer Wahlbeteiligung von 75 Prozent erhielten die Kandidaten des Gemeinheitsarbeiterverbands 381 Stimmen, der schwarz-blaue gelbe Hilfswahl 184 Stimmen. Der Arbeiterauschuhmacher befindet sich jetzt vollständig in den Händen der organisierten Arbeiter. Die Gelben verloren seit Dezember ca. 100 Stimmen. Das Resultat ist um so erfreulicher, als gewisse Stellen der Verwaltung mit aller Energie für die Dreifarbenleute eintreten.

Von Nah und Fern.

Schweres Flugzeugunglück.

Deutsch-Öst, 15. Juni. Als bei der gestrigen Einweihungsfeier des neuen Flugplatzes ein Doppeldecker, in dem Leutnant Hartmann als Führer und Leutnant Hering als Beobachter saßen, sich gerade über dem Publikum befand, versagte der Motor, so daß das Flugzeug zwischen die Menschenmenge stürzte. Der Propeller riß einem zehnjährigen Knaben einen Arm ab und verletzte ihn außerdem schwer am Kopfe. Auch die Frau des Oberbahnhofsverwalters Schön wurde erheblich verletzt. Die Insassen des Flugzeugs blieben unverletzt.

Unwetter.

Wannau, 14. Juni. Ein Wolkenbruch entlud sich heute nachmittags über dem westlichen Rostlande. Besonders schwer traf er die Gegend um Krebs. Die Telefonverbindungen sind gestört. Die Elster in Plauen flieg erneut um einen Viertelmeter, wodurch wieder Hochwassergefahr heraufbeschworen wurde. Im Plauenener Stadtgebiet lagen am Sonntag am 600 bis 600 Telefonleitungen vor, die auf das Unwetter am Freitag zurückzuführen sind.

Rosburg, 14. Juni. In Südböhmen gingen schwere Gewitter nieder. Durch den wolkenbruchartigen Regen wurden Ueberflutungen verursacht. Die Leitungen der Ueberlandzentrale und die Telefonverbindungen wurden vielfach durch Blisschlag gestört. Im nahen Kößfeld entstand durch Blisschlag Großfeuer.

Puffkreuzer Z 1 verunglückt.

Röln, 18. Juni. Der Militärpuffkreuzer Z 1 ist heute mittags kurz vor 12 Uhr auf der Fahrt nach Reg bei Diedenhofen gelegentlich einer Notlandung verunglückt. Das Puffschiff, das ohnehin durch Regen stark beschwert war, wurde durch eine leuchtende Bbe zu Boden gedrückt und stürzte zwischen der hinteren Gondel und dem Steuer rechtwinklig durch. Die bei der Notlandung Nachrichten melden, muß das Schiff ganz abmontiert werden. Verletzt wurde ein Oberleutnant. Der Z 1 unternahm am 6. Juni 1913 seine erste Fahrt.

Dampferunglück.

Newport, 18. Juni. Der Dampfer Newport meldet drahtlos, daß 200 Meilen östlich vom Kap der Feuerküste er und der Dampfer Pretoria heute früh beim Vorbeifahren kollidierten. Hierbei wurde der Dampfer Newport stark beschädigt. Zunächst fuhr über der Wasserlinie Kraft eine 12 Fuß hohe und 32 Fuß lange Deffnung an der Backbordseite. Der Buganker der Pretoria wurde weggerissen und blieb im Eck des Dampfers Newport hängen.

Legte Nachrichten u. Depeschen.

(Telephonische Meldung der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 15. Juni. Die Geschäftsordnungskommission des preußischen Landtags lehnte mit allen gegen 2 Stimmen den Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen den Genossen Lieblin ab. Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Zentrum stimmten für die Fortsetzung des Verfahrens vor der Anwaltskammer, nur der freisinnige Vertreter und der Pole stimmten dagegen.

Röln, 15. Juni. Auf dem vierten deutschen Städte tag, der heute vormittags in Röln eröffnet wurde, hielt Oberbürgermeister Wermuth-Berlin die Eröffnungsansprache und griff die Reichsregierung scharf an. Zwei Probleme hätten die Städte besonders beschäftigt, die Abänderung der Reichstagswahlkreise und die Arbeitslosenversicherung. Die Reichsregierung aber habe dabei keinen guten Willen gezeigt, sie habe völlig versagt. Der deutsche Städte tag umfasse 187 Städte. Er sei die größte Organisation des Deutschen Reichs und eine der größten der Welt. Hinter ihm stehen 25 Millionen Einwohner. Der Einfluß der Städte aber entspreche dem nicht. Der mangelnde Einfluß auf die Gesetzgebung müsse daher durch eigene Initiative und festen Zusammenschluß der Städte ersetzt werden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hermann Liebmann in Leipzig. Verantwortlich für den Anseratenteil: Friedrich Weller in Vordorf-Leipzig. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Ortsverein Leipzig-Ost.

Dienstag, den 16. Juni, abends 7/9 Uhr
im Schloßkeller, L.-Reudnitz

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Politische Tagesfragen.
Referent: Reichstagsabgeordneter **Fritz Geyer**.

2. Freie Aussprache.
Einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung erwartet
Der Einberufer.

8012* Karl Dornburg, L.-Volkmarisdorf, Elisabethstr. 19, III.

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telephon 8076.
Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 9-1 und 5-8 Uhr.

Hilfsarbeiter in den Spezialbranchen der Stuck-, Rahlitz- und Fassadenputz-Geschäfte. Dienstag, den 16. Juni, abends 5 1/2 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus, Zeiger Str. 32. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der Tarifbewegung der Rahlitzputzer; 2. Verschiedenes. — Es ist notwendig, daß alle Hilfsarbeiter dieser Geschäfte in der Versammlung erscheinen. Der Vorstand.

Akkordarbeiter. Dienstag, den 16. Juni, abends 7/9 Uhr: **Versammlung** im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Unsere neuen Akkordtarife und deren Auslegung. 2. Verschiedenes. — Zu der Versammlung sind auch die anberaumten Träger eingeladen, da die Tarife zur Ausgabe gelangen. — Ohne Buch werden Tarife nicht abgegeben. [8777*]

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau im Volkshaus, Zeiger Str. 32, II., 3. u. 2. Arbeitsstunden täglich von 7/9-10/11 Uhr vorm.

Bureauzeit: Vorm. 7/9-11, Dienst. freit. 5-8 Uhr. Mittw., Donnerst. 6-7, Sonnab. 3-7. Tel. 3107.

Zahlstelle Leipzig

Mittwoch, den 17. Juni 1914, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag in Dresden. 2. Verbandsangelegenheiten.
Starken Besuch erwartet
Die Lokalverwaltung.
Mitgliedsbuch ist vorzulegen!

Verband der Steinsetzer

und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Leipzig.

Mittwoch, den 17. Juni, abends 7/8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Wie wird unser Tarif eingehalten. 2. Der Kartenvertrieb zur Bugra. 3. Gewerkschaftliches.
Zahlreichen Besuch wünscht [8820] Der Vorstand.

Heute abend 9 Uhr

Vortrag.

Schlossgasse 10. Amateure willkommen.

Wanderausrüstungen

Sportanzüge
Wettormäntel
Gamaschen
Wanderhüte
Wanderstöcke
Rucksäcke
etc. empfiehlt
Arbeiter-Turnverlag
Leipzig, Fichtstr. 36.
Katalog gratis.

Sparkasse Borsdorf Tägliche Verzinsung 3 1/2 %
Telephon Nr. 10 Geschäftszeit
im Gemeindevamt, am Bahnhof. 8-1 u. 3-5 Uhr, Sonnabends 8-3

Festauschiffe

die Wert auf gediegene Ausstattung ihrer Feste legen, decken ihren Festbedarf bei

Rich. Lipinski

Leipzig, Königsstr. 12. Tel. 2308.

Ständige Ausstellung aller Festartikel

Färberei Adler



Fernruf 1597

Leinen und Leinenkostüme
werden von uns gereinigt u. gefärbt.

Ebels
Monatsgarderobe.
Von Herrschaften wenig getragen, eleg. Anzüge, Sommer-Paletots 5, 8, 12, 10 A. Gehrod, Frack u. Smoking-Anzüge, auch leihweise, sowie eleg. Damengarderobe sehr billig. Ebel, Brühl 19, L. Auswärtige Kluster erhalten Fahrvergütung.

Schmerel's
Monats-Garderoben
Plauensche Str. 3
ganz wenig getragene **Anzüge**
Paletots, Bekleider, Fracks, Smokings, Gehröcke
Hochzeits-Anzüge
Zum Erstaunen billig!
Gr. Verleih-Institut
Telephon 10528.

Herr Postassistent W. in T. schreibt:
„Bestätige Ihnen gerne, daß ich mit Ihrer **Gerba-Seife** sehr zufrieden war. Das **Sauftuchen** war nach 8 Tagen vollständig verschwunden.“
Obernener's **Gerba-Seife** à Stück 50 Pfg., 3 h. i. b. Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Töpfer

Mittwoch, den 17. Juni abends 6 Uhr
Mitgliederversammlung
im Volkshaus.

Tagesordnung:
1. Ausgabe und Erläuterung des neuen Lohntarifs.
2. Beschlußfassung über das Ortsstatut.
3. Bericht über die aufgenommene Statistik und wie stärken und festigen wir unsere Organisation am besten?
4. Bericht von der Bauarbeiter-Schutzkommission.
5. Verschiedenes.
Der reichhaltigen Tagesordnung wegen wird die Versammlung pünktlich eröffnet. Zum ersten Tagesordnungspunkt haben auch die Nichtmitglieder Zutritt. [8051]
Damit sich jeder Kollege über die Auslegung des neuen Tarifs informiert, ist es notwendig, daß alle am Orte arbeitenden Kollegen erscheinen. **Der Vorstand.**

Metallarbeiter

Verband
Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Arbeitszeit entliehen werden.
Krankentagen werden gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erlassen.

Bezirk Westen. Dienstag, d. 16. Juni, abends 7/9 Uhr, **Bezirks-Versammlung** in den Westendhallen. Tagesordnung: 1. Der industrielle Großbetrieb und die Lage der Arbeiter. Referent: Kollege **Schönberg**. 2. Erziehung zum Agitationskomitee. [8777]

Schkeuditz. Dienstag, den 16. Juni, abends 7/9 Uhr, **Mitglieder-Versammlung** im Deutschen Haus zu Schkeuditz. [8794*]

Bauschlösser u. Konstruktionsarbeiter
Dienstag, den 16. Juni, abends 7/9 Uhr, **Vertrauensmänner-Sitzung** im Volkshaus. [8055] Die Branchenkommission.

Eisen-, Metall- und Revolverdreher der Gelbmetall-Industrie. Freitag, den 19. Juni, abends 7/9 Uhr, **Branchen-Versammlung** im Volkshaus, Zeiger Str. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Fr. Segor** über: **Stirnzüge durchs Dollerland**. 2. Berufsangelegenheiten. — Zahlreichen Besuch erwartet Die Branchenleitung. [8052*]

Einrichter an Automaten u. Maschinen. Freitag, den 19. Juni, abends 7/9 Uhr, **Versammlung** im Volkshaus. [8052*]

Sächs. Volkshelbstättenverein für Lungenkranke.

Einladung zur **Mitglieder-Versammlung**

am 21. Juni 1914, vormittags 11 Uhr, in Leipzig Saal der **Alten Handelsbörse** am Neumarkt.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Geheimen Medizinalrates Professor **Dr. von Strümpell**, Leipzig: **Der Kampf gegen die Tuberkulose**. 2. Geschäftliches: a) Allgemeiner Bericht, b) Ergänzungswahl der Vorstandsmitglieder, c) Parliamentsmehrheitsnahme für die Kinderkolonie am Adelsberge.
Zur Mitglieder-Versammlung und zu dem ihr vorangehenden Vortrage werden die geehrten Mitglieder und Freunde des Helbstättenwesens, insbesondere auch die verehrten Damen von Stadt und Land ergebenst eingeladen.
Nach der Versammlung **Gemeinsames Essen** in **Auerbachs Keller**. Teilnehmerrliste liegt im Versammlungsortal aus. [8092]
Auerbach, am 8. Juni 1914.
Der Vorstand.
Sofrat Dr. Wolff, Reiboldgrün I. B., Vorsitzender.

Hermann Fontius
Möbel-Ausstattungs-Haus
Leipzig-Gohlis.
Äußere Halle'sche Str. 106
Fernsprecher 1814

Besichtigung ohne Kaufzwang

6 mal beifolgnahmt gewesen! Sehr zu empfehlen!
Kindersegen und Arbeiterklasse
oder: Wie schütze ich mich vor starkem Familienzuwachs auf gesunde Art?
Preis 50 Pfg. oder 35 Pfg. in Briefmarken, als Brief 50 Pfg. — Zubeziehen durch die Buchhandlung der Leipziger Volkszeitung in Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 und deren Filialen.

Wir empfehlen
Der verlorene Sohn
Eine Geschichte aus der Fremdenlegion von **Wilhelm Lamszus**. Gebd. 1.70 Mk.
Eine Warnschrift
die es vermeidet, durch Häufung wilder Abenteuer die Jugend zum Eintritt in die Fremdenlegion anzureizen.
Vorrätig in der [8894]
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Tauchaer Strasse 19/21 und deren Filialen.

Jede Frau
wendet sich bei Bedarf in *
Hygienisch. Bedarfsartikel
vertrauensvoll an
Frau M. Oehler verehel. **Hollshock**
Leipzig, Kunst. 4/6. Tel. 19146
Lieferantin der Kreisrentenliste

Familien-Nachrichten
Sonnabend entschlief sanft mein lieber Sohn, unser guter Bruder [2166]
Ernst Richard Opitz.
Dies zeigt an Familie Opitz.
Beerd. Dienstag, 1/10 Uhr, auf dem Südfriedhof.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß am Sonntag, vormittags 7/9 Uhr, unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler **Heinrich Otto Geyer** im Alter von 69 1/2 Jahren nach kurzem Leiden im Krankenhaus sanft entschlafen ist.
L.-Connewitz, den 15. Juni 1914.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 17. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Stöckelstraße 29, aus statt.

Am Sonntag früh verstarb unser langjähriges braves Mitglied, der Tischler **Heinrich Otto Geyer** im Alter von 69 Jahren. [8945]
Wir rufen ihm ein Ruhe sanft nach.
Ortsverein L.-Connewitz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Leipzig.
Nach längerer Krankheit verschied am 14. Juni unser Kollege **Alfred Schulze** im Alter von 49 Jahren. Die Mitglieder werden sich seiner unermüdbaren Tätigkeit immer in dankbarer Weise erinnern. [8954]
Die Einäscherung findet Mittwoch, nachm. 4 Uhr, statt.

Allen Parteigenossen, Bekannten sowie seinen Mitarbeitern zur Kenntnis, daß mein langjähriger Freund und Kollege, der Genosse **Albert gen. Alfred Schulze** nach langer Krankheit im Krankenhaus St. Georg verschieden ist.
L.-Neustadt, den 14. Juni 1914.
Joh. Schelb, Lagerhalter.
Die Einäscherung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium des Südfriedhofs statt.

Nach langer schwerer Krankheit verstarb am Sonntag unser Mitarbeiter **Albert Schulze.**
Der Verstorbene hat sich während seiner langjährigen Tätigkeit in unserer Genossenschaft volles Vertrauen erworben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten und rufen ihm ein Ruhe sanft nach.
Die Gesamterwaltung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz und Umgegend
E. G. m. b. H. [8949]

Ortsverein Leipzig-Ost.
Sonntag früh verschied nach langer Krankheit im Alter von 48 Jahren unser langjähriges Mitglied, der Metallarbeiter **Alfred Schulze.**
Mit ihm verliert der Verein einen braven pflichttreuen Genossen; noch vor etlichen Jahren gehörte er längere Zeit dem Vorstande mit an und wirkte auch hier nach seinen Kräften.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. [8948] **Der Vorstand.**
Die Genossen treffen sich zur Einäscherung Mittwoch, nachm. 3 Uhr, im Gasthof Thonberg.

Wieder ist der Tod eine Lücke in unsere Reihen.
Am Sonntag früh 7/4 Uhr verschied nach einem langen Lungenleiden im Krankenhaus St. Georg unser langjähriges Parteimitglied und Funktionär, der Metallarbeiter [8947]
Alfred Schulze
im Alter von 48 Jahren. Seine rastlose unermüdbare in den Dienst der Partei stehende Tätigkeit, sein blühender Charakter rührt ihm unter den Funktionären ein bleibendes Andenken.
Der Bezirksvorsitzende von Leipzig-Ost.
Die Einäscherung findet Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium des Südfriedhofs statt. Die Genossen treffen sich Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof Thonberg, Reichenhainer Straße.

Politische Uebersicht.

Die Utopie des Bourgeois.

Der Hansabund hat es eilig, Jubiläen zu feiern. Sein fünfzigjähriges Bestehen hat ihm schon Anlaß gegeben, eine Sitzung seines Gesamtausschusses nach Köln einzuberufen und mit dem tönenden Namen einer Jubiläumstagung zu belegen. Das Bedürfnis nach solcher verfrühter Feier und Schaustellung scheint nicht gerade für die Festigkeit des Unternehmers zu zeugen.

Die Verhandlungen zeigten das Bild, das man schon seit Jahren von den Kundgebungen des Hansabundes gewohnt ist — der Protest gegen die „Ueberagrarien“ wird durch scharfe Kampfanzeige an die Sozialdemokratie paritätisch gemildert. Während aber die Tonart gegen rechts an Entschiedenheit mindestens nicht zunimmt, ist die gegen die Sozialdemokratie von Jahr zu Jahr schärfer geworden, und die Jubiläumstagung gliedert sich in diese Entwicklung durchaus organisch ein. Gleich in der Begrüßungsansprache legte der Geheimrat Duisburg eine scharfe Lanze gegen den Umsturz ein. Der Hansabund, so erklärte er, sei der gegebene Boden, auf dem sich verschiedene Stände zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit zusammenfinden könnten. Alle Parteien fänden hier ihre Vertretung, aber für die Sozialdemokratie sei kein Platz im Hansabunde. Der Umsturzpartei müsse der Kampf des Hansabundes mit geistigen und wirtschaftlichen Waffen gelten.

Der Vorsitzende, Geheimrat Kießer, hieß in dieselbe Kerbe. Er will die bürgerlichen Parteien einig gegen die Sozialdemokratie wissen. Von dieser Forderung könne erst dann abgegangen werden, wenn die Sozialdemokratie eine auf nationalem Boden stehende Arbeiterpartei nach englischem, französischem und italienischem Muster werde.

Wo der Herr Hansabundspräsident diese auf nationalem Boden stehenden Arbeiterparteien in Frankreich und Italien gefunden hat, verrät er nicht. Selbst die englische Arbeiterpartei ist international. Von einem an der Spitze einer großen Organisation des deutschen Bürgertums stehenden Politiker sollte man eigentlich etwas Besseres verlangen dürfen, als die abgebrachten, dümmsten Schlagworte der niedrigsten Ordnungspresse.

Die Kriegserklärungen an die Arbeiterbewegung sind nicht gerade welterschütternd und würden kaum genügen, der Jubiläumstagung größere Beachtung in der Sozialdemokratie zu erwerben. Mehr Interesse aber verdient ein Ausspruch Kießers, der die Ansprüche der Bourgeois nach rechts formuliert. Sie möchte nämlich den großen Kampf gegen die Sozialdemokratie nur dann unternehmen, wenn ihr vorher die Sicherheit gegeben ist, daß sie nach erfolgtem Siege nicht von den Agrariern in den Sack gesteckt wird. Als die beste Sicherung bezeichnet Kießer eine richtige Zusammenfassung des Parlaments, die das Bürgertum bei den Wahlen mit aller Kraft und in erster Linie anzustreben hätte. Aber offenbar traut er der Kraft des Bürgertums nicht allzuweit. Er hat noch einen zweiten Weg. Die Sicherheit, meint er, könnte auch gegeben werden „durch eine paritätische Zusammenfassung der Staatsleitung aus Mitgliedern der beiden konservativen Parteien, des Zentrums und der beiden liberalen Parteien. Eine solche Paritätspolitik, die der Bülowischen Blockpolitik schon deshalb vorzuziehen ist, weil sie der tatsächlichen Zusammenfassung der produktiven bürgerlichen Kräfte entspricht und nicht den schwächeren Teil auf Scheinkonzessionen und Gnabengeschenke verweist, würde als erste Etappe einer Besserung der heutigen Zustände ebenso zur Herbeiführung positiver Tätigkeit geeignet sein, wie eine oft in gleicher Weise zusammengeführte bürgerliche Mehrheit im Parlament und jedenfalls die Durchsetzung einseitiger und überagrarischer Forderungen verhindern.“ (Beifall.) Eine solche Forderung ist daher keine Utopie, die Utopien von heute sind oft die Wahrheiten von morgen.

Das also ist der Zukunftstraum des Bourgeois — eine paritätisch zusammengeführte Regierung, in der das Bürgertum seinen Anteil erhält. Das ist die Utopie des deutschen Bourgeois des 20. Jahrhunderts. Er hat den Willen, das Ruder den Junkern zu entreißen, die Regierungsgewalt zu erobern, längst ausgegeben, er ist entschlossen, nicht zu kämpfen, sein ganzer Kampfesmut erschöpft sich in dem Bestreben, einen paritätischen Anteil an der Regierungsgewalt zu — erhandeln! Er will Ausgleich mit den Junkern, und bietet als Entgelt seine gute Dienste gegen die Arbeiterbewegung an. Das ist die Utopie des Bourgeois! Wir wollen nicht behaupten, daß sie nicht einmal die Wahrheit von morgen werden kann — das Junkertum könnte vielleicht, wenn es in Bedrängnis gerät, dem Bürgertum ein paar Konzessionschulden in der Regierung zugestehen. Daß aber das Bürgertum auch in dieser Paritätperiode, genau wie in der Zeit des Bülowblocks, der Betrogene sein würde, dafür ist die Energie der Junker und die Zammerlappigkeit des deutschen Bürgertums, die sich eben wieder in der Utopie des Herrn Kießer offenbart, genügend Gewähr.

Wie sich nach diesem Aufsatze von selbst versteht, waren die ganzen Verhandlungen eine einzige Variation des schönen Themas vom Einerseits und Andererseits. Da verkündet Herr Kießer, daß die Sozialpolitik fortgeführt werden muß, um sogleich anzufügen, daß Tempo, Inhalt und Kostenlast sich nach der Konkurrenzmöglichkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt und der inneren wirtschaftlichen Lage richten müssen, wodurch jeder Widerstand gegen sozialpolitische Fortschritte sanktioniert wird. Da wird laut gegen den lächerlichen Zolltarif protestiert, aber mit den hohen Sätzen des Buchertarifs von 1902 findet man sich resigniert ab. Wo es den Kampf gegen rechts gibt, da hören wir gedämpfte Töne, energische Töne findet diese Hansamänner nur nach links — den Verbänden der Angestellten, die nicht ausdrücklich die Harmonie der Interessen mit den Unternehmern auf ihre Fahne geschrieben haben, wird die Fehde angelegt, allerdings, nachdem diese Verbände das Tischkuch zwischen sich und dem Hansabunde schon zerschnitten hatten. Ueber die brennende Frage des „Arbeitswilligenschutzes“ ging die Jubiläumstagung stillschweigend hinweg.

Man wird es den Junkern nicht verdenken können, wenn ihnen diese Jubiläre nicht imponieren. Die alten Hansaten hätten nimmer die nordischen Meere beherrscht, wenn sie aus

demselben Stoff gewesen wären, wie ihre modernen Nachfahren. Die Alten setzten Könige ab und ein, die Neuen träumen die Utopie des Herrn Kießer. Der Unterschied ist etwas groß.

Deutsches Reich.

Das Gespenst neuer Steuern.

Das Gespenst neuer Steuern nimmt immer jeitere Formen an und damit wächst die Furcht, die Arbeiter und alle kleinen Leute immer eindringlicher auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen und ihre Abwehr zu organisieren.

Man erinnert sich, wie schon die Reise des Reichsschatzsekretärs an die süddeutschen Höfe mit der Suche nach neuen Steuern in Verbindung gebracht wurde. Ungefähr um die gleiche Zeit machte die Kreuzzeitung eine höchst verdächtige Propaganda für die Erhöhung der Zigarettensteuer. Dann kam das Kennwertgesetz, dessen Erträge für die Besoldungsvorlage im Reich und die Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre verwendet werden sollten, wofür die erhofften Ueberschüsse des ordentlichen Etats längst nicht mehr reichten. Diese erhofften Ueberschüsse hatten sich nämlich, je mehr man sich dem Abschluß des Etats von 1913/14 näherte, desto offensichtlich verflüchtigt und in ein merkliches Defizit verwandelt, eine Folge der wirtschaftlichen Krise. Dann kam das Fiasco des Wehrbeitrags, denn, obwohl durch den Steuerpardon eine große Reihe bisheriger Steuermodelle der besitzenden Prozentpatrioten aufgedeckt und zugestanden wurden, wird der über den ursprünglichen Vorschlag hinaus angelegte Beitrag von 1200 Millionen Mark nicht erreicht. Man wird mit Mühe und Not 1000 Millionen Mark erhalten, so daß 200 Millionen Mark noch durch eine neue Steuerquelle aufgebracht werden müssen! Denn sie sind bei den Ausgaben bereits mitvergeben. Um die Zeit, wo dieses Fiasco des Wehrbeitrags in die Öffentlichkeit kam und das Kennwertgesetz in die Versenkung verschwand, erhob Herr Dr. Arendt, einer der gemeingefährlichsten Steuerjäger, erneut den Ruf nach neuen Steuern und empfahl für sie das Zigarettenmonopol. Zugleich bereitet der betriebame Herr Erzberger in einer angeblichen Abwehr neuer Steuern den fälligen Umfall des Zentrums vor; er will den Leichnam des Kennwertgesetzes zu neuem Leben erwecken und malt die finanzielle Lage des Reichs, wenn es nicht wiederkäme und nicht angenommen würde, so grauig, daß jeder staatserkaltende Geist nach neuen Steuern rufen muß.

Wenn zwei so geriebene Volksfeinde wie Herr Dr. Arendt und Herr Erzberger sich mit der Finanzlage im Reich beschäftigen, und wenn man zugleich alle die andern Momente, die vorstehend kurz angedeutet wurden, in diesem Zusammenhang berücksichtigt, so braucht man kein Prophet zu sein, um sagen zu können, wohin die Reise geht. Neue Steuern sind zwar der ausgesuchteste Wahnsinn, aber dieser Wahnsinn ist eine chronische Krankheit aller feudalkapitalistischen Staaten, ganz besonders seit dem Erstarken des Imperialismus. Man muß sich nur erinnern, daß im Reich erst 1900 an neuen Steuern 450 Millionen Mark bewilligt wurden, 1911: 40 Millionen Mark, 1912: 20 Mill. Mark, 1913: 180 Millionen Mark und 1200 Millionen Mark Wehrbeitrag. Es wäre ein Wunder, wenn das Jahr 1914, so es allein nach dem Willen der herrschenden Klassen geht, von neuen Steuern freibleibt. In der Tat wird dies Wunder nicht eintreten, es sei denn, alle Arbeiter und kleinen Leute rühren sich beizeiten und nehmen den herrschenden Klassen die Luft, auf Kosten anderer in den Tag hineinzuatmen.

Nur einige Ausnahmefälle!

Nach viertägiger Verhandlung ist in Mülhausen am Freitag der Prozeß gegen den Genossen Geiler, den verantwortlichen Redakteur unfres dortigen Parteiblattes, zu Ende gegangen. Das Urteil lautete, wie wir noch am Sonnabend berichten konnten, auf drei Monate Gefängnis. Der Prozeß hatte sich mit einer Kritik beschäftigt, die unser dortiges Parteiblatt an dem Verhalten der Polizei während eines Lohnkampfes der Bauarbeiter geübt hat. Es war dort, wie es überall ist, wo sich Unternehmer und Arbeiter in Lohnkämpfen gegenüberstehen: alle Machtmittel des Klassenstaats stellen sich dem Kapital zur Verfügung, um selbst die gerechtesten Ansprüche des Proletariats niederzuschlagen. Dieser Kampf war besonders tragisch verlaufen, denn er hat zwei Arbeitern das Leben gekostet. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Arbeiter zu ihrer Ansicht über die Firma Berger, die die staatlichen Arbeiten ausführt, und die Gültigkeit des Mülhauser Lohntarifs berechtigt gewesen, daß aber auch der Firma kein Vorwurf zu machen sei, wenn sie annahm, daß sie als auswärtige Firma den Mülhauser Lohntarif nicht zu zahlen brauche. Die Gendarmerie hätte sich ruhig und mäßig verhalten, daselbe könnte von der Polizei gesagt werden. Allerdings seien einige Ausnahmefälle bei der Polizei zu verzeichnen. Die rohe und ungehämte Sprache in dem Artikel habe bei der Bevölkerung aufreizend gewirkt. Dem Angeklagten müsse zugute gehalten werden, daß er geglaubt habe, für eine gute Sache zu kämpfen.

Wieder einmal also Ausnahmefälle! Die Moabiter Polizeikrawalle, die Maschinengewehre während des Streiks in Mansfeld, der polizeiliche und militärische Belagerungszustand beim Kampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier, die Deuger Tragödie, die Morde arbeitsfreudiger Menschen in Burg, Stettin und Leitmeritz durch streikbrecherisches Gesindel und sogleich gleichartige Ereignisse: das alles sind nur „einige Ausnahmefälle“. Wir sind anderer Meinung. Wir erkennen hieran das System, die „Ausnahmefälle“ werden kein Ende nehmen, solange die kapitalistische Ausbeutung der proletarischen Arbeitskraft fort dauert. Und wenn die bürgerlichen Richter harte Strafen über die Kritiker dieses Systems verhängen, so beweisen sie damit nur die Richtigkeit des Satzes, daß jeder Mensch von den Verhältnissen, in denen er lebt, in seinen Handlungen abhängig ist. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Lünenburger aus Straßburg, brachte zum Ausdruck, worum es sich in diesem Prozeß handelte. Weltanschauungsfragen, sagte er, sind es, die der Beurteilung jenes demwürdigen Kampfes, der Maßnahmen der Polizei, des Er-

gebnisses der viertägigen Verhandlung die Richtung geben. Und nie ist es schwieriger, die Verteidigung eines Angeklagten zu führen, so fuhr er mit Recht fort, als wenn Gegenstände, die in einer verschiedenen Weltanschauung begründet sind, einander gegenüberstehen. Diese Auffassung ist richtig, soweit sie von Folgerziehungen ausgeht. Die Weltanschauungen werden aber erst von den wirtschaftlichen Verhältnissen geschaffen, und so müssen wir mit schärferer und dabei richtigerer Formulierung sagen: Es war der Klassenkampf, der hier zum deutlichen Ausdruck gekommen ist, und die Anschauungen ihrer Klasse haben auch hier wieder Richter veranlaßt, an „einige Ausnahmefälle“ zu glauben und den Kritiker von polizeilichen Uebergriffen, die sich gegen Arbeiter richteten, auf drei Monate ins Gefängnis zu werfen.

Eine schpreußische Komödie.

Wir konnten noch am Sonnabend über die Verhandlungen des preussischen Dreiklassenhauses über den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion berichten, das Strafverfahren gegen Genossen Liebknecht einzustellen. Es handelt sich hierbei um die Denunziation eines sichern Herrn Schwabe, Rechtsanwalt seines Zeichens, der durchaus eine Verurteilung und Disziplinierung Liebknechts herbeigeführt haben will, weil er den russischen Jaren auf dem Magdeburger Parteitag im Jahre 1900 in durchaus richtiger Weise, also recht kräftig, charakterisiert hatte. Zurzeit schwebt die Sache vor dem Ehrengerichtshof für die Rechtsanwälte. Am Sonnabend führten nun die Junker und Junkerengenossen folgende Komödie auf:

Es lagen zwei Anträge auf Einstellung des Verfahrens gegen Abgeordnete vor. In dem einen Fall handelte es sich um den konservativen Abgeordneten Hammer, der in ein belangloses Klageverfahren verwickelt ist, im anderen Falle um unseren Genossen Liebknecht. Um ihr heißes Schenken, den Genossen Liebknecht zu treffen, erfüllen zu können, griffen die Konservativen zu dem taktischen Schachzug, zu beantragen, daß das Verfahren gegen ihren Parteigenossen Hammer nicht eingestellt werde. Nunmehr glaubten sie mit einem Scheln von Recht auch fordern zu dürfen, daß das Verfahren gegen Liebknecht seinen Fortgang nehme. Um dies zu ermöglichen, beantragten sie, den Antrag auf Einstellung des Verfahrens der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen. Da das Haus unmittelbar vor den Sommerferien steht, so hätte das nichts anderes bedeutet, als die Angelegenheit bis in den Winter hinein zu verschleppen; inzwischen hätte dann das Disziplinarverfahren gegen Liebknecht ungehindert seinen Fortgang nehmen können. Nach einer sehr heftigen Erörterung, an der sich von unserer Seite die Genossen Adolph Hoffmann und Daenisch beteiligten, legten die Konservativen ihren Willen, die Angelegenheit der Geschäftsordnungs-Kommission zu überweisen, durch. Zentrum und Nationalliberale schämten sich nicht, ihnen dabei Beifälle zu leisten. Nur mit Mühe und Not gelang es unseren Genossen, durchzusetzen, daß die Geschäftsordnungs-Kommission noch vor der Sommerpause zusammentritt und die Angelegenheit berät. Am Dienstag soll dann, unmittelbar vor der Vertagungssitzung, die Geschäftsordnungs-Kommission Bericht erstatten.

Zu dieser Komödie paßt noch, daß alle bürgerlichen Parteien die sozialdemokratische Anregung, den Wahlschrittstrag ab der Fortschrittler noch vor den Ferien zu beraten, niederstimmten, auch die Fortschrittler befanden sich unter ihnen, und sie zögten damit, wie wenig ernst ihre angebliche Wahlfreundschaft zu nehmen ist. Dabei wäre noch Zeit genug gewesen, darüber zu verhandeln. Aber für die wichtigsten Volksinteressen hat man in diesem Parlament niemals Zeit.

Die Abstrafung der „Wades“.

Ein Berliner Blatt, das seine Kost aus Abfällen der Reglerungsküche zubereitet, meldet aus Straßburg, daß aller Wahrscheinlichkeit nach eine kaiserliche Kabinetsorder, der zufolge seit zehn Jahren 25 vom Hundert der reichsständischen Deputierten in den Reichsländern selbst zur Fahne eingezogen werden, binnen kurzem aufgehoben werden. Tatsache sei jedenfalls, daß diese Kabinetsorder in diesem Jahr zum ersten Male außer Wirksamkeit getreten sei. Wir hoffen, schreibt das Blatt dazu, diese Nachricht dahin auslegen zu dürfen, daß man mit der Wiederabstrafung dieser Kabinetsorder im Interesse des Reichs und der Reichsländer rechnen kann. Das haben die „Wades“ davon, daß sie sich gegen die Herrschaft des Säbels wandten und auf ihr Bürgerrecht pochten!

Zu dieser Nachricht paßt noch eine zweite, die aus Mülhausen i. E. kommt. Die Wahl von vier sozialdemokratischen Gemeinderatsmitgliedern in dem Vorort Dornach ist, wie wir schon berichteten, für ungültig erklärt und der ganze Gemeinderat von Mülhausen bis auf weiteres seines Amtes enthoben worden. Die Ungültigkeitserklärung erfolgte auf Grund von Fälschern in der Wählerliste, die von demselben Polizeikommissar Oropengischer begangen worden sind, der in dem Streikrawallprozeß gegen die Mülhauser Volkszeitung der Hauptzeuge der Anklagebehörde war. Zur Bekräftigung des vom Präsidenten des Dornacher Kriegervereins eingelegten Wahleinspruchs hat sogar der Herr Polizeikommissar auch gleich schriftlich die von ihm selbst begangenen Intorresstheiten bekennt. Herr Datwitz sollte auf dieses staatsmännliche Talent aufmerksam gemacht werden!

Staatsaktionen des Militarismus. Am 27. Juni kommt vor dem Reichsgericht die Revision der Genossen Lutzemburg gegen das Frankfurter Urteil zur Verhandlung, am 29. Juni soll vor der Berliner Strafkammer der Prozeß wegen der Kritik der Soldatenmißhandlungen stattfinden und am 4. Juli wird die Kieler Strafkammer gegen Genossen Karstl wegen eines Artikels über Zabern verhandeln. — Das sind erst drei Prozesse. Daneben sind noch so viele andre Anklagen wegen angeblicher Beleidigung des heiligen Militarismus erhoben worden, daß man ihre Zahl fast nicht mehr feststellen kann. Wenn die Herren Militaristen etwa annehmen sollten, daß dadurch die Kritik am deutschen Militärwesen unterbunden werden könnte, so sollen sie sich gründlich täuschen!

Preussischer Geist überall! Man kann in ganz Deutschland Umhau halten, überall wird man jetzt den Kleinlichgehabigen Geist preussischer Militarherrschafft treffen. Im Januar d. J. wurde in Düsseldorf der Genosse Herold, der Mitglied des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen ist, aus Preußen ausgewiesen, weil er österrreichischer Abstammung ist und sich während eines Streiks „lästig“ gemacht haben soll. Herold, der Familienvater ist, wandte sich darauf nach Hamburg, wo er Stellung fand. Aber schon nach kurzer Zeit ereilte ihn auch hier der Ausweisungsbefehl, obwohl er sich jeder agitatorischen Tätigkeit enthalten hatte. Die einzige Mühsicht, die die Hamburger Polizei walteten ließ, war eine Verlängerung der Frist auf drei Monate, nach deren Ablauf Herold das „freie“ Hamburg verlassen muß.

Ueber die nationalliberalen Sonderbündler soll auf dem Kieler Parteitag der Fraktion Drehscheibe verhandelt werden, nachdem die Internationalliberale Korrespondenz geschrieben hat, daß die Auflösung der Sonderorganisationen sich zurzeit als unmöglich erwiesen habe. Der Hannoverische Kurier sagt nun, daß nicht das allergeringste entschieden sei, vielmehr erweise die Fülle der Zuschriften aus dem ganzen Reich auf den Parteivorstand und dessen führende Mitglieder, daß hinter dem Würgeschuß des

Zentralvorstandes die erdrückende Mehrheit der Parteifreunde aller Schattierungen stehe. Die Sache werde unter allen Umständen auf dem Kölner Vertretertage auf die Tagesordnung kommen. Die Aussprache könne zu Erregungen führen, aber unterdrücke man sie nicht, und man habe in der Parteileitung so viel Vertrauen auf die innere Gesundheit und Festigkeit der Partei, daß man nicht befürchte, es könne die öffentliche Erörterung durch einen launendköpfigen, also einer Volksverleumdung ähnlichen Parteitags unheilbare Wunden hinterlassen und unüberbrückbare Gegensätze schaffen. — Die Drahtzieher werden schon dafür sorgen, daß man sich zwar in Köln ein wenig schlagen, aber auch wieder vertragen wird. Im Grunde genommen sind sie sich doch alle gleich.

Ein neuer Legationsmann. In der badischen Zweiten Kammer regte sich vor einigen Tagen im Zentrumslager wieder einmal das Verlangen nach einem Kampf gegen die Abbildung nackter Gestalten in der Kunst. Es war der bauerliche Zentrumsabgeordnete Morgentaler, der beim Etat der Eisenbahnen seiner stilkischen Entrüstung darüber, daß am neuen badischen Bahnhof zu Basel in der dekorativen Skulptur vier Nacktelten angewendet sind, namens der allerchristlichsten Stillheit heftigen Ausdruck verlieh. Der Präsident befristete den Ausdruck einer neuen Kulturkampfdebatte und bat um Abgelung der Kampfeslust. Der Generaldirektor der Staatsbahnen verstellte jede weitere Ertrügheit durch eine satirische Abfertigung der heuchlerischen Prüderie. Es handelt sich um die allegorische Darstellung der vier Elemente durch weibliche Gestalten, sagte der Regierungsvertreter und ätierte aus einer Rede des Ministers v. Bodman aus einer Kunstdebatte dieser Session den gegen alle Feinze-Männer gerichteten Ausdruck, daß die Form des menschlichen Körpers etwas Bewundernswertes ist, wenn man ihn nur in gesitteter Weise betrachtet. Das Zentrum hat diese Belehrung über die Moraltheorie ohne Widerspruch entgegengenommen.

Ein konservatives Witzblatt erscheint neuerdings unter dem Titel: Der wahre Michel in Berlin-Steglich. Es ist uns unklar, was die Konservativen eigentlich mit dieser Gröblichkeit bezwecken. Wozu brauchen sie ein neues Witzblatt? Wollen sie der Kreuzzeitung und dem Reichsboten Konkurrenz machen?

Italien.

Das Ende der „Unruhen“ in der Romagna.

Die Gerichte von revolutionären Ausbrüchen und Brandstiftungen in den Städten der Romagna haben sich als ungeheuerliche Uebertreibungen herausgestellt. Wo es zu Zusammenstößen gekommen ist, ist dies auf Provokationen durch die stammelhaften italienischen Geheimpolitisten zurückzuführen. Ueber die wiederkehrende Ruhe wird gemeldet:

Rom, 14. Juni. Aus Ravenna kommt die Nachricht, daß der öffentliche Verkehr, der ganz unterbrochen war, allmählich wieder aufgenommen wird. Die Post, die drei Tage lang ausgeblieben war, ist gestern zum erstenmal wieder angekommen. In der Stadt herrscht vollkommene Ruhe und auch in der Provinz beginnt die Ordnung wiederzukommen.

In Forlì haben die Besoldeten trotz der kleinen Garnison, die in der Stadt liegt, die schwierigste Lage der letzten Tage überstanden, ohne daß es zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen wäre. Jetzt ist die Ruhe wiederhergestellt. Das Gerücht, daß die Bakilla San Mercuriale einer Feuersbrunst zum Opfer gefallen ist, ist unwahr. In dem Gebäude war ein kleiner Brand ausgebrochen, der sofort gelöscht werden konnte.

Gestern abend haben die Eisenbahnarbeiter in Ancona die Arbeit wieder aufgenommen, auch die Bevölkerung von Fabriano beginnt sich zu beruhigen.

Die Gemeindevahlen.

Rom, 14. Juni. In Rom, Mailand, Genua, Turin und in einigen andern Städten haben heute die Wahlen für die Gemeindevereinerung ohne jeden Zwischenfall stattgefunden.

Frankreich.

Das neue Kabinett Viviani.

Die Erklärung, die das neue Kabinett Viviani über das Militärgesetz abgegeben hat, lautet:

Die Regierung wird binnen kurzen Gehehens die Einbringung über die militärische Vorbereitung der Jugend und über die Reorganisation der Reserve. Die Entwürfe sind bestimmt, die Leistungskraft der Nation zu erhöhen, die sich nur daran gedenkt hat, Ehre, Freiheit und Heimat zu schützen. Erst wenn diese Entwürfe, die allen Ergebnissen der Erfahrung und den Anforderungen der nationalen Verteidigung Rechnung tragen, angenommen und in Kraft gesetzt sein werden, wird die Regierung eine Erschließung der militärischen Vollen vorzuschlagen können.

Viviani will also die dreijährige Dienstzeit aufrecht erhalten, er hat nur den Wortlaut seiner Erklärung etwas zweideutiger gemacht. Ueber seine wahren Absichten kann jedoch kein Zweifel herrschen. Hat er doch einem Berichterstatter gegenüber erklärt: „Wir sind entschlossen, das gegenwärtige Militärgesetz anzunehmen. Dazu würden wir uns allerdings nicht an eine unabweisende Formel zu binden haben. Wir werden die Abänderung des Militärgesetzes erst nach seinen Ergebnissen und entsprechend den Bedürfnissen der militärischen Verteidigung ins Auge fassen.“ Zwar ist es ihm gelungen, ein Kabinett aus radikalen Politikern zusammenzubringen, aber wird es lebensfähig sein? Jaurès warnt in der Humanité die radikale Partei eindringlich, auf die Intrigen Polncarés hineinzufallen und betont, daß eine tiefe Kluft zwischen Viviani und den Sozialisten und Viviani und den geeinigten Radikalen bestehe.

Auch das radikale Parteigebäude, der Radical, richtet sich gegen Viviani. Er schreibt:

Die vorerstrige Kammerprüfung, welche den Sturz Ribots herbeigeführt hat, hätte Viviani in seiner Ansicht bestärken müssen, daß es unmöglich sei, mit einem Programm zu beginnen, welches Republikaner wie Gobard und Bonnot nicht befriedigt. Gleichwohl hat Viviani nicht den Versuch gemacht, diese beiden weiter als Mitarbeiter zu gewinnen, und er hat sich auch über die Ansicht Combes' leichtsinnigerweise hinweggesetzt. Anstelle dieser erprobten Republikaner sieht man in dem neuen Kabinett gewisse Deputierte, welche für Ribot bestimmt haben. Dadurch ist die Lage, die vorerstrigen sehr klar war, jedenfalls etwas verdunkelt.

Und Combes hat in einer der Presse übermittelten Note und herans erklärt, daß das Programm Vivianis weder dem Programm von Bonnet entspricht, noch die Auffassung der radikalen Partei in der Frage der dreijährigen Dienstzeit vertritt, daß es vielmehr lediglich eine Wiederholung des Ribot'schen Programms sei, das die Kammer abgelehnt habe. Wird dennoch die Partei der vereinigten Radikalen für das neue Kabinett Viviani eintreten? Sie könnte es nur unter der Gefahr der Spaltung. Tut sie es, so begeht sie politisch Selbstmord.

Dänemark.

Verhängene Ministerkrise.

Um die Durchführung der Verfassungsreform trotz der Obstruktion der Konservativen im Landsting zu ermöglichen, hatte das Ministerium dem König die Notwendigkeit der Auflösung des Landstings vorgeschlagen. Der König erklärte sich dazu bereit, wollte jedoch die vom König ernannten Mitglieder nicht mitauflösen. Daraus drohte das Ministerium mit Demission. Jetzt haben nun König und Ministerium ein Kompromiß geschlossen. Beide behalten sich ihre Stellungnahme über die strittige Frage bis nach den Wahlen vor. Der Konflikt ist also verschoben.

Großbritannien.

Zu den Einigungsbestrebungen im englischen Sozialismus.

Die Urabstimmung, die innerhalb der British Socialist Party über den Vorschlag, sich der Arbeiterpartei anzugliedern und mit der unabhängigen Arbeiterpartei (Independent

Labour Party) und der Fabian Society ein gemischtes Komitee zu bilden, vorgenommen wurde, ergab folgendes Resultat: Für den Vorschlag 3208 Stimmen gegen 2410 Stimmen, ungültig 522 Stimmen, also eine Majorität von 859 Stimmen für den Vorschlag.

Balkan.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Der Kriegsalarm ist diesmal verfrüht gewesen. Die Kriegslüsterne Maßnahme sind offenbar zurückgepfiffen worden. Zwar hat Griechenland gebührend mit dem Säbel geräffelt, es hat der Pforte eine Note zugehen lassen, die zwar kein Ultimatum war, aber erklärte, daß Griechenland die Verantwortung für die Folgen ablehne, wenn nicht bald ein Ende gemacht werde. Es hat außerdem bekannt gemacht, daß es nunmehr die Inseln Chios und Mytilene annektieren werde. Aber den Großmächten ist der Kriegslärm wohl zu früh gekommen. Auf Intervention ihrer Vertreter schlägt jetzt Griechenland sanftere Töne an, und die Pforte zeigt Entgegenkommen. Aus Athen wird gemeldet, daß das Dekret über die Annexion von Chios und Mytilene vorläufig nicht veröffentlicht werden solle, und aus Konstantinopel kommt die Nachricht, daß die Pforte die Ausweisungen von Griechen zurücknehmen und Schadenersatz leisten werde. Darauf sind in Athener diplomatischen Kreisen die Aussichten auf eine friedliche Beilegung des Konflikts als durchaus günstig bezeichnet worden.

Rumänien.

Zarenbesuch.

In Constanza soll in den nächsten Tagen eine Zusammenkunft zwischen dem König von Rumänien und dem Zaren stattfinden. Wie immer werden auch hier die lächerlichsten Vorbereitungen zum Schutze des um sein Leben zitternden Zaren getroffen. Darüber wird gemeldet:

Constanza, 13. Juni. Der bevorstehende Besuch der Zarenfamilie hat das äußere Gepräge der Stadt vollständig verändert. In der Ausschmückung der Straßen nimmt die Bürgererschaft weniger Anteil, doch sehen die Behörden alles in Bewegung, um der Stadt ein festliches Aussehen zu geben. Die Ausschmückung der Privathäuser läßt viel zu wünschen übrig. Russische Fahnen sind fast nirgends an Privatgebäuden zu sehen. Die von der Polizei getroffenen Sicherheitsmaßnahmen sind für die Bewohner von Constanza äußerst unangenehm. Ein ganzes Heer von russischen und rumänischen Polizisten und Geheimagenten ist aufgebotsen, um die Sicherheit der Zarenfamilie zu gewährleisten. Für die Dauer des Aufenthaltes der Zarenfamilie wurden von der Polizei in bezug auf das Verweilen der Bevölkerung auf der Straße strenge Verfügungen erlassen. Danach ist der Aufenthalt auf den Straßen, die die Zarenfamilie passiert, verboten, ebenso das Verweilen von Balkons oder Verweilen am Fenster in der Zeit, in welcher die Zarenfamilie durch die betreffenden Straßen fährt. Der Chef der rumänischen politischen Polizei ist in Constanza eingetroffen, um persönlich Sicherheitsmaßnahmen anzuordnen. Die Stadt hat das Aussehen eines Militär- und Polizeilagers. Es sind in Constanza konzentriert: 4 Infanterieregimenter, 2 Kavallerieregimenter, 2 Regimenter Artillerie, 1 Regiment schwere und 1 Regiment leichte Kavallerie, 1 Gardebataillon, 1 Regiment Grenzpulver, 500 Mann Gendarmen, und 1000 Mann Polizisten in Zivil und Uniform.

Unsere rumänischen Genossen haben zum Protest gegen den Besuch des Zarenpaares in Bukarest und Rumänien große Kundgebungen veranstaltet. Natürlich erregt diese Zusammenkunft in den Kreisen der Balkandiplomatie großes Aufsehen, und die verschiedensten Vermutungen werden laut über die diplomatischen Absichten, denen diese Zusammenkunft dient.

Gleichzeitig wird auf dem böhmischen Schlosse Konopišt des österreichischen Erzherzogs-Thronfolgers derartiges. Wilhelm II. ist hier zu Besuch und hat Herrn v. Tilly mitgebracht, und jetzt ist auch Graf Berchtold dorthin berufen worden. Man wird ja sehen, was bei diesen Zusammenkünften herausspringt.

Mejiko.

Konflikt zwischen Villa und Carranza.

Newyork, 14. Juni. Wie der Newyork Herald meldet, ist der offene Bruch zwischen den Generälen Villa und Carranza unmittelbar bevorstehend. Man ist der Ansicht, daß General Villa infolge der gegen ihn angelegten Anklagen alle Geduld verloren hat. Die ganze Mecklenburger Armee steht auf seiner Seite, und wenn er lobt wird es sehr ernsthaft ausgegeben. Die Anhänger Carranzas haben die Eisenbahnen und Telegraphen unter ihrer Kontrolle und sogar die eigenen Telegramme des Generals Villa werden nicht befördert. Die Eisenbahnzüge, die im Laufe der letzten Monate von Torreón nach Saltillo und Monterrey abgefahren wurden, sind auf ganz geheimnisvolle Weise verschwunden und man hat nie wieder etwas von ihnen gehört. Auf Seiten der Anhänger des Generals Villa nimmt die Neigung zu, in freundschaftliche Beziehungen zu den benachbarten Staaten zu kommen, nützlichfalls durch Ueberbinderung des Generals Carranza.

Sächsische Angelegenheiten.

Die fortschrittliche Landtagsfraktion unter der Kritik des fortschrittlichen Landtagsparteitages.

Die Fortschrittler hielten am Sonntag ihren Landtagsparteitag in Dresden, auf dem das fortschrittliche Fährten der sieben Unentwegten recht schlecht abschloß. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete das nationalliberal-fortschrittliche Landtagswahlprogramm, doch wurden die Beratungen hierüber hinter verschlossenen Türen geführt. Den Bericht erstattete der Chefredakteur Steinsdorff von der Zitauer Morgenzeitung. Der Parteitag beschloß nach längerer Debatte mit 132 gegen 8 Stimmen das Abkommen, das auch von der Zentralleitung der fortschrittlichen Volkspartei im Reich seinen Segen erhalten, weil man gerade in Sachsen ein Zusammengehen der Liberalen für wünschenswert und notwendig hält, gemäß dem Antrage der Kommission zu genehmigen. Soviel bekannt wurde, haben gegen das Abkommen nur die Vertreter aus Glauchau Front gemacht. Diese wollten noch gewisse Sonderwünsche berücksichtigt wissen, drangen aber damit nicht durch. Das liberale Wahlabkommen für die Landtagswahlen 1916 ist damit perfekt geworden. Danach belegen die Fortschrittler 28 und die Nationalliberalen 62 Wahlkreise. Einen Anstoß zwischen den Liberalen und Fortschrittler bildet nur noch der 6. ländliche Wahlkreis, der gegenwärtig von unsern Genossen links vertreten wird.

Einem interessanten und zeitweise fürmlichen Verlauf nahmen die öffentlichen Verhandlungen. Der fortschrittlichen Landtagsfraktion wurde wegen ihrer volks- und arbeitereindlichen Haltung beim Wertzuwachssteuergesetz, bei der Vernehmung der Gewerbeaufsichtsbeamten und in der Ordnungsfrage gehörig der Kopf gewaschen, und wenn sich die Mehrheit der Delegierten letzten Endes schenkte, daraus die Konsequenzen zu ziehen, so geschah es lediglich, um nicht die Wähler vor den Kopf zu stoßen.

Zunächst gab der Abg. Koch einen Rückblick auf die Landtagsverhandlungen. Von Interesse war, daß er die Annahme eines Ordens durch den Abg. Günther, nachdem kurz vorher die Fortschrittler gegen das Ordenskapitel gestimmt hatten, bloß als einen Akt der Gütlichkeit hinstellte. Dann kam er auf das Wertzuwachssteuergesetz zu sprechen, das bekanntlich mit 47 gegen 40 Stimmen von der Zweiten Kammer abgelehnt worden ist. Außer ihm hätten alle Fortschrittler gegen das Gesetz gestimmt. (Leb! hört, hört!) Damit sei aber nicht gesagt, daß seine Fraktionsgenossen Gegner der Steuer wären, sie hätten nur die Entscheidung in die Hände der Gemeinden legen wollen. Diese Entscheidung seiner Parteifreunde machte jedoch keinen Eindruck, um so weniger, als der Referent im selben Atemzuge die Ungerechtigkeit der Bewer-

tung nachwies, daß die Wertzuwachssteuer den Grundbesitz besaße, und meinte, dem Gesetze hätte man so unbedenklich zugestimmt werden können, als es sich nur um ein Provisorium bis zum Jahre 1917 handelte. Nach diesen Ausführungen mußte es etwas eigenartig berühren, als der Redner zum Schluß behauptete, die Fraktion sei stets bestrebt gewesen, in liberalen Kreise zu verfahren und die Interessen der verschiedenen Volksklassen gegenseitig abzuwägen. Wenn die Fraktion auch in einzelnen Fällen nicht einheitlich vorgegangen sei, so habe man doch immer das Gefühl der Zusammengehörigkeit gehabt.

Sofort erschien Herr Günther auf dem Plane, um in ziemlicher Erregung die Mehrheit der Kammerfortschrittler zu verteidigen, was ihm allerdings sehr schlecht gelang. Er habe schon seinerzeit im Reichstage gegen die Einführung der Steuer gestimmt (Zuruf: Leider!), und er würde heute noch genau so stimmen, wenn er noch die Ehre hätte, dem Reichstage anzugehören. Dann berief er sich als Kronzeugen auf den Genossen Eißelmann, der gesagt haben soll, das Gesetz habe einen städtefeindlichen Charakter und führe zur Vertreibung des Grund- und Bodens und infolgedessen auch der Wohnungsvermieter. Bei der allgemeinen Vorbereitung des Gesetzesentwurfs in der Zweiten Kammer habe auch der Sozialdemokrat Müßler erklärt, daß die Erträge der Steuer (der Reichsanteil) von den Gemeinden zu beanspruchen seien. Den gleichen Standpunkt hätten auch die übrigen Parteien eingenommen. In der Deputation wären aber die Sozialdemokraten vollständig umgesehen, während die Fortschrittler selbstgeblieben wären (!!). Die Sozialisten hätten sich mit 25 Prozent für die Gemeinden begnügt, während die Fortschrittler sämtliche 50 Prozent verlangt hätten. Nach diesem Taschenspielerkunststück stellte Herr Günther die Sache so dar, als ob die Regierung auf das Zustandekommen des Gesetzes gar keinen großen Wert gelegt habe, während die Gemeinden und Städte mit dem Scheitern der Vorlage hochzufrieden seien. Dann gah er die Schale seines Hornes über diejenigen aus, die es gewagt hatten, Angriffe gegen die Fraktion zu erheben. Die Stoßkraft der Partei müßte darunter leiden.

Dr. Seber-Dresden bezeichnete es als einen wohlberechneten Schachzug, die Kritik an der Tätigkeit der fortschrittlichen Landtagsfraktion als letzten Punkt auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Die Tätigkeit der Fraktion fordere in gewissen Punkten zur schärfsten Kritik heraus; sie lasse einen Zug nach rechts erkennen. Ob dieser anseht der ganzen politischen Verhältnisse und auch der Haltung der sächsischen Regierung beachtet sei, sei stark zu bezweifeln. Jedenfalls sei in der Haltung der Fraktion eine gewisse Entwertung eingetreten. So habe, obwohl in Sachsen die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten ungenügend sei, die fortschrittliche Fraktion gegen die Forderung zweier weiterer Gewerbeinspektoren gestimmt. Die Wirkung einer solchen Handlungsweise müsse unbedingt die sein, daß sich die Arbeiterklasse sagt: Nur die Sozialdemokraten haben Taten für uns übrig, die Fortschrittler aber nichts weiter als schöne Nebensorten! (Leb! hört, hört!) Günther hat es sehr gebracht, die Gewerbeaufsichtsbeamten mit den Polizeibeamten auf eine Stufe zu stellen. (Hört, hört!) Mit dieser Haltung der Fraktion konnte man sich nicht einverstanden erklären. Noch weniger fürte man sich mit der Haltung in der Zuwachssteuer bescheiden. Das Gesetz sei an 7 Stimmen gescheitert. Diese 7 Stimmen waren die Fortschrittler, denen somit die volle Schuld der Verantwortung für das Scheitern des Gesetzes zufalle. Günther habe das Bild total verschoben. Der Schwerpunkt des Gesetzes habe darin bestanden, daß die Gemeinden zwangsweise angehalten werden sollten, die Steuer einzubehalten, nicht aber in der Verteilung des Reichsanteils. Wer sich verteidige, wie Günther, che er angegriffen werde, der habe kein gutes Gewissen! (Bravo!) In einer Zeit, in der in Deutschland auf dem Gebiete des Wohnungswesens die schlimmsten Mißstände herrschen, lehnt man eine solche Steuer ab, geht man an den Reichen der Zeit vorbei und schlägt sich auf Seite des Grundbesitzes! Wenn eine Zeitung geschrieben hat: „Die fortschrittliche Landtagsfraktion ist mit Mühselig geschlagen!“, so trifft dies in vollem Umfange zu: Selbst ein Teil der Nationalliberalen habe für das Gesetz gestimmt. Die fortschrittliche Fraktion hat im Punkte eines wichtigen Fortschritts versagt! (Beifall.) Redner brachte folgende Resolution ein:

1. Der Parteitag erkläre in der Wertzuwachssteuer ein unbedenkliches Mittel volksfreundlicher Bodenpolitik.
2. Der Parteitag bedauere die Ablehnung des Gesetzesentwurfs über die Erhebung der Zuwachssteuer und mißbillige die Haltung der Mehrheit der fortschrittlichen Landtagsfraktion.

Schellenberger (Leipzig): Als er gelesen habe, daß Günther einen Orden erhalten hätte, hätte er dies für ein Entgelt gehalten. Leider sei dies keine Entgelt gewesen. Günther habe auch den Orden angenommen. Wir müssen das beklagen. Im Volkswort finde ich eine Rechtfertigung Günthers. Es werde dort gesagt: So lange das Ordenswesen bestehe, könne man einen Orden annehmen, auch wenn man Gegner desselben sei. Das hiesse mit andern Worten: Ich bekämpfe das Zigarettenrauchen, aber ich rauche Zigaretten, so lange es welche gibt. (Große Heiterkeit.) Günther sage zwar, die Ordensverleihung sei seine Privatangelegenheit, sie sei es indessen nicht, weil sie seine politische Haltung beeinflussen würde. Wollte etwa Günther bei der nächsten Beratung des Ordenskapitels sagen: Wir sind zwar nicht im Prinzip Gegner des Ordenswesens, aber wir wollen, daß nur Würdige ausgezeichnet werden? Dann müßte er hinzusetzen: Und ich war so ein Würdiger! (Große Heiterkeit.) So will Günther den Mut hernehmen, das nächste Mal das Ordenskapitel abzulehnen? (Leb! sehr richtig!)

Der Reichstagsabg. Wiemer vom Zentralvorstande suchte seinen Freund Günther herauszufinden. In Sachen der Wertzuwachssteuer seien die Meinungen der Fortschrittler von jeher auseinandergegangen. Was die Ordensverleihung anbelange, so befände sich Günther in zahlreicher Gesellschaft von Liberalen, ohne daß deren politische Gesinnung beeinflusst worden wäre. Der Orden bedeute keine Einwirkung auf die politische Gesinnung, sondern sei nur der Ausdruck der politischen Gleichberechtigung gegenüber der Volkspartei.

Lehrer und Stadtrat Aea bedauerte die Ablehnung des Wertzuwachssteuergesetzes durch die Fraktion, hat aber, von einem Mißtrauensvotum abzusehen, weil er das in der gegenwärtigen Zeit (vor den Landtagswahlen! D. A.) für außerordentlich ungünstig und unpraktisch halte.

Pöhlner (Zwickau) stellt den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung, der jedoch abgelehnt wurde.

Rechtsanwalt Lehmann (Dresden) stellte sich sachlich auf den Standpunkt, Dr. Seber, sprach sich aber gegen das Mißtrauensvotum aus und bekämpfte dann den Regierungsentwurf der Streikverordnung.

Handelschullehrer Schuster (Bautzen) warnte davor, daß die fortschrittliche Volkspartei zu einer Mieterpartei werde. Die Hausbesitzer würden dann vollends in die konservative Partei hineingezogen.

Privatschuldirektor Schmidt (Dresden) sprach sich im gleichen Sinne aus. Die Hausbesitzer würden im Wahlkampfe gebraucht.

Nachdem dann noch Abg. Dr. Nath einen schwächlichen Versuch der Rechtfertigung der Fraktion unternommen, wurde bei schon stark gelichtetem Saale eine Resolution gegen die Streikverordnung einstimmig angenommen. Die Resolution Dr. Seber wurde in ihrem ersten Teile gegen eine Minderheit angenommen, in ihrem zweiten Teile — Mißtrauensvotum — gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Der Fortschrittsobermann Günther hat mit seinem Landtagshaufen auf dem Parteitage seiner Partei eine totale Niederlage erlitten. Auf die Verhandlungen werden wir noch wiederholt zurückzukommen Gelegenheit nehmen, namentlich um die von Herrn Günther gegen die Sozialdemokratie beliebte Jongleurkunst ins rechte Licht zu rücken. Die Nationalliberalen aber werden wenig erbaut sein von der Beurteilung, die die Tätigkeit der fortschrittlichen Landtagsfraktion erfahren hat und die allerdings nur geeignet sein kann, die Position der Sozialdemokratie bei den Wählern zu stärken.

Au dem Beschluß des Landesparteiorgans der Fortschrittlichen Volkspartei über das liberale Wahlabkommen wird von national-liberaler Seite mitgeteilt, daß das Abkommen mit dem Beschluß der Fortschrittlichen Volkspartei noch keineswegs perfekt geworden sei, weil es der fortschrittliche Partei mit Änderungen angenommen habe.

Unter der Herrschaft der Hausbesitzer.

In der letzten Versammlung des Hausbesitzervereines zu Chemnitz kam die schwierige Beschaffung von Hypotheken zur Sprache. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß die Chemnitzer städtische Sparkasse während der Krise der letzten beiden Jahre die dringlichsten Hypothekengesuche der Hausbesitzer befriedigt und sie dadurch in vielen Fällen vor dem Untergang bewahrt habe. Im schroffen Gegensatz dazu steht das Verhalten des Rates zu dem gemeinnützigen Wohnungsbau. Schon im September 1911 erhielt die allgemeine Baugenossenschaft auf ein von ihr gestelltes Gesuch an die Sparkassenverwaltung um Beilegung von Grundstücken abschlägigen Bescheid, da über die vorhandenen Mittel bereits bis Ende des Jahres 1912 verfügt worden sei. Jetzt hatte sich die Baugenossenschaft mit einem Gesuch um vorübergehende Unterstützung mit Baugeld gegen hypothekarische Sicherstellung an den Rat gemeldet, da die Landesversicherungsanstalt das für den ersten Baublock der von der Genossenschaft geplanten Kleinwohnhausbelegung zugesicherte Kapital von etwa 400 000 Mark erst nach Vollendung der Bauten gibt. Darauf kam wiederum ablehnender Bescheid. Es hat sich der Gesamtrat, und zwar schon vor der Folgerungen willen, nicht im Stande gesehen, eine befällige Entscheidung zu fassen. Nicht einmal vorübergehend kann der gemeinnützige Kleinwohnungsbaubau durch die Stadt finanzielle Unterstützung finden! Dafür wird aber der private Hausbesitz vor dem Untergang bewahrt!

Wahlrechtsverflechterer an der Arbeit.

Auf Anordnung der Amtshauptmannschaft von Zwickau beschloß der Gemeinderat von Mosel eine Abänderung des neu aufgestellten Ortsgesetzes über das Gemeindevahlrecht. Der Gemeinderat hatte schon ein Ortsgesetz eingebracht, wonach die Wähler in 3 Klassen mit 9 Vertretern und die Unanfähigen in 2 Klassen mit 5 Vertretern im Gemeinderat vertreten sein sollten. Die Einteilung wurde von der Amtshauptmannschaft beanstandet. Die Amtshauptmannschaft verlangte, daß die Klasse der Unanfähigen nur den vierten Teil der Vertreter erhalten soll. Der Gemeinderat hat vor der Eingabe des Ortsgesetzes zweimal durchberaten und es das erste Mal einstimmig, das zweite Mal mit 10 gegen 1 Stimme genehmigt. Gleichzeitig wurde in der Eingabe vermerkt, daß bei Ablehnung des Ortsgesetzes bei der Regierung um Dispens nachgesucht werden soll. Bei der Durchberatung über den Vorschlag der Amtshauptmannschaft sind die Vertreter der Unanfähigen umgefallen. Unsere Genossen beantragten, die Anträge nach der Landgemeindevahlordnung in Klassen einzuteilen und für die Unanfähigen nur eine Klasse zu schaffen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Der Eventualantrag, die Unanfähigen in zwei Klassen zu teilen und ihnen vier Vertreter zuzubilligen, wurde angenommen, obwohl Stimmengleichheit bestand. Den Ausschlag bei der Abstimmung gab der Gemeindevorstand. Dieser erklärte, daß es ein Akt der Gerechtigkeit sei, wenn die Unanfähigen auf Grund ihrer Steuerleistung und Wählerzahl vier Vertreter erhalten. Auf Wunsch der Amtshauptmannschaft beschloß der Gemeinderat auch, in Zukunft nur einen Gemeindevorstand zu wählen.

Die Schmerzen der organisierten Hausagrarien.

Am Sonntag fand in Pirna die 16. Hauptversammlung des Verbands der sächsischen Hausbesitzervereine statt, dem nach dem Bericht 200 Vereine mit 47 848 Mitgliedern angehören. Bei der Stellung, die im allgemeinen die Hausagrarien in den Gemeinden einnehmen, glauben sie auf besondere Beachtung durch die Regierung rechnen zu können. Deshalb waren die in Pirna versammelten Herrschaften aus tiefster Empörung, weil ihnen die Regierung die gewünschte Reduzierung verweigert hat. Die Mitteilung, daß das Finanzministerium für die Eintragung zu der Tagung gedankt, aber keinen Vertreter entsandt habe, wurde mit lebhaftem Hört, hört! entgegengenommen, so daß der Vorsitzende mit der Glocke Ruhe schaffen mußte. Der ehemalige Landtagsabgeordnete Dr. Böhm erntete dann für seine Kritik an dem Verhalten der Regierung „langanhaltendes Händeklatschen und Bravorufen“ — und er trug diese Weisheit auch den Hausbesitzern vor — Dr. Böhm hat auch entdeckt, daß jetzt im Landtag die schlechtesten Gesetze gemacht werden, der Jurist geniere sich direkt vor solchen Gelegenheiten. Herr Böhm hätte hinzuzufügen müssen, daß er und seine Parteifreunde daran nicht schuldlos sind. Von zwei Berichtserstattungen ließen sich die Hausagrarien die Schäden des Bauwesenstandes nachweisen, wobei besonders gegen die behördliche Unterstützung der Bauwesenstandes gewettert wurde. Die Bescheidenheit der Hausagrarien fand ihren Ausdruck in dem Beschluß, bei den Ständekammern und der Staatsregierung dahin vorstellig zu werden, daß künstlich bei der Staatseinkommensteuer die Hausbesitzerlasten abgezogen werden.

Baugen. Die Stadtverordneten bewilligten 24 000 Mk. zum Bau eines Autombilbahnhofs für die neu zu errichtende Motormotorenverbindung Baugenz-Ramenz-Königsbrück. Der Betrieb ist vorläufig für 4 Wagen vorgesehen, ein fünfter soll spätestens am 1. September dieses Jahres aufgenommen werden. Weiter wurde ein Hausbesitzergesuch genehmigt, der durchgehende Veränderungen im ältesten Stadtteil Baugenz, dem sogenannten Burglehn, vorsetzt. Mönchsgasse und große Brühlergasse sollen in Rücksicht auf ihre dichte Bebauung wesentlich verbreitert, das alte Oberlausitzer Landhaus am Burglehn soll abgebrochen werden.

Zwickau. Die Gastwirte wehren sich gegen eine geplante Sonderbesteuerung ihres Gewerbes. Angekündigt soll eine Betriebs-, Bier-, Fleisch-, Luftbrennstoff- und Automatensteuer geplant sein. Zwar haben sich die in Frage kommenden Ausschüsse des Stadtverordnetenkollegiums noch nicht entschieden, welche der Steuern eingeführt werden soll, doch beschäftigen sie sich schon längere Zeit damit.

Verheerende Unwetter.

Aus allen Teilen des Landes, im besondern aber aus der Gegend, aus dem oberen Erzgebirge und aus dem Vogtlande werden schwere Unwetterkatastrophen gemeldet. Am schwersten dürfte wohl die Stadt Plauen heimgegesucht worden sein. Darüber wird berichtet: Am Freitag nachmittag herrschte dröhnende Schwallen, gegen 3 Uhr brach das Gewitter los. Ein Blazregen stellte sich ein, dem bald ein Wolkenschwallen folgte. Die Blizschläge und noch mehr die kolossalen Wassermengen richteten ungeheuren Schaden an. Die Feuerwehr mußte alarmiert werden. Ein Straßenbahnwagen entgleiste, die Straßen glitten im Nu reichenden Wässern. Am schwersten wütete das Hochwasser in der Poser Vorstadt, die bald etwa einen Meter hoch unter Wasser stand; jeder Verkehr war ausgeschlossen. Die Gärten und Gärten wurden überschwemmt, die Erdgeschosse standen vollständig unter Wasser. Die Bewohner mußten sichtlich die Wohnungen verlassen. Im Stadtteilament Schützenhof fanden die gesamten Restaurationsräume unter Wasser. In der Dammervorstadt wütete das Hochwasser am ärgsten. Vom Café Royal ab ging die Reichsgräberstraße einem reißenden Fluße. Die Wassermengen schossen durch die Fabriken, die Gasanstalt, nahmen Kohlen, Papierballen, Schuttwaren u. a. mit fort. Die Esterregulierung ist vollständig zerstört. Alle mühsam erbauten Borarbeiten, Gerüste, Hilfsbauten, Material sind der reißenden Flut zum Opfer gefallen. Die Bauten wurden wie Spielzeug weggerissen. Der Eisenbahnbetrieb auf der Talbahn und der Egerer Strecke war stark gefährdet und mußte eingestellt werden. Der Expresszug Berlin-Dresden-Mariabau mußte in Plauen oberer Bahnhof zurückgehalten werden. Auf der Linie Elsterberg-Plauen-Weißhitz standen die

Schienen unter Wasser; der Betrieb mußte ruhen. Die Strecke ab Witz gleich einem großen See. Die Vermittlungen durch Schloßen und Dagschlag sind ab Hof und Witz geradezu furchtbar. Die Gegend der Gegend steht völlig unter Wasser. Schredlich sieht es in Kleinfrieden bei Plauen aus. Die Felder und Wiesen hat es in Stücke gerissen, die Erde mit samt Früchten fortgeschwemmt, überhaupt sind alle Feldfrüchte vernichtet worden. Der untere Stadteil und namentlich das Elstertal ist nichts als ein großer See, kein Baum steht mehr, alles ist vernichtet und verloren. Der Schaden ist nicht zu berechnen. Erst in der sechsten Nachmittagsstunde ließ das furchtbare Unwetter nach. Die untere Stadt blieb in den Abendstunden einer wahren Wüstenwanderung. Die Feuerwehren und andre Hilfsmannschaften hatten einen schweren Dienst. Die Wasser verlaufen nur langsam.

Nachrichtliche Meldungen liegen aus andern Orten der betroffenen Gebiete vor.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Lampertswalde bei Großenhain wurde ein Hilfsarbeiter durch Starkstrom getötet. Er hatte an der durch die Dorfstraße führenden Leitung eine Ausschlußkette einzuhängen und wollte dies tun, als der Strom noch nicht ausgeschaltet war. Er erhielt zwei Schläge und war sofort tot. — Ein Kaufmann rannte in Gauernitz bei Weichen mit seinem Kinde an ein Auto und erlitt schwere Verletzungen. — Vor einigen Tagen hatte in Dresden ein Gelbbrücker einen Gelbbrücker nach der Uferstraße zu befördern, konnte ihn aber nicht bestellen, da die Adresse fingiert war. Um den wirklichen Beförderer zu ermitteln, wurde der Brief amtlich geöffnet, wobei sich herausstellte, daß er gar nicht die angegebene Summe, sondern nur Papierfingel enthielt. Man vermutet, daß ein Raubmordversuch an einem Briefträger geplant war. — In Verzdorf bei Zittau zerbrach ein Witz im Telephon. — Ein 12 Jahre alter Sohn eines Bäckermeisters wurde in Hirschfelde bei Zittau von einem Postauto überfahren und getötet. — In Zwickau lehnte sich ein Privatmann an die Schutzbarriere eines Wagens. Diese mußte aber morsch gewesen sein; denn sie brach ein einziges Mal und der Mann stürzte Kopf über in das ausgepauerte Pflaster. Dadurch zog er sich schwere Verletzungen am Kopf und an der Brust zu. — Eine 24jährige Kellnerin hatte sich in Grünhain bei brennender Lampe schlafen gelegt. Dadurch entstand ein Gardinenbrand, bei dem das Mädchen fast erstickt wäre. — Ein Arbeiter verunglückte im Steinbruch des Spigen Berges in Wurz so schwer, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Er kam zwischen zwei Wagen, so daß ihm die Brust zusammengedrückt wurde.

Aus den Nachbargebieten.

Der reichliche Wahlrechtsraub.

Wie wir bereits am Sonnabend meldeten, wurde in der Sonnabendung des Landtages in Neuch J. das Mehrstimmenwahlrecht für die Gemeindevorstände beschlossen. Die Regierungsvorlage sah gegenüber dem bisher freien Wahlrecht ein Mehrstimmenrecht mit einer Stimmenhäufung bis zu fünf Stimmen vor. Der Reuenausschuß hatte aber noch erhebliche Verflechterungen vorgeschlagen, insbesondere sollte den Reichs-, Staats- oder Gemeindebeamten, den Privatbeamten, soweit sie dem Privatbeamtengefehl unterliegen, sowie den höchstbesteuerten eine weitere Zusatzstimme gewährt werden. Der agrarische Flügel wollte noch eine agrarische Zusatzstimme in das Gesetz aufgenommen haben. Die Nationalliberalen waren die eifrigsten Befürworter der Verflechterungen. Nach langer Debatte wurden sämtliche Verflechterungsanträge abgelehnt und § 2 der Regierungsvorlage angenommen. Der gelbe Landtagsabgeordnete stimmte aus „Gründen der Zweckmäßigkeit“ für die Regierungsvorlage. Die weiteren Bestimmungen des Gesetzes sind nebenstehender Natur. Jedenfalls wird die Regierungsvorlage Ende nächster Woche in dritter Lesung angenommen.

Kommunwahl.

Die Stadtverordnetenwahlen in vier Bezirken der Stadt Neustadt (Herzogtum Koburg) brachten unsern Genossen einen schönen Erfolg. Die schonungslose Kritik, die unsere Genossen bei ihrem Einzug in das Stadtparlament an der freilichigen Vorkommnisse geleistet haben und die zum Sturze der dortigen Schlingentische führte, hatte diese zu einem wilden Kampfe gegen unsere ausstehenden Genossen veranlaßt. Trotzdem wurde der Genosse Stülpfert im ersten Wahlgange wiedergewählt, während Genosse Richter, der in einer freilichigen Koburg kandidierte, das Mandat im zweiten Wahlgange wieder eroberte. Weiter konnte der bisherige bürgerliche Stadtverordnete Westberg mit Unterstützung unser Genossen sein Mandat gegen den Ansturm der Schlingentique behaupten.

Erst. Jugendliche Missethäter haben sich vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten gehabt. Die vierzehn Jahre alten Knaben Felix Koch und Apolda und Hermann Weg aus Erfurt hatten mit einer auf dem Jahrmarkt gekauften Pistole zwei Personen in die Schenke geschossen, so daß sie das Aussehen von Riefelstücken erhielten. Mittels dieser Pistole kauften sie Wurst und Schokolade. Auf Grund des § 246 N.-St.-G.-B. wurde der bereits bestrafte Koch zu drei und Weg zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Für beide Verurteilte soll Strafausschub beantragt werden.

Halle. Die Theaterdeputation hat zum neuen Stadttheaterdirektor Herrn Leopold Sasse bestimmt. Die endgültige Wahl für fünf Jahre, vom Herbst 1915 bis 1920, erfolgt durch die Stadtverordnetenversammlung. Herr Sasse ist der Direktor des Stadttheaters in Münster in Westfalen, er leitete in Berlin während des Sommers die „Sasse Oper“ und ist Vortragender für Vortragskunst an der Unterstadt Münster.

Saalfeld. Der Erste Bürgermeister Adam ist vom Gemeinderate auf eine weitere Amtsperiode nicht wiedergewählt worden. Die Stelle wird neu ausgeschrieben werden.

Gerichtssaal.

Jugendgericht.

Eine Nacht in der Bodenkammer. Die Schulknaben R., U. und St. waren zur Fürsorgeerziehung im Freigefühl Felber Witz untergebracht. Am 30. November 1913 entflohen sie gemeinsam und irrten in Leipzig umher. Spät am Abend gingen sie in das Haus Birkenstraße 8 in Lindenau, in dem R. Bescheid wählte. Hier zwängten sie sich durch den Vattenverschlag in eine Bodenkammer, um zu schlafen. St. konnte, vom Hunger gepeinigt, nicht einschlafen. Mit dem ersten Sonnenstrahl wollten sie sich wieder unbemerkt aus dem Hause schleichen. Aber St. war so entkräftet, daß er nicht aufstehen konnte. Er hat seine Gefährten, ihm Nahrung zu suchen. R. und U. durchsuchten nun mehrere Bodenkammern, ohne etwas Eßbares zu finden. Sie nahmen schließlich einen Sad Lumpen und trugen ihn zum Althändler. Für den Erlös wollten sie Brot kaufen. St. lag inbesseren Hungernd in der Bodenkammer. Eine Frau bemerkte die beiden mit dem Sack, ging ihnen nach und brachte sie zur Anzeige. R. und U. wurden zu einem Verweis verurteilt, während St. freigesprochen wurde.

Im Alkoholausfluß. Eine Anzahl junger Arbeiter, die Stammgäste in einem Restaurant der Brandwerksstraße waren, hatten beim Pferderennen eine erhebliche Summe gewonnen. Die guten Leute wußten nun damit nichts Besseres anzufangen, als einen tüchtigen „Säufer“ zu machen. In ihrem Stammlokal tranken sie am 26. April, einem Sonntag, Bier und Schnaps, so viel die Gurgel fasste. Dann verhofften sie sich einen Lastwagen und machten zu 12 bis 15 Personen eine lustige Fahrt durch die Stadt. Natürlich ging es dabei nicht gerade ruhig zu. Mit einer Klingel soll der rechte Ton in die Luft gebracht worden sein. Zwei Schulkleute hielten den Wagen an und wollten die Namen der Be-

teiligten feststellen. Der 1898 geborene Arbeiter R. und der 1887 geborene Markthelfer V. verweigerten die Angaben. Sie wurden zur Wache gebracht, leisteten dabei und auch auf der Wache Widerstand. Wegen ruhenden Verfalls und Widerstands wird V. zu 40 Mk. Geldstrafe und fünf Tagen Gefängnis, R. zu 25 Mk. Geldstrafe und vier Tagen Gefängnis verurteilt.

Bereine und Versammlungen.

Bauarbeiter.

Am 9. Juni hielten die Bauarbeiter Leipzigs im Volkshaus eine Versammlung ab, in der Richard Böldt (Berlin) über Verfassungskämpfe im heutigen Gewerkschaftsleben sprach. Der Referent behandelte in seinen Ausführungen in eingehender, leichtverständlicher Weise die Entwicklung des neudeutschen Reiches in wirtschaftlicher und politischer Beziehung und die sich hieraus ergebenden Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aus dieser Entwicklung heraus erklärte die Versammlungsänderungen in Staat und Gesellschaft. Die Lohnkämpfe der Arbeiter sind von dieser Entwicklung beeinflusst und werden heute auf andern Grundlagen geführt, als es früher der Fall sein konnte, wo die Gewerkschaften klein und das Unternehmertum nicht organisiert war. Wegen dieser veränderten Verhältnisse mußten auch die Gewerkschaften andre Formen annehmen, die aber von sehr vielen Kollegen nicht verstanden werden, weil sie die Entwicklung der Unternehmerorganisationen nicht kennen. Referent betonte, daß, wenn eine Geschichte der Gewerkschaften geschrieben werde, in erster Linie über die Entwicklung der Unternehmerorganisationen zu schreiben wäre, und wies in seinen Ausführungen auf die bedeutenden Fortschritte derselben seit dem Crimmitschauer Streik hin. Weiter behandelte der Referent das heutige Verhältnis zwischen Massen und Führer, das ebenfalls zu Differenzen in den Gewerkschaften Anlaß gebe. Der heutige Gewerkschaftsführer sei nur dann seiner Aufgabe gewachsen, wenn er die wirtschaftlichen Zusammenhänge überdauere und danach seine Maßnahmen zu treffen imstande sei, um die Organisation vor Schaden zu bewahren. In dieser Tätigkeit sei es unabweislich, daß Meinungsverschiedenheiten entstehen. Eine Besserung dieses Zustandes tritt nach der Meinung des Referenten ein, wenn die Gewerkschaft auf demokratischer Grundlage aufbaut und zwischen den Massen und Führern eine gut ausgebildete Schicht von Vertrauensmännern vorhanden ist. In der Diskussion erklärte Kollege Vieligt, daß er mit den Ausführungen des Referenten im wesentlichen einverstanden sei, da diese in verschiedenen Punkten das Gegenteil von früheren Ausführungen des Kollegen Winnig seien. Kollege Dagen trat der Auffassung Vielights entgegen und stellt richtig, daß die Ausführungen Winnigs sich mit denen des Referenten decken. — Unter Berufsangehörigen teilte Bauersfeld mit, daß auf verschiedenen Bauten die Kollere und Unternehmer glauben, die Vertreter der Organisation vom Bau weisen zu müssen. In letzter Zeit wurde von verschiedenen solcher Leute gesagt, es gehe um allgemeinen Beschluß vom Arbeitgeberverband, was aber von diesem bestritten wird. Die Versammlung erklärte, in dieser Sache an den früheren Beschlüssen nach wie vor festhalten und liberal, wo solche Differenzen eintreten, die Arbeit einzustellen. — Der Tarifvertrag der Alfordarbeiter liegt im Bureau; die Kollegen können denselben in Empfang nehmen. Hierbei ist zu bemerken, daß die Kollegen auf allen Bauten darauf achten müssen, daß die Verträge nicht nur von unsern Kollegen, sondern auch vom Arbeitgeber unterschrieben sein müssen; Kollegen, die keine Verträge vorzeigen können, sind keine Mitglieder unserer Organisation. Weiter wurde von der Versammlung beschlossen, auf den Arbeitsplätzen, auf denen die Alfordarbeiter den übrigen Kollegen Schwierigkeiten bereiten und sie beschimpfen, die Arbeit einzustellen. — Dem Antrag der Verwaltung, die Bureauzeit für den Verkehr um eine Stunde zu kürzen, wurde zugestimmt. Vom 15. Juni an ist das Bureau für den Verkehr von 9 bis 1 und von 5 bis 8 Uhr geöffnet. — In der Sache des Kollegen August Liebold (Maure), der seinen Verpflichtungen der Organisation gegenüber nicht nachkam, beschloß die Versammlung, wenn die Angelegenheit bis zum 10. Juni nicht geregelt worden ist, beim Verbandsvorstand den Ausschlußantrag zu stellen. — Zum Schluß machte der Vorsitzende noch darauf aufmerksam, daß am 2. Juli der Kollege Völsching (Königsberg) in einer vom Verbandsvorstand für Leipzig angelegten Agitationsversammlung über Leben und Streben der Arbeiterklasse und die Stellung und die Aufgaben unsres Verbandes sprechen wird.

Bräuerei- und Mühlenarbeiter und verordnete Berufsangehörigen.

Die Versammlung vom 6. Juni beschäftigte sich mit den Anträgen zum Verbandsrat. Unterführung fanden, daß Extrabehträge nur dann auszuschreiben sind, wenn die zu erhebende Summe 20 000 Mk. übersteigt, ferner eine vierte, 20-Mk.-Beitragsstaffel, eine vereinfachte Ausführung der bezogenen Unterführungen, die Bildung eines Nahrungs- und Gemeinheitsarbeiterverbandes, der Antrag, die Sitzungsgelder zu erhöhen, das Selbstverwaltungsgeld der Kollastellen zu wahren, der Hauptverwaltung einen Beitrag beizugeben, der nicht nur aus Angestellten zusammengesetzt sein soll, und daß die Gelder in der Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft angelegt werden sollen. Verworfen wurden die Anträge, die eine Verflechterung der Unterführung, der Verwaltungsgeld- und Verfassungsgeld bezwecken, ebenso die Einrichtung eines Ferienheims. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Obstweinfabrik in Kötha bei Leipzig müssen immer noch fühlen, daß Herr Zahn über Lohn- und Arbeitsbedingungen allein bestimmen will; man möchte es bald als eine Herausforderung auffassen. Der Antrag der Bundesgesellen, beim Arbeitsnachweis den beim Militär noch stehenden Vorräte einzuräumen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Eine Beschwärzung mußte beim Vorstand des Arbeitsnachweises eingeleitet werden wegen Täuschung des Arbeitsnachweises, was schon der zweite Fall ist. Der Eingeschriebene (Heine) soll sich acht Tage früher beim Arbeitsnachweis als arbeitslos zurückgemeldet haben, um dadurch eher als Bize vorzurufen. Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt. Um weiteren absichtlichen Täuschungen vorzubeugen, wurde ein Antrag angenommen, der dem Verein für Arbeitsnachweis, Abteilung für Brauer, übermitteln werden soll. Er lautet: „Daß die sich meldenden Arbeitlosen dem Arbeitsnachweisbeamten glaubhaft nachweisen müssen, daß sie arbeitslos sind, resp. daß sie als Bize nicht mehr arbeiten, die Periode von vier Wochen also abgelaufen ist.“ Die veruchte weitere Verhandlung mit Herrn Dr. Böpfel über Tarifangelegenheiten wird vom Herrn Geschäftsführer des Brauereivereines so behandelt, daß immer geschrieben wird, „der Brauereiverein hat so und so beschlossen und bitten wir Sie, hiervon Kenntnis zu nehmen.“ In einer Differenz in der Brauerei Böpfel bei Leipzig, die wir dem Brauereiverein zur Erledigung übermitteln hatten (ist betraf Bezahlung eines Hilfsarbeiters unter dem Tarif), erhielten wir unter dem 25. Mai 1914 die Antwort: „Die Differenz mit dem Hilfsarbeiter Rothe in der Brauerei Böpfel ist vergleichsweise beigelegt worden, wonnit die Angelegenheit für den Brauereiverein seine Erledigung gefunden hat. Ich bitte Sie, hiervon Kenntnis zu nehmen.“ Punktum. Wenn die Angelegenheit bereits ein halbes Jahr in der Behandlung stand und sie die Herren vom Brauereiverein vergleichsweise als erledigt buhen, hätte man uns doch mindestens mitteilen können, in welcher Form die Erledigung stattgefunden hat. Unter solcher Art von Schiedsgerichten hat die Arbeiterschaft in den Brauereien im allgemeinen schwer zu leiden, was in Leipzig um so fühlbarer wird, als in den meisten Brauereien mit Ausnahme einiger eine ausgesprochene Vorliebe für Bundes- oder gelbe Mitglieder besteht. Unsere Kollegen werden sich auch durch dieses nicht von einzelnen Bundeskollegen, die diesen Schied dazu benutzen, sie zu verhöhnen, provozieren lassen; sondern durch unablässige Agitation und Aufklärung diesem Uebel zu steuern sich bemühen. Und gerade jetzt, wo die Hochgeborenen in weicher Weise und Frad bei ihren Vergnügungen mit den Herren vom Braupapital sich in guten Einvernehmen setzen, steigen sie jetzt so tief herab und wollen sich vergrößern durch Aufnahme von Hilfsarbeitern, Bierfahrern usw. Besprochen wurde noch ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Raumburg a. d. S., der am 19. Juli stattfinden soll. Zum Schluß wurde auf die Presse und Volkstätigkeit hingewiesen.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. Juni.

Geschichtskalender. 15. Juni 1281: Wat Taylor, der Führer im englischen Bauernaufstand auf Königsbefehl ermordet. 1843: Der Komponist Edward Elgar in Bergen geboren († 1907). 1913: Kongress der belgischen Gewerkschaften in Brüssel.

Sonnenaufgang: 3,30, Sonnenuntergang: 8,21. Mondaufgang: 12,7 vorm., Monduntergang: 11,43 vorm.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 16. Juni. Deftliche Winde, vorwiegend heiter, sehr warm, trocken, Gewitterneigung.

13. Kreis.

Bestbesitz: Donnerstag, den 18. Juni, abends 1/2 9 Uhr, Sitzung der Funktionäre. Die ländlichen Ortsvereine dürfen nicht fehlen. Der Bezirksvertreter.

Parkanlagen und Jugendspielplätze in der Großstadt.

II.

Wenn man nun danach fragt, wo heutzutage die Jugend Bewegung und Aufenthalt in frischer Luft oder Spielgelegenheit findet, so muß man zunächst die Straße nennen. In Stadtvierteln mit Mietskasernen und gedrängter Bauweise, wo durch die Boden Spekulation der Preis des Bodens in die Höhe getrieben worden ist, so eine Schaffung von freien Flächen verbiethend, kommt überhaupt keine andere Gelegenheit in Betracht. Die Jugend ist angewiesen auf die Straße; was das heißt bei unserm heutigen Großstadtverkehr, zeigt eine Arbeit „Kinderunfälle im Berliner Straßenverkehr“ (Technisches Gemeindeblatt, 5. Jahrgang, Nr. 10, S. 141). Der Abdruck aus polizeilichen Berichten aus 10 Wochen füllt 2 1/2 Quartseiten in Kleindruck, dabei sind noch die angrenzenden Vororte Groß-Berlins unberücksichtigt geblieben, ebenso die durch mutwillige Handlungen der Kinder verschuldeten Unglücksfälle. Ein großer Prozentsatz muß zu dem Bericht noch hinzugefügt werden, da nicht alle Unfälle polizeilich gemeldet werden. Der Verfasser schließt mit den Worten: „Die Unfälle beim Spielen machen den erschütterndsten Eindruck.“ Und wie können wir diese Unfälle zum größten Teil beseitigen? Indem wir den Kindern Tummelplätze geben, so daß sie nicht mehr auf die Straßen angewiesen sind. Daß sie da nicht hingehören, sondern hinaus in die freie Natur, steht man leicht, wenn man das Treiben in einer Straße beobachtet, deren Pflaster aufgerissen wird. Größere und kleinere Kinder springen und klettern noch Herzenslust da herum, soweit es ihnen gestattet ist.

In verschiedener Weise hat man in der jüngsten Zeit angefangen, die für Kinder erforderliche Freistätte zu schaffen, so durch Spielplätze. Köln hat im Stadtwald einen 6 Morgen großen Spielplatz und eine 50 Morgen große Volkswiese angelegt. Berlin hat in den größeren Parks Spielplätze angelegt, so im Treptower Park einen Spielplatz von 3,57 Hektar und einen von 71 Ar, im Humboldt-Kain einen von 2,35 Hektar. Auch in andern Städten geht man in dieser Richtung vorwärts; eine Reihe von Städten schließt sich freilich dieser Bewegung noch nicht recht an. Sie halten es nicht für nötig, Gelände als Spielplatz liegen zu lassen, da es meistens ein ausgezeichnetes Spekulationsobjekt ist. So sind nach Prof. Koch (Jahrbuch 1901) bis in die letzten Jahre eine ganze Reihe schöner Jugendspielplätze der Baumut ansehnlich gefallen. Er nennt Hamburg, Dortmund, Kiel, besonders aber Stettin, wo die Finanzkommission den einzigen großen städtischen Spielplatz verkaufen wollte.

Dank einer lebhaften Agitation für die Spielplätze ist es in der jüngsten Zeit immer mehr vorwärtsgegangen. So besitzt Götting 3 Spielplätze von 190 Ar, 59,5 Ar und 252 Ar; Breslau hat 15 Spielplätze. Die Aufsicht wird von sich dazu eignenden Personen ehrenamtlich ausgeübt, die Reinigung besorgen die städtischen Promenadenwärtner. In Essen haben wir 2 Spielplätze zu 120 und 140 Ar. Den hervorragendsten Platz nimmt München ein. Hier ist die Zahl der Spielplätze von 2 im Jahre 1890 bis auf 26 im Jahre 1903 gewachsen. Die Spielplätze umfassen insgesamt 140 440 Quadratmeter; die Mehrzahl sind Schulhöfe, die im Winter als Eisbahnen dienen.

Leider haben die meisten der größeren Spielplätze den Mangel, daß sie zu weit an der Grenze der Großstadt liegen, daß sie jedenfalls auch nur von älteren Kindern benutzt werden können, da für die Jüngeren der Weg zu weit und bei dem regen Straßenverkehr viel zu gefährlich sind. Daher ist man auf den Gedanken gekommen, die Schulhöfe zum Spiel für die Jugend freizugeben. Sie vereinigen zentrale Lage inmitten der Großstadt mit Abgeschlossenheit von dem störenden Verkehr. Diese Bestrebungen haben leider nicht überall den ihnen zu wünschenden Widerhall gefunden. Am meisten ist nach statistischen Quellen Berlin im Rückstande: Vor 500 000 Quadratmeter Schulhöfen waren nur 25 000 Quadratmeter zum Spiel für die Jugend freigegeben. In andern Orten, wie Altona, Wiesbaden, Bromberg, Essen stehen die gesamten Schulhöfe als Spielplätze zur Verfügung, während in München von 30 Höfen 14, in Breslau von 13 800 Quadratmeter 5000 Quadratmeter, in Gera von 7000 Quadratmeter 1700 Quadratmeter als Spielplätze dienen.

Können nun diese Plätze als Spielplätze völlig genügen? Bei weitem nicht. Die Jugend braucht Platz, wo sie rennen, springen, klettern und kämpfen kann. Die Spielplätze wären daher so vollkommen als irgend möglich mit natürlichen Hindernissen, wie Gräben, Hecken, Sprungebenen und mit den notwendigsten Turngeräten, wie Kletterstangen, Taus versehen werden. Eine nachahmenswerte Einrichtung hat hier Leipzig getroffen in der sogenannten „Waldwiese“ bei Schleußig. Hier steht unser Jugend eine große Wiese zur Verfügung, die durch einen Zaun von der Straße getrennt ist. Die Fläche ist geteilt: In der einen Hälfte kann sich die ältere Jugend bei Fußball, Schlagball usw. austoben; in der andern Hälfte können die Kleineren sich am Spiel erfreuen. Dort können unsere Jüngens als Indianer in selbstgehauchten Zelten leben, ohne logisch von der Polizei ver-

trieben zu werden, oder ihre Kletterkünste an den Zäunen probieren. Bei schlechtem Wetter steht der Jugend eine Unterkunftsstube zur Verfügung. Etwas fehlt eigentlich noch: Es könnte in dem größeren Teil ein leichtes Wasserbecken angelegt werden, in dem die Kinder herumwaten könnten. Im Winter könnte ja diese Wasserfläche als Freizeisbahn Verwendung finden.

Dieser „Spielplatz“, der seinen Namen mit vollem Rechte trägt, hat noch einen weiteren großen Vorzug. Er liegt in großer Nähe der Stadt und der dichtbesiedelten Vororte Plagwitz, Lindenau und Schleußig.

Wie sehr gerade ein so eingerichteter Spielplatz ein Bedürfnis ist, erkennt man leicht, wenn man die Kinder fragt, aus welchen Stadtteilen sie hergekommen sind. Da kommen sie aus entlegeneren, ja entgegengesetzten Stadtteilen, wie Reudnitz, hierher, um einmal nach Herzenslust sich hier auszutummeln, ohne sogleich mit der Polizei in unliebame Berührung zu kommen.

Viele Städte sind noch sehr im Rückstande mit ihren Spielplätzen, sie könnten sich an diesem Leipziger Spielplatz ein Muster nehmen, um ähnliches oder noch besseres zu schaffen. In der jüngsten Zeit ist ja das Interesse für die Spielplätze sehr gewachsen. Man hat eingesehen, daß es für die Zukunft unseres Vaterlands dringend notwendig ist, daß die Jugend sich in frischer Luft austummeln kann. Ihr das ermöglichen, muß die wichtigste Aufgabe der modernen Stadtverwaltung sein.

Das Begräbniß eines Arbeiterkundes.

Eine wahre Geschichte.

Wenn kleine Himmelchen In ihrer Unschuld sterben, So bißt man sie nicht ein. Sie werden nur da oben Vom Vater aufgehoben.

Am Pfingstfest hatte der Tod die kleine Ella von ihrem Leben erlöst. Eine ansteckende Krankheit war es, die dem „Meinen Biesel“ den Lebensweg abschneidte. Darum durfte die kleine Leiche auch nicht in der Wohnung bleiben, sondern wurde in die Totenhalle des Friedhofs gebracht. Nun sollte das Begräbniß sein.

Ein trüber Juntag ist es. Wolken bedecken den Himmel und ein kalter Westwind bläst über den Vorstadtfriedhof, an dessen Mauer die Schienenstränge liegen, auf denen die Rangiermaschinen unter Geäße hin und her fahren und ihre Pflife erdnen lassen. Friedhofsstille gibt es hier nicht.

Nur kein ist die Zahl der Leidtragenden: Vater und Mutter und einige Verwandte.

Ein Mann mit einer schwarzen Uniformmütze öffnet die Halle. Sie treten ein. Da steht der Sarg auf der Bahre, der ihren Liebling birgt. Mit einem schwarzen Tuch ist er verhüllt und mit Kränzen überhangen. Weil eine ansteckende Krankheit die Ursache des Todes war, darf der Sarg nicht wieder geöffnet werden.

Einige Minuten stillen Verweilens. Die Mutter schluchzt: „Ach, könnte ich doch mein Kind noch einmal sehen.“

Da nähert sich der Mann mit der schwarzen Mütze dem Vater des Kindes. Er hat ein Papier in der Hand, entfalt es und hält es dem Vater hin. In großen Buchstaben steht darauf: Rechnung. An der Bahre seines Kindes wird dem Vater die Rechnung präsentiert. Der Ausdruck des Jorns tritt in sein Gesicht. Noch nie hat er jemand betrogen. — Er bezahlt. —

„So, nun kommen Sie“, sagt einer der beiden Männer, die die Bahre tragen, und der kleine Trauerzug verläßt die Halle und bewegt sich dem Grabe zu. Der Mann mit dem Gelde in der Tasche trägt vorn.

Sonnenchein liegt jetzt über dem Friedhofe, aber der Wind weht noch kalt und schüttelt das lange Gras zwischen den verwilderten Gräbern. Von einer nahen Mietskasernen her schallen hellere Kinderreime. Auch das kleine Mädchen, das man jetzt zu Grabe bringt, hat vor kurzer Zeit noch so gelungen.

Als und zu dreht sich einer der Leidtragenden um, als erwarte er noch jemand. Aber kein Mensch ist zu sehen auf der langen schmerzgeraden Friedhofstraße.

Der Zug ist am Grabe angelangt. Die Träger legen ab und bald verläßt der kleine Sarg in der dunklen Gruft. Die Seite werden herausgezogen und die Träger entfernen sich. Einer von ihnen murmelt noch etwas: „Er wird gleich kommen.“ Ja, richtig, der Pastor fehlt noch. —

Nun stehen sie da am offenen Grabe, Vater, Mutter und die andern und warten, warten auf den Pastor. Einige Zeit vergeht, sehr lang wird sie ihnen. Die Augen wandern bald in das Grab nach dem kleinen weißen Sarge, bald nach dem Wege.

Da bewegt sich etwas Schwarzes zwischen den Sträuchern am Wege: in gemessenem Schritt kommt der Herr Pastor. —

Nur kurze Zeit dauert seine Rede und schon steht ein Mann in blauer Schürze mit der Schaufel in der Hand. — Niemand möchte das Poltern der fallenden Erde hören. K. S.

Ein Tag der Jugend.

Zu einer marktvollen Kundgebung der Leipziger proletarischen Jugend gestaltete sich die vom Jugendauschuss einberufene allgemeine Versammlung, die am Sonntagnachmittag im großen Saale des Volkshauses stattfand. Trotz des schönen Wetters rückten die einzelnen Gruppen aus den verschiedenen Stadtteilen in großer Zahl heran. Kurz nach 2 Uhr war der geräumige Saal bis zum letzten Platz gefüllt.

Als Referent war der Redakteur der Schweizer Jugendzeitung Freie Jugend, Wilhelm Münzberg aus Zürich, erschienen. In seiner sehr oft vom Beifall der Zuhörer unterbrochenen Rede führte er etwa folgendes aus:

Ich komme aus einem Lande, das wegen seiner Natur Schönheiten beliebt ist. Aber wir jugendlichen Arbeiter haben von diesen Schönheiten ebenso wenig wie die jugendlichen Arbeiter anderer Länder. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend sind auch wir in die düsternen Fabriken gesperrt. Die fortschreitende Industrie hat auch in die ländlichen Gebilde der Schweiz Fabrik an Fabrik und Schornstein an Schornstein gesetzt. Damit wächst die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiterschaft. Waren 1905 nur 45 000 jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, so ist die Zahl auf über 100 000 im Jahre 1913 angewachsen. Im gleichen Maße wächst natürlich auch die Anzahl der unsern freien Jugendbewegung. Klein im letzten Jahre wurden über 1000 Mitglieder aufgenommen und 30 neue Gruppen gegründet. Das Schweizer Volk hat gegen den vordringenden Kapitalismus noch alte Volksrechte zu verteidigen. Ganze Männer und feste Charaktere mühten deshalb herausgebildet werden, um später diese Kämpfe zu führen. Die jugendlichen in den Fabriken erleiden durch die einseitige Teilarbeit körperliche Schäden, die durch Spiele und Wanderungen gemildert werden müßten. Zur einseitigen Sportexerziz dürfte das aber nicht ausarten. Die Wanderung soll den Körper stärken, damit wir besser neues Wissen aufnehmen können. Die irdischen und Zusammenhänge im Wirtschaftsleben müssen wir kennen lernen. In unsern Reihen müssen wir die Vegetation pflegen und sie mit der Vernunft in Einklang bringen. Täglich müssen wir für unsere Ideale eintreten, immer und überall die Gedanken an unsern Sieg propagieren. Ueber die Grenzpfähle der einzelnen Vaterländer hinweg reichen sich die jungen Proletarier die Hände. Als der Redner kürzlich in Mailand den italienischen Jugendgenossen einige Worte sagen sollte, da hätte er nur ausrufen können: Avant!

Avant! und auch hier wollte er mit den gleichen Worten schließen: Vorwärts! Vorwärts!

Nach der mit stürmischer Begeisterung aufgenommenen Rede überbrachte noch ein Jugendgenosse aus Wien die Grüße der österreichischen Jugend. In einem kurzen Schlussworte forderte Genosse Münzberg auf, mehr zu handeln als zu reden. Mit einem Hoch auf die proletarische Jugendbewegung fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Gebilbete Diebe machen nach einer Mitteilung aus dem literarischen Bureau der Bugra die Ausstellung unsicher. In dem Schreiben heißt es:

Es ist leider häufig vorgekommen, daß in den Ausstellungshallen wertvolle Objekte, die auf Tischen auslagen oder in Regalen standen, von gewissenlosen Besuchern mitgenommen worden sind. Viele Aussteller, denen es unempfindlich war, Bücher an Ketten zu befestigen oder sie anzuhaken, haben sich auf das Anstandsgefühl des Publikums verlassen und ihre Werke lose ausgelegt. Sie sind zum Teil empfindlich geschädigt worden. Unter den gestohlenen Büchern sind auch solche, die literaturhistorische, ästhetische oder künstlerische Gebiete behandeln. Es mußte also bei denen, die die Werke mitgenommen haben, ein gewisses Interesse an schoneitigen und wissenschaftlichen Dingen und auch eine gewisse Bildung vorausgesetzt werden. Um so beschämender ist es, daß sich gerade solche Leute nicht scheuen, das Vertrauen des Verlegers zu mißbrauchen, und wegen eines Winkels im Werte von 1, 2 oder 3 Mk. zum gemeinen Diebstahl greifen. Die Aussteller sind angewiesen, von nun an besonders scharf aufzupassen und jeden, der beim Mitnehmen eines Buches gefaßt wird, unmissichtlich und ohne Ansehen der Person zur Anzeige zu bringen.

Auf der Bugra wird an Stelle der Krabertuppe, die bisher im Vergnügungspark auftrat, vom 18. bis 30. Juni ein A d f l i n t e r Zirkus in der Söllnerstraße und Zirkus auf dem Zwerlrad aus der Höhe von sechs Stockwerken vorzuführen. Die Vorstellungen beginnen bei freiem Zutritt täglich um 5, 1/2 und 10 Uhr auf dem Plage zwischen Oberbahren und der Gosenstraße. Die letzte Vorstellung um 10 Uhr ist mit einem großen Feuerwerk verbunden, durch das der Radfahrer hindurchfährt.

Von einem Auto überfahren wurden heute vormittag an der Ecke der Zeiger und Sidonienstraße zwei Kinder, die beim Hahnen spielen in das Auto hineinflaßen. Eines der Kinder wurde schwer und eines leicht verletzt.

Sport.

Ein Riesenfugzeug hat der Russe Sikorski konstruiert. Am Sonnabend früh ist er mit 15 Personen, die eine Gesamtbelastung von mehr als 1300 Kilogramm bedeuten, aufgestiegen. Das Flugzeug erreichte eine Höhe von 710 Metern und ist dann wieder glatt gelandet.

Das durchgegangene Flugzeug. Nach dem Berliner Tageblatt flog am Sonnabend ein Flugzeug, dessen Motor in Gang gesetzt worden war, plötzlich davon, ehe noch der Flieger seinen Platz einnehmen konnte. Das Flugzeug erhob sich nach kurzem Anlauf elegant in die Luft. Es flog über Köln hinweg und landete vor der Stadt in einem Paderfeld. Dort bohrte es sich tief in die Erde. Die Propeller wurden zertrümmert, doch blieb der Apparat sonst unbeschädigt.

Ein Flugapparat in die Zuschauermenge gestürzt. In Deutsch-Erlau fand am Spnabend die Einweihung des Landungsplatzes für Flugzeuge statt. Nach Beendigung der Feierlichkeit stiegen die Leutnants Parman und Perzig mit einem Doppeldecker auf. Pöblich verlagte der Motor und der Apparat stürzte herab, mitten in die Zuschauermenge hinein. Während die Flieger unverletzt blieben, erlitt eine Frau bedeutende Verletzungen. Schwer verletzt wurde ein 10-jähriger Knabe. Ein Propeller riß ihm einen Arm ab und brachte ihm schwere Kopfwunden bei.

Internationale Modellflugzeug-Ausstellung in Leipzig. In der Leipziger Lustschiffhalle findet vom 18. bis 28. Juli eine Modellflugzeug-Ausstellung statt. Sie wird von der Leipziger Modellflugzeug- und Flugplatz-Altflugzeuggesellschaft und dem Leipziger Modellflugverein veranstaltet. Auch industrielle Unternehmen können sich an der Ausstellung beteiligen. Die Ausschreibung soll in den nächsten Tagen erfolgen.

Militarismus und Luftschiffahrt. Die englische Seeresverwaltung hat bei der Bitterfelder Luftfahrzeuggesellschaft ein neues „Wasserluftschiff“ bestellt. Das Luftschiff soll in der Größe den bisher gebauten Paravoltschiffen gleichen, aber mit einer Reihe von Neuerungen versehen werden, die es für militärische Zwecke besonders brauchbar machen. Die Gondel wird so eingerichtet, daß sie schwimmfähig ist und vom Ballon losgelöst als selbständiges Boot fahren kann. Sie erhält darum auch eine besondere Maschine, die das Fahrzeug auf dem Wasser fortbewegt. Außerdem soll in ihr ein Telefunkenapparat aufgestellt werden. An der unteren Seite des Ballonkörpers wird ein Laufsteg angebracht, von dem ein Schacht nach der Plattform des Schiffes und dem Beobachtungsposten führt. Auf der Plattform soll wie bei den Zeppelinluftschiffen ein Maschinengehäuse aufgestellt werden.

Radsport. Die deutsche „Stechermeisterschaft“ in dem Hundert-Kilometerrennen in Dresden gewann am Sonntag S a l d o w gegen Thomas, Reitelbe, Franke und Demke. Saldow legte die Strecke in 1 Stunde, 13 Minuten und 46 Sekunden zurück.

Polizeinachrichten.

Absturz vom Gerüst. Auf dem Neubau des Geschäftshauses der Firma Gebr. Ury stürzte am Sonnabend nachmittags ein 27-jähriger Zimmermann, der mit dem Herausziehen von Baumaterialien beschäftigt war, etwa 20 Meter tief in den Hof hinab. Der bedauernswerte Mann erlitt außer einem Bruch des linken Armes anscheinend auch innere Verletzungen. Man schaffte ihn mit dem Rettungswagen des Samaritervereins ins Krankenhaus.

Beim Baden ertrunken. Am Sonnabend nachmittags wurde ein 30-jähriger Arbeiter aus Berlin, der im Flutlana hinter dem Schützenhaus badete, im Wasser von einem Herzschlag getroffen. Die Leiche wurde bald darauf geborgen und nach der Schauhalle des Instituts für gerichtliche Medizin gebracht.

Rahfahrereunfall. Auf dem Windmühlenwege fuhr gestern nachmittags ein 16-jähriger Fleischerlehrling, der hinter einem Straßenbahnwagen herfuhr und diesen plötzlich links überholen wollte, so heftig gegen einen andern ihm entgegenkommenden Straßenbahnwagen an, daß er einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung davontrug. Er wurde in bewußtlosem Zustande mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus geschafft.

Beim Abhängen von der Straßenbahn kam gestern abend auf dem Windmühlenwege ein Arbeiter zu Fall und zog sich einige Verletzungen am Kopf und an den Händen zu, die ihm auf der Sanitätswache verbunden werden mußten. Dem Manne war durch einen Luftzug der Hut vom Kopfe gefallen. Um ihn wieder zu erlangen, sprang er, ohne dem nebenstehenden Wagenführer etwas zu sagen, von dem in voller Fahrt befindlichen Wagen ab.

Zusammenstoß. Am Sonnabend nachmittag stieß am Blücherplatz vor dem Neubau des Hotels Astoria eine Kraftdroschke mit einem Flaschenbierwagen der Niederbischen Brauerei zusammen, wobei die vor dem Bierwagen gespannten Pferde am Kopf und an den Beinen verletzt wurden. Die Droschke wurde an der Karosserie stark beschädigt. Der Zusammenstoß soll seine Ursache darin haben, daß der Führer eines Geschäftsdroschkes an dieser Stelle nach links in die Blücherstraße einbog.

Uebersahren. Ein wohnungsloser 44 Jahre alter Arbeiter aus Poserna wurde am Sonnabend vormittag an einer Feldscheune am Friedhofsweg, wo er sich zum Schlafen niedergelegt hatte, von einem einspännigen Lastfuhrwerk so unglücklich überfahren, daß er einen Unterschenkelbruch erlitt. Er fand Aufnahme im Krankenhaus.

Tot aufgefunden wurde in ihrer in der Südstraße gelegenen Wohnung eine 60 Jahre alte Privata. Der hinzugerufene Leichenschauarzt stellte fest, daß die Tote an einem Herzschlag gestorben ist.

Blitzschläge. Bei dem kurzen aber heftigen Gewitter, das sich am Sonnabend nachmittag über Leipzig entfaltete, schlug der Blitz in das Grundstück Gutsmuthsstraße 7 zu Lindenau ein. Es wurden dabei zwei Eisenköpfe stark beschädigt und eine große Anzahl Mauersteine auf die Straße hinuntergeschleudert. Die Feuerwehr sorgte dafür, daß keine Gefahr durch Abstützen weiterer Eisteile entstand. — Ein anderer Blitzschlag traf die Fernspretleitung der 22. Polizeiwache und die Leitung des dort angebrachten Feuermelders. Beide Leitungen wurden zerstört, waren aber nach einiger Zeit wieder in Ordnung gebracht.

Selbstmorde. Um ihrem Leben ein Ende zu machen, stürzte sich in der Lidastraße am Sonnabend abend ein 18jähriges Dienstmädchen aus einem Fenster des 3. Stockwerks in den Hof hinab. Das Mädchen, das schwere innere Verletzungen erlitten hatte, wurde mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht; dort ist es an den Folgen des Sturzes gestorben. — Eine in Mädeln wohnhafte Frau brachte sich gestern nachmittag zwei Schnitte in die Kehle bei, um ihrem Leben ein Ziel zu setzen. Sie wurde ins Krankenhaus gebracht.

Wieder ein Einbruch durch die Decke. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend drangen Einbrecher von dem unbewohnten ersten Stockwerk aus durch die Decke in ein Lederwarengeschäft des Grundstücks Petersstraße 28 ein und erbrachen dort einen Geldschrank. Die Täter haben wieder in der bekannten Weise die Diebstahlangelegenheit, aus dieser ein Stück herausgenommen und sich dann durch die so geschaffene Öffnung an einem Seile in die Geschäftsräume hinuntergelassen. Hier haben sie mit Wollstücken und Schranktüchern aus dem Geldschrank älteren Systems zu öffnen vermocht. Aus der Ladentasse nahmen sie etwa 600 Mk. Bargeld mit. Ob die gefundenen Fingerabdrücke der Diebe vernehmbar sind, kann zurzeit noch nicht gesagt werden. — Nach einer Bekanntmachung des Polizeiamtes erbeuteten die Einbrecher aus dem Geldschrank einen Geldbetrag von 950 Mk., bestehend aus einem Hundertmarktschein, das übrige in Gold, Silber, und Nickelmünzen. Ferner eine Dokumentenmappe mit Adressenverzeichnis, enthaltend eine Anzahl Versicherungspolice von verschiedenen Gesellschaften, ausgestellt auf den Namen Witz, sowie für etwa 40 Mk. Postwertzeichen, bestehend aus Zehn-, Fünf- und Dreipfennigmarken, und für etwa 40 Mk. verschiedene Jubiläumsmünzen, ferner aus der verschlossenen gemessenen Ladentasse einen Geldbetrag von 651 Mk., sowie für etwa 4 Mk. Patentbriefmarken pro Stück 25 Pfg. der Firma Albert Meyer, weiter aus einem Geldschrank: eine braunlederne Jagd-Wäsetasche, etwa 50 Zentimeter lang, 30 Zentimeter breit und 30 Zentimeter hoch, im Werte von 20 Mk. Die Diebe haben sich vom Hofe aus mit einem Nachschlüssel Eingang in das Grundstück verschafft, haben dann die über dem Geschäft gelegene erste Etage, die zurzeit leer steht, auf gleiche Weise geöffnet. Auf die Ermittlung der Diebe und Wiedererlangung des Gestohlenen hat der Beschädigte 50 Mk. Belohnung ausgesetzt.

Gestohlene Papiere. Einem Grünwarenhändler ist am 12. Juni von seinem Handwagen in der Pöhlstraße das Paket gestohlen worden, in dem sich verschiedene Papiere auf den Namen Wilhelm Ludwig Klaus lautend befanden. Da es nicht ausfindig ist, daß mit diesen Papieren Mißbrauch getrieben wird, so ist beim Vorzeigen von Papieren mit diesem Namen Vorsicht am Platze.

Aus der Umgebung.

Die Regelung der Gemeindesteuerverhältnisse.

Die neue Steuerordnung für Lindenthal.

Unter Aufhebung aller gegenwärtig bestehenden Steuerbestimmungen wurde in erster Lesung für Ende dieses Jahres folgendes beschlossen:

Die Einkommensteuer ist ohne jede Abweichung nach dem Staatssteuertarif zu erheben. Kriegsveteranen von 1864, 1866 und 1870/71 mit einem Jahreseinkommen bis 1000 Mk. und Personen, die Angehörigen aus gesetzlichen Gründen Unterhalt zu gewähren haben, mit einem Jahreseinkommen bis zu 800 Mk., bleiben steuerfrei. Der Steuerbedarf wird gedeckt mit 85 Proz. durch die Einkommensteuer und mit 15 Proz. durch die örtliche Grundsteuer. Die Forderungen werden zu den doppelten Grundsteuerfälligkeiten herangezogen, bleiben aber dafür von der Besteuerung des Grundbesitzes befreit.

Die Grundsteuer soll nach dem gemeinen Wert und nicht nach dem Ertrage erhoben werden. Bei der Abstimmung hierüber enthielt sich ein Hausbesitzer der Stimme.

Abweichend von der gegenwärtigen Hundesteuerordnung sind für den ersten und zweiten Hund je 10 Mk. und für jeden weiteren Hund 5 Mk. mehr bis höchstens 20 Mk. als Hundsteuer zu zahlen. Für Bach- und dergleichen Hunde kann auf Antrag die Steuer bis 5 Mk. ermäßigt werden. Die Ermäßigung ist jedoch nur für einen Hund in einem räumlich abgeschlossenen Grundstück zulässig.

Die Reklamesteuer trifft in der Hauptsache die auf fremden Grundstücken angebrachten Reklametafeln mit 4 Mk. jährlich für 1 Quadratmeter Fläche für Auswärtige und 1 Mk. für hiesige Einwohner.

Die Automatensteuer wird gegen die Stimmen der drei unanständigen Vertreter angenommen. Es werden für jeden zur öffentlichen Benutzung stehenden Automaten 8 Mk. erhoben. Die Besitzerschleifer haben nach 1,25 Proz. und die Kutscharschleifer werden nach den gegenwärtigen Sätzen weiter erhoben.

Eine Beratung der Wertzuwachssteuer wurde ausgesetzt bis zum Eingang der durch das Ministerium zu erwartenden Vorschläge für eine nach Beständen einheitliche Regelung der Erhebung. Die an sich kurzen und sich in der Hauptsache auf die Kirchen- und Schulsteuergesetze gründenden Kirchen- und Schulsteuerordnungen, wozu der Kirchen- und Schulvorstand zu hören sind, wurden in der vom Finanzausschuß vorgeschlagenen Weise angenommen.

Die Hunde-, Reklame-, Automaten- und Kutscharschleifersteuer, sowie die Besitzerschleiferabgaben zu 0,15 Proz., stehen in die Armenkasse.

Bautenkontrolle im Bezirk Markranstädt.

Die von der Zentralkommission angeordnete allgemeine Bautenkontrolle unserer Agitationsgebiete, das 14 Orte der Amtshauptmannschaft Leipzig und 16 Orte vom Regierungsbezirk Merseburg, und die am 10. Juni ausgeführt wurde, hatte folgendes

Ergebnis: Im ganzen waren 15 Bauten vorhanden, an denen 180 Arbeiter beschäftigt waren. Der Gerüstbau war an verschiedenen Bauten sehr mangelhaft. An 3 Bauten fehlte beim Ueberbleibendbauern das Kuppengerüst, an 3 Bauten das Schuppengerüst für Mauer, Klempner und Dachdecker, an 3 Bauten das Schuppengerüst und die Sockelbretter. Für Staubverhinderung wurde auf keinem Baue Sorge getragen (Wassersprengung). Trinkwasser fehlte auf 2 Bauten. Die Kontrolle von der Baupolizei wurde überall gelobt. Auf 4 Bauten fehlten die Unfallverhütungsvorschriften sowie die behördliche Baupolizeiverordnung. Verbandskästen fehlten auf 5 Bauten, erste Hilfe bei Unglücksfällen auf 3 Bauten. Die Baubücher waren zum Teil sehr mangelhaft. Auf 4 Bauten fehlten sie ganz, 2 hatten keine dichten Seitenwände, 1 konnte nicht geöffnet werden, in 3 war kein Fußboden, in 3 keine Tische, in 2 wurde Material gelagert, in 12 fehlten die Spundnäpfe, in 10 fehlten die Defen zum Erwärmen der Speisen; Wasseranlagen fehlten auf allen Bauten, Teilnehmer in den Etagen fehlten gänzlich.

Das Ergebnis dieser Kontrolle zeigt wieder, daß die behördliche Kontrolle ganz ungenügend ist und nicht dazu beiträgt, die Mißstände auf den Bauten zu beseitigen. Um so dringender muß von der Arbeiterkammer die Forderung nach Anstellung von Kontrolleuren aus Arbeiterkreisen und deren ungehinderter Zulassung auf den Bauten gefordert werden. Aber das nicht allein. Vor allem ist es auch notwendig, daß die Bauarbeiter selbst dafür sorgen, daß die gesetzlichen Sühnbestimmungen durchgeführt werden und daß sie alle Verstöße ihrer Bauarbeiterkommission melden.

Der Kampf um die Abonnentenseele.

In Dörsch-Gaußch bestand neben dem Amtsblatt noch ein anderes Weltblatt, das Dörscher Neueste Nachrichten benannt war. Jedoch konnte es nicht leben, und da es sein Ende nahen sah, wies es, ehrenvoll unterzugehen und in einer anderen Zeitung weiterzuleben. Es wurden Verhandlungen sowohl mit der Allgemeinen Zeitung wie mit der Abendzeitung angeknüpft und beide Blätter bewarben sich eifrig um die verkäuflichen Abonnentenstellen, deren es 450 gegeben haben soll. Ein Unterhändler der Allgemeinen Zeitung begab sich Ende Februar zu den Herren Fering und Wührmann, den Leitern des verkäuflichen Blattes, um zu erfahren, wieviel Abonnenten vorhanden und welcher Gilt sie seien. Zuerst wollten die Herren nicht mit der Sprache heraus, sie verweigerten auch, ihre Abonnentenliste vorzulegen, da sie angeblich eine solche nicht führten, verklärten aber, daß sie 450 treue Abonnenten hätten. Der Unterhändler der Allgemeinen Zeitung trauete jedoch dem Dörscher nicht; er sprach die Befürchtung aus, daß die Abonnenten beim Eingehen des Blattes sich dem andern Blatte, der Dörscher Zeitung, zuwenden würden. Die Herren Fering und Wührmann verweigerten jedoch, das beschlossene Sache sei, der Dörscher Zeitung den amtlichen Charakter zu nehmen, weil deren Vorkäufer, Herr Grotowski, gegen die Interessen von Dörsch und Gaußch handle. Grotowski sei „ferlig“. Der Unterhändler der Allgemeinen Zeitung wendete sich nun an die Dörscher Austrägerin seiner Zeitung um Auskunft. Diese beweisste, daß 450 Abonnenten vorhanden seien, verklärte hingegen, daß Herr Grotowski Dörscher Zeitung ganz gut das ähnde und daß gar keine Rede davon sei, daß ihr die amtlichen Bekanntmachungen entzogen werden sollten. Nun nahm der Unterhändler auch mit Herrn Grotowski Stellung und im Laufe des Gesprächs erfuhr dieser denn auch von der üblen Nachrede über seinen Geschäftshand. Der Unterhändler begab sich dann nochmals zu den Herren Fering und Wührmann. Es war gerade ein Mann dort, der Annoncen für die Leipziger Abendzeitung abholen wollte. Hieraus erfuhr der Unterhändler, daß das Geschäft mit der Abendzeitung schon so gut wie perfekt sein mußte, was schließlich Fering auch zugab. Fering erklärte, er werde Verleüsterer der Abendzeitung für Dörsch-Gaußch werden. Die Allgemeine brauche sich aber keine grauen Haare darüber wachsen zu lassen, denn die Zahl der Abonnenten sei nicht sehr groß gewesen.

Herr Grotowski verklagte nun seine Konkurrenten, die ihm den nahen Bankrott nachgesagt hatten, wegen Verleüdung. Herr Fering entfaltete sich vor Gericht mit Nervosität, aber auch Grotowski ist stark nervös, was sich dieser erregt verbat. Das Schöffengericht verurteilte beide Angeklagte zu je 30 Mk. Geldstrafe. Eine andere Verleüdungssache zwischen den Kämpfern um die Gaußch-Dörscher Abonnentenseele schwebt noch. Wie es heißt, werden in diesem noch bevorstehenden tragikomischen Intermezzo alle Beteiligten bestraft werden, da der Höllichkeit im Uebermaß auf beiden Seiten vorhanden waren.

Wahau. Ein Auto verbrannt. In der letzten Nacht, morgens gegen 2 Uhr, geriet auf der Landstraße zwischen Wahau und Gähren das einer Dornaer Kohlengrube gehörige Auto in Brand und wurde völlig vernichtet. Menschen sind dabei nicht zu Schaden gekommen, wohl aber wurden ein paar Strohdämme leicht angekohlt.

Tauha. Verpfändet. Hier nahm in einem unbewachten Augenblick ein zweijähriger Knabe eine Flasche mit Schwefelsäure zur Hand und trank von dieser Flüssigkeit, die den sofortigen Tod des Kindes zur Folge hatte.

Sekstvier. Einen äblen Streich leistete sich ein Soldat vom Chemnitzer Manenregiment nach der letzten Übung in hiesiger Gegend. Er war noch freiwillig ein paar Tage von der Truppe zurückgeblieben. Kraft seiner Uniform ging er zu den Gemeindevorständen hiesiger Gegend und gab an, daß am Mittwoch, den 10. Juni, Einquartierung kommen werde und er wolle nachsehen, wie und wo die Pferde untergebracht würden. Das geschah auch in Begleitung der Gemeindevorstände. Man konnte schon in Sekstvier an den Toren die Inschrift lesen: „Soundsoviel Pferde und Mannschaften!“ Manche Gutsbesitzer hatten auch gleich für die angekündigten Soldaten und Pferde Aufnahmungsarbeiten vorgenommen und die nötigen Einkäufe beim Fleischer usw. besorgt; sie mußten aber alles selbst verzehren, denn die Einquartierung lief aus. Die Herren Gemeindevorstände machten lange Gesichter, als sie merkten, daß sie von dem Manen betrogen worden waren. Bei den Einwohnern erlangte aber bald der Dumor die Oberhand über den Streich des Soldaten, der übrigens aus hiesiger Gegend stammt. Er hat früher auf verschiedenen Gütern als Aecht gearbeitet. Vermutlich hätte er noch mehr Gemeindevorstände veralbert, wenn ihn nicht der Gendarm festgenommen und seinem Truppendienst wieder zugeführt hätte.

Wauhof. Schwärzige Verhaftung. Ein Schwimmbad, der sich als Reisender ausgab, aber im Ruße eines gewalttätigen Menschen hand, sollte dieser Tage in einem hiesigen Restaurant verhaftet werden; er ließ es aber erst auf einen längeren Kampf mit zwei Polizeibeamten antommen. Erst nachdem er gefesselt worden war, gelang es ihm in die Arrestzelle und später nach Weimaa ans Amtsgericht zu bringen.

Schleuß. Aus der Partei. In der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereines erstattete Genosse Dörsner Bericht vom Kreisstage in Querfurt. Er behandelte die einzelnen Tagesordnungspunkte ausführlich und erklärte es für höchst überflüssig, daß Gen. Fey den Artikel der Leipziger Volkszeitung über die Massenfreizüge in Preußen in der von ihm beliebten Weise herabzusetzen versuchte. Der lebhafteste Widerspruch der Delegierten wurde hoffentlich dem Gen. Fey bewiesen haben, daß die Masse eben anders denkt über das brutale Vorgehen der Ausbentersgesellschaft. Der Berichterstatter ist mit dem Verlauf des Kreisstages zufrieden und erwartet die einmütige Zustimmung der Versammlung. Gen. Wille stellt fest, daß die Abrechnung des Kreises trotz der Anweisung des Gen. Danke stimmt. Der Irrtum ist nur auf einen Schreibfehler zurückzuführen (siehe Querfurt bei Kopsleben in der Presse). Gen. Dörsner kritisierte lebhaft, daß Merseburg Flugblätter in hiesigen Zeitungen habe herstellen lassen. Die Gen. Fiedler und Kopsler klären die Verwendung der Gelder in Merseburg auf und konstataren, daß die Differenz ihren Grund darin hat, daß Frauen für ihre Männer quittiert haben

Gen. Sämisch, der sich wiederholt mit dieser Sache beschäftigt hat, kann den Meisoren keine Schuld beimessen, ist aber der Meinung, daß es besser sei, wenn über derartige Sachen Mißfrage gehalten wird. Es wird gewünscht, daß der neuwahrende Vorstand diese Sache regelt. Es folgen die Wahlen zum Kreisvorstand. Gemählt werden die Genossen E. Müller zum 1. und Max Schulze zum 2. Vorsitzenden; E. Sellmann 1. und W. Böhm 2. Schriftführer; M. Wille 1. und E. Dänke 2. Kassierer und als Beisitzer die Genossen P. Straube, H. Schaaf und die Genossen Fiedler. — Gen. Sämisch polemisiert in längeren Ausführungen gegen die Abgeordneten Fischer und Heine wegen ihrer eigentümlichen Stellungnahme zum Kaiserthum. Wenn Fischer meint, daß wir mit Hilfe der sogenannten Liberalen das deutsche Reich für die Demokratie erobern können, so irre er gewaltig. Wir verzichten auf die sehr zweifelhafte Hilfe dieser Leute. Die Logik der Fischer und Heine werde im Volke nicht verstanden. Die sozialdemokratische Partei sei unter ihrer bisherigen Fiktion das geworden, was sie ist. Wir müssen fordern, daß jede Anlehnung an die bürgerlichen Parteien zu unterlassen ist. Die Versammlung schloß sich einstimmig diesen Ausführungen an. Gen. Schulze teilte mit, daß der Gen. Fiedler, Zigarrengeschäft am Markt, im Einverständnis mit den in Frage kommenden Instanzen eine Verhandlung eröffnen wolle. Zum Schluß wurde noch das Verhalten des Barberherrn Ferd. Fischer seinen organisierten Gehilfen gegenüber lebhaft kritisiert.

Köschau. Im benachbarten Pissen verunglückten die Arbeiter Boy und Jäger dadurch, daß am Sonnabend die Aufschneider des Pissener Gutes durchgingen. Der Arbeiter Boy, der die Pferde halten wollte, kam zu Falle und wurde ungefähr 200 Meter mitgeschleift, und blieb auf der Stelle tot liegen. Der Arbeiter Jäger, der auf dem Wagen war, wurde herabgeschleudert und überfahren. Die Verlesung war derartig, daß er in seine Wohnung geschafft werden mußte, woselbst er in hoffnungslosem Zustande dantebersteht. Boy hinterläßt eine Frau, die krank ist, und sechs Kinder. So kommt eine Familie um den Ernährer.

Markranstädt. Stadtgemeinderatsitzung vom 10. Juni. Zur Verwendung des Sparkassenreingewinns vom Jahre 1913 in Höhe von 42.461,81 Mk. ist Genehmigung der Kreisbauhauptmannschaft eingegangen. Das Grundstück 181 am Stadtkrankenhaus wurde an Herrn Gärtnermeister Franke für 25 Mk. auf 9 Jahre verpachtet. — Für die gesamten Grundnutzungen, einschließlich 15 Mk. für die des alten Parks, sind 180,50 Mk. geboten. Die Anträge werden insgesamt für 815 Mk., das ist ein Mehr von stark 200 Mk. gegenüber dem Vorjahr, an die Meistbietenden verpachtet. Verschiedene Titelüberstellungen, die durch die Ueberflüsse aus anderen Titeln gedeckt werden sollen, wurden genehmigt. — Die Einrichtung eines Wohnungsausschusses und die Anstellung einer Wohnungspflegerin haben Stadtrat und Bauausschuß beschlossen. Genosse Kaufmann begründet diesen Antrag, verweist auf die Ueberfüllung von Kleinwohnungen, Aufrechterhaltung, auf die Gefahren der Tuberkulose usw. hin, die diese Ueberfüllung mit sich bringt, und regt an, zu diesem Wohnungsausschuß nicht nur Anwälte, sondern auch Unanständige hinzuzuziehen. Herr Bürgermeister Schirmer bemerkt hierzu, daß ja die Herren Stadtrat, Stadtbauamtsleiter und der selbst (der Bürgermeister) diesem Ausschuss angehören und daß sie alle nicht anständig seien. Herr Dübener führt aus, daß an dem schlechten Zustand der Wohnungen nicht der Hauswirt, sondern meistens die Mieter schuld seien. Der Mieter übernehme die Wohnung meist in gutem Zustande, aber durch Felle rupfen, Säcke flucken, nicht lüften usw. würden die Wohnungen ruiniert. Genosse Dreßler entgegnete darauf, daß dann die gesamte Fleckarbeit verboten werden und die Bodenflächen Räume schaffen müßten, was die betreffenden Arbeiter ausgeführt werden könnten. Es soll kein besonderer Ausschuss gebildet werden, sondern die Aufgaben des Wohnungsausschusses sollen dem Bauausschuß mit übertragen werden. Als Wohnungspflegerin soll die Gemeinbeschwerter halbsamlich gegen eine noch festzusetzende Entlohnung fungieren. Die Vorlage gelangte einstimmig zur Annahme. Ferner war die Mieterschutzkommission zu dem Beschluß des Stadtrats und Armenausschusses über die Gewährung von Mißnahmen erforderlich. Genosse Kaufmann begründet die Vorlage, jedoch vermisste er die Stillprämie, die doch die Hauptsache sei. (Infolge des Geburtentagsausgangs aus in Markranstädt ist ja diese Vorlage erst gekommen.) Herr Bürgermeister Schirmer entgegnete ihm, daß der Stadtrat die Stillprämie nicht befristet; sie käme erst in zweiter Linie. Es gäbe auch kranke Frauen, die nicht lüften könnten, die aber dadurch zurückgesetzt würden. Herr Schirmer bemerkt, man solle nicht soweit gehen, sondern das annehmen, was vorgeschlagen sei. Auf alles andre könne man ja später, wenn sich die Gewährung von Mißnahmen an Mutter und Kind (Säugling) bewähre, zurückkommen. Der Bürgermeister erklärte, die Frage der Stillprämie erwäge und im Auge behalten zu wollen. Die Vorlage wurde hierauf einstimmig angenommen. Um Errichtung einer Badeanstalt hatte die hiesige Ortskrankenkasse in einem Schreiben an den Stadtrat gebeten. Der Bürgermeister bemerkte hierzu, daß bei der Partvergrößerung der Bau eines Volksschwimmbades mit geplant sei. Da wir kein fließendes Wasser haben, werde aber der Bau erhebliche Kosten verursachen. Außerdem würde das Bad auch jährliche Zuschüsse erfordern. Eine Anleihe hierzu würde nicht genehmigt werden, weil solche nur zu werden Zweck genehmigt würden. Er empfiehlt, bei anderen Städten Auskunft zu holen über die Höhe der Bau- und Unterhaltungskosten, Einholung von Kostenanschlägen usw. Stadtrat, Stadtbauamt erklärte, er wäre auch für ein Bad, Wannenbäder usw., aber nicht für ein Schwimmbad, denn dies würde doch nur von der Jugend benutzt, aber nicht von Älteren Leuten. Dem trat Genosse Kaufmann entgegen und er empfahl dem Stadtrat, sich die Badeanstalt in Leuschke anzusehen. Es sei dies vielleicht das Bad, das sich auch für Markranstädt eigne. Die Mittel hierzu solle man nicht vom Baufonds, sondern vom Sparkassenreingewinn nehmen. Herr Rechtsanwalt Aloy empfahl auch ein Schwimmbad und befürwortete im übrigen die Ausführungen vom Genossen Kaufmann. Vom Schreiben der Ortskrankenkasse wird Kenntnis genommen, und alle Anregungen, das Bad betreffend, werden einstimmig angenommen. Hierauf fand eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Elben. Die Stadtverordneten haben dem Verkauf des Krankenhauses an den Kreis Merseburg zum Preise von 30.000 Mk. zugestimmt. Es soll eine Arbeitsstelle für stollenlose Wanderer daraus gemacht werden. Die Stadt Elben oder will einen Teil des Waisenhauses als Krankenhaus benutzen.

Wittorf. Explosion von Salpetersäure. Unter großer Rauchentwicklung kam am Donnerstag in den Kgsa-Werken Salpetersäure zur Explosion. Die veranlaßt, war man mit einer Versuchsarbeit beschäftigt; dabei fehlerte sich auf unerklärliche Weise das Expansionsvermögen in einem Behälter, was dann schließlich zur Explosion führte. Von der ägenden Flüssigkeit wurden mehrere Arbeiter an den Händen und am Kopfe verletzt, so daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten.

Dörsen. Die Stadtverordneten stimmten in der letzten Sitzung dem Beschluß der Baudeputation zu, wonach mit der Pflasterung der Dominikischer, Garten-, Sand-, Friedhof- und der Schmiedeburger Straße begonnen werden soll. Zur Verfüugung stehen 47.000 Mk., wozu der Kreis und die Provinz 20.000 Mk. beisteuern. Falls noch Mittel übrig bleiben, soll auch die Neustraße gepflastert werden. Die Arbeiten wurden dem Steinseigmüller Dirksen in Wittenberg übertragen.

In den Fabriken, Werkstätten, Kontoren
muß jeder Genosse
neue Leser für die Volkszeitung werden!
Erwerbt das Bürgerrecht!

Das Hündchen.

Hoch oben im Dachgeschoß eines Hauses an der Pilsballe wohnte die alte Frau Kramer. Sie war bereits hoch in den Sechzigern und nur noch schlecht zu Fuß. Wenn sie in ihrem altmodischen schwarzen Rock, der mit unzähligen Falten an das Oberleib genähert war, langsam über die Straße huschelte, den Kopf mit einer schwarzen Spitzenhaube aus Grobmuttergezeiten bedeckt, ihren alten unfürmigen Regenschirm, der eher wie ein zusammengebrochenes Patet aus sah, im Arm, so riefen ihr die Kinder, die in der engen alten Straße vor den Türen hockten, mit hellen Stimmen und der brutalen Mißbilligung der Jugend nach: Kramerische geht' ut, — speet den Priem nich ut! Und es sah wirklich aus, als wenn sie einen hinter der Wade hätte. Sie hatte nämlich die Angewohnheit, ihre Zungenspitze immerfort im zahnlösen Munde hinter der linken Wade hin und her zu schieben. Dabei hielt sie den Mund ein wenig offen, als wenn sie sich gerade namenlos über etwas wundern müsse, und nur mit Mühe ein: Oh oh, wie ist's möglich! unterdrücken konnte.

Bewundern tat sie sich nun übrigens wirklich genug im Stillen: über die neue Zeit, die ein paar Häuser im Spielersgang, der in die Pilsballe einmündete, einfach wegbrach, als wenn sie nicht einen Pfifferling wert wären, wunderte sich über die Kinder, die sie verhöhnten, wo sie nur ihre Nase zu Gesicht bekommen, und wunderte sich über die Mitbewohnerin, die Schneiderfrau, die jeden Nachmittag ein Stück Topfstücken in ihre Tasse Kaffee tunkel Me, die neue Zeit war zu verschwenderisch! Da hatte man es früher doch besser zusammengehalten!

Ihr Geld war bereits sprichwörtlich geworden und in der ganzen Nachbarschaft bekannt. Du bist ja so geizig wie Mutter Kramer! schalteten sich die Kinder, wenn eins das andre nicht von seinem Apfel abbeißeln lassen wollte; denn keine konnte sich rühmen, von Mutter Kramer je einen Apfel oder ein Stück Kuchen geschenkt bekommen zu haben.

Viel zu heißen hatte die Alte allerdings nicht. Sie verzehrte die kleine Rente eines Kapitals, das ihr Mann bei seinem Tode hinterlassen hatte, und damit mußte sie auskommen. In früheren Jahren hatte sie hin und wieder noch ein wenig durch Handarbeiten dazu verdient. Aber jetzt wurde ihre Hand zu zitterig dazu, und mit den Augen wollte es auch nicht mehr recht.

Zugelang hockte sie in den beiden Zimmern, die sie bewohnte, und kam meistens nur des Abends in der Dämmerstunde einmal auf die Straße. Scheu und in sich gekriecht huschelte sie dann an den Häusern hin, besorgte ihre Einkäufe, die sie in die kleinen Läden der nächsten Straßen führten, und war froh, wenn man sie so wenig wie möglich beachtete. Die kleinen Ausgaben, die sie machte, rechnete sie bereits tagelang im voraus genau aus, befahl sich zu Mittag oft genug mit Brot und Kaffee und trieb ihre Sparsamkeit im Winter oft so weit, daß sie an manchen Tagen die Feuerung sparte und lieber zu Bett ging, wenn es im Zimmer gar zu kalt wurde.

Aber peinliche Ordnung hielt sie zwischen ihrem alten Hausrat, dessen meiste Stücke noch von ihrer Mutter stammten. Da standen alte, längst schadhast gewordene Mahagonimöbel, und ein Glasschrank beherrschte ihre Staatstassen mit den verbliebenen goldenen Nieraten daran. Eine alte, buntbemalte Schale stand darin und die Silberhochzeitliche mit der silbernen Aufschrift: Der Silberbräutl, die sie einst geschenkt bekommen hatte. Daneben prunkten

ein paar billige Becher aus doppelwandigem Glas, das innen mit einer Spiegelfschicht versehen war. Vor den Fenstern hingen alte, neblichte Vorhänge, und vor den Schelben standen wohlgeputzte Steinquittböse aus alter Zeit, mit kleinen Eisenbüchsen an den Seiten, die Ringe in den Mäulern trugen. Alte Geranienbüsche reckten sich hoch und sah wie Bäume im Herbstwald daraus hervor und mühten sich vergeblich, aus ihren verholzten Stängeln noch Blüten zu bringen.

In diesen stillen Stuben verging ein Tag wie der andre. Nach dem Aufstehen kochte Mutter Kramer ihren Kaffee, sah ihre Schuhte Brot dazu und machte dann ihr Bett, langsam und umständlich wie alles, was sie tat, setzte sich dann in ihren Armstuhl und nahm ihren Strickstrumpf vor. Dann wurde es Zeit, an das Mittagessen zu denken. Sie schälte ihre Kartoffeln, langsam, mit zitterigen Händen, setzte ihre Suppe auf die kleine Petroleummaschine, die in der Ecke stand, und wartete geduldig darauf, daß der Topf ins Kochen gerate, während sich das Zimmer langsam mit dem Geruch der Speise und Petroleumbrennstoffe füllte. Der Nachmittag verging mit einem Nickerchen im Lehnstuhl und dem Lesen der Zeitung, und am Abend ging sie einkaufen, oder stieg früh, um kein Licht zu verbrennen — das Petroleum wurde mit jedem Tag teurer — ins Bett, wo sie dann schlaflos lag, ihre Zunge nach alter Gewohnheit im Munde hin und her schob und die Viertelstunden zählte, die von Sankt Annen durch die stille Nacht zu ihr herüberdröhnten. Verwandte einmal die Alte gar nicht mehr, und es konnten Wochen vergehen, ehe einmal ein Besuch über ihre Schwelle trat.

Eines Tages aber kam jemand, der die Alte mit einem Schläge aus ihren Wohnstätten riß und die ruhigen Kreise ihres Daseins zu stören sich nicht scheute. — Mutter Kramer ließ nämlich eines Abends, als sie von ihren Einkäufen zurückkam und wieder in die Pilsballe einbog, ein Hund zu.

Es war eine Art Pinscher. Genauerer ließ sich über die Rasse nicht sagen. Es war ein struppiges, häßliches Hündchen von schmutzgelber Farbe, rauhaarig und schmaubärtig. Aber da er sich weder durch Scheltworte noch durch Drohungen mit dem Krähstod bewegen ließ, ihr von den Fersen zu weichen, vielmehr immer von neuem seine Vorderpfoten blitzend in die Höhe hob, ließ die Alte es nicht zu, daß das Tier sie auf ihre Stube begleitete.

Purzel war die treueste Hundeseele, die sie über die Erde gelaufen ist. Gott möchte wissen, wenn das Tier bisher gehört haben möchte. Wahrscheinlich hatte es jemand wegen seiner abgrundtiefen Häßlichkeit bei Nacht und Nebel auf die Straße gesetzt, und es traute sich nun nicht dahin zurück. Aber bei all seiner Häßlichkeit hatte Purzel doch auch eine Schönheit, und das waren seine Augen. Sie waren groß, dunkelbraun und glänzend, und wenn er einen damit anfah, mit einem Blick, der aus Furcht und Vertrauen sonderbar gemischt war, konnte man ihm nur gut sein. Selbst Mutter Kramer empfand das, und zwischen ihr und dem heimatlosen Hunde entsann sich eine Freundschaft, die mit jedem Tage inniger und zärtlicher wurde.

Außer was er Mutter Kramer entschuldig gewesen. Ihr lang ererbter Sparsinn hatte sich immer von neuem dagegen empsert, daß sie in Zukunft ihre Wohlleben mit jemand teilen sollte. Das ging auf die Dauer nicht; ging wirklich nicht! Wohin sollte das führen? Aber Purzel war beschreibener, als sie gedacht hatte. In einem ausserordentlich suppenknocken, an dem kaum noch ein Stückchen Fett, alsbald denn ein Häppchen Fleisch sah, laute er stundenlang mit Beschreibungen und Andauer, und ein paar Bratirinden waren am Ende auch noch übrig! Aber ganz allmählich, je inniger die Freundschaft her beihen wurde, wurden die Portionen doch größer und besser, und Mutter Kramer konnte es bald nicht mehr über's Herz bringen, ihrem Purzel etwas zu entziehen. Sie sparte sich die Milch vom Munde ab für den Hund, der allmählich ihr Freund und unzerrenntlicher Genosse geworden war. Er schlief mit ihr in der Kammer und weckte sie morgens früh, wenn er auf der Matte vor ihrem Bett liegend, mit seinem Schwanz leise webelnd die Dielen klopfte! Er hatte nur Dankbarkeit und Zärtlichkeit für die menschliche Seele! Ihm macht es nichts aus, daß sie geizig und vorwitzig war, daß sie die Hunde wie einen Priem im Munde herumwollte und die Kinder ihr auf der Straße Schimpfnamen nachriefen...

Den Namen Purzel hatte sie ihm gegeben in Erinnerung an einen Hund, den sie einst als Kind zu Hause besessen hatte, und der neue Purzel weckte die Erinnerungen ihrer Kinderzeit, belebte ihre einsamen Stunden, und aus seinem warmen Fell ging ein leiser Strom von Liebe und Zärtlichkeit in sie über, wenn sie ihm zärtlich den struppigen Pelz streichelte oder ihre Füsse dicht an ihn schob, wenn er vor ihrem Fensterplatz zu ihren Füßen lag.

Da sich auf ihr Innerst in der Zeitung, in der sie den Hund als aufgelaufen angezeigt hatte, niemand gemeldet hatte, sah Mutter Kramer das Tier schließlich als ihr Eigentum an, kaufte ihm am Vierteljahres-Ersten, als sie ihre Rente bekam, ein Halsband und verteilte sich in ihrer Zärtlichkeit sogar so weit, den Namen Purzel in das kleine Schildchen, das an dem Lederbande sah, einzuverleihen zu lassen.

Ein paar Monate später machte Purzel — der bisher der treueste Begleiter gewesen war — eine Entdeckungstour in das nächste Stadviertel. Durch ein paar herumlungende Räder verfuhr, machte er sich eines Abends, als Mutter Kramer mit ihm über die Straße gegangen war, ihre Einkäufe zu machen, davon und ließ sich durch kein zärtliches Wort zurücklocken. Während verschwand er um die nächste Straßenecke. Mutter Kramer wartete mit der Nachsicht, aber auch mit der Unruhe der Liebe auf ihn, — zuletzt mußte sie sich doch entschließen, für heute abend allein in ihre Stube zurückzukehren. Voller Sorge öffnete sie das Fenster ihrer Wohnung, damit sie ihn hören und die Tür öffnen könne, wenn er zurückkommen würde, und ertrag das offene Fenster und den kalten Nachtwind mit selbstverleugnender Liebe. Vergeblich. Sie verbrachte eine schlaflose, von Unruhe erfüllte Nacht und wartete auch am folgenden Tage vergeblich darauf, ihren Purzel wieder begrüßen zu können!

Unter Hoffen und Bangen verging auch der nächste Tag, aber kein Purzel ließ sich sehen.

Am folgenden Tage las die Alte — und ein eisiger Schreck fuhr ihr dabei durch die Glieder —, daß ein graugelber Pinscher-Bastard, der mit einer Steuerkarte nicht versehen gewesen und den Namen „Purzel“ auf dem Halsband trage, bei der Polizei eingeliefert worden sei. Der Hund werde eingezogen werden, falls sich der Eigentümer nicht innerhalb der gesetzlichen Frist melde.

In Mutter Kramer entspann sich ein grauer Konflikt. Entweder sie zahlte die Steuer, was sie bisher versäumt hatte, oder sie ging ihres Purzels verlustig!

Den ganzen Tag über sah sie und arbeitete, von Sehnsucht nach dem Hunde verzehrt, und zugleich von Sorge um das Geld erfüllt, das man von ihr verlangen würde.

In der Abendstunde klopfte sie unten bei dem Schneider Beckstrosch an und erkundigte sich. Der Schneider machte runde Augen. Ob denn der Hund bisher nicht versteuert gewesen sei?

Nein, das sei er nicht.

Ja, das wäre eine böse Geschichte. Das koste nicht bloß die Steuer von zehn Mark, da stünde auch noch eine Strafe darauf! Da solle sie sich nur auf awanzig Emchen gefaßt machen!

Die Worte drangen der Alte wie ein Stich mit des Schneiders Nadel ins Herz. So viel Geld besah sie überhaupt nicht mehr, und es würde noch länger als drei Wochen dauern, bis sie wieder Finsen erheben konnte! Sie bebante sich mit zitternder Stimme, schob ihre Zunge hin und her und sah eisriger als sonst — oh! — oh! sagen zu wollen.

Kopfschüttelnd kehrte sie in ihre Stube zurück und brachte zwei Tage über neuen Grübeln zu. Sie konnte und konnte sich nicht entschließen! Wie oft hatte sie schon ihr Geld gezählt, es reichte nicht! Und außerdem — war es nicht entsetzlich, so viel Geld verlieren zu sollen?

Es ließ ihr keine Ruhe, was wohl mit dem Tier geschähe, wenn sie es nicht einlöste? Was hieß das überhaupt: der Hund „würde eingezogen“? Am andern Morgen fragte sie den Schneider darum. Na, lachte der, Hundesetz macht man draus!

Vom dem Augenblick an stand es fest in ihr, daß sie den Hund einlösen müsse.

Oden in ihrer Kammer bewahrte sie ein paar Goldsachen von ihrem verstorbenen Manne auf, eine dünne Goldkette und seinen Ehering.

Wenn sie die aufs Versamant trigel! Sie setzte sich in ihren Lehnstuhl, schob ihre Zunge hin und her und dachte darüber nach. Endlich entschloß sie sich, streifte ihren alten verbliebenen Regenanter über, kniffte sich die Hütbänder unter dem Arm zusammen, griff nach ihrem Schirm und huschelte die Pilsballe hinunter, die Goldsachen in einem Schächtelchen unter ihrem Mantel tragend!

Aber der Pfandleiher wollte nicht viel dafür geben. Für den Ring nicht mehr als zwei Mark und für die Kette höchstens acht.

Das langte nicht, und diesmal sagte sie wirklich laut vernehmbar: „Oh! Oh!“

Kopfschüttelnd sah sie wieder ab, verzweifelt und unglücklich. Bis zum Abend sah sie in ihrer Stube und arbeitete von neuem. Sie sah ihren Purzel schon geschlachtet in der Pfanne schmoren, in der der Schinder das Hundesetz ausbrütet!

Sie wollte noch einen Versuch machen! Vielleicht, daß ein Goldschmied mehr für die Sachen gab?

Nachdem die Dunkelheit angebrochen war, sah sie los und verzweifelte es in dem nächsten Laden.

Der Goldschmied prüfte die Sachen mit gerunzelter Stirn, woa sie auf einer kleinen Waage und bot ihr 13.50 Mark für die beiden Teile.

Helmsicht ättern rechnete die Alte. 8.00 hatte sie noch in bar. Das waren aber zwanzig Mark! zusammen! Das würde für alle Fälle reichen.

Sie wühlte ein, heckte die Geldstücke in ihr altes Portemonnaie, das vom langen Gebrauch braun und fettig wie ein kalte Frikandelle war, und machte sich sogleich auf den Weg zum nächsten Polizeibureau.

So einen Weg hatte sie ihr Leben noch nicht gemacht. Schon der Name „Polizei“ machte ihr Herz klopfen.

Sie mußte sich zusammennehmen, ehe sie es riskierte, in das große rote Gebäude einzutreten.

Zwispelnd ging sie über den Fluß, an abschüssigen dreinschauenden Schuppen vorbei, und trat schließlich auf gut Glück in ein Zimmer, an dessen Tür „Meldeamt“ stand.

Hinter einer Schranke sahen im Schein der Gaslampen ein paar Schreiber mit müden, gelangweilten Gesichtern über ihre Pulte gebeugt und lächelnd.

„Mit keine Meldebesache. Zimmer 287!“ rief einer ihr zu, als sie ihr Anliegen vorgetragen hatte.

Enttäuscht verließ die Alte das Zimmer wieder. Sie hatte geglaubt, ihren Purzel gleich begrüßen zu können.

Auf Zimmer 287 erfuhr sie dann, daß sie leider zu spät komme, der Hund sei am Nachmittag bereits der städtischen Tierklinik zur Untung überwiefen worden.

„Mein Gott!“ saute die Alte ättern. So kam sie doch schon zu spät? Das war die Strafe dafür, daß sie sich nicht hatte entschließen können! dachte sie und schüttelte in stummer Verzweiflung den Kopf.

Man erkundigte sich nach ihrem Namen und ihrer Wohnuna, notierte alles genau und fragte sie dann, ob sie bereit sei, die fällige Strafe gleich zu zahlen?

Die Alte war wie versteinert, daß sie nun auch noch die Strafe zahlen sollte!

griff sie nach ihrem Schirm und verließ das Bureau. In der Tür wendete sie sich noch einmal um. „Sie — Sie — sind ja 'n Unmensch!“ preßte sie heraus.

„Wie?“ sagte der Schreiber, der nicht recht gehört hatte, was die Alte wollte.

„Meinen Purzel zu schlachten und auszubraten! So 'n Hund wie mein Purzel!“

Damit schlug sie die Tür hinter sich zu und huschelte, ohne aufzublicken, kumm und unaufhörlich vor sich hinsturmend, davon.

In der Pilsballe spielten die Kinder noch unter der Laterne, die an der Straßenecke stand.

„Dat Kramerweib — mit dat Surtohlstew!“ sangen sie ihr nach.

Sie hörte es nicht.

Die ganze Nacht lag sie still in ihrem Stuhl, ohne zu Bett zu gehen. Mit ihren weiten Fingern fuhr sie immerfort wieder leise über das Halsband des Hundes, schob ihre Zunge hin und her und seufzte zuweilen leise auf.

Dort drüben stand Purzels Fressnapf, und die Matte lag da, auf der er immer seinen Platz gehabt hatte. Zum erstenmal sah sie wieder die ganze Last der Einsamkeit und Freudlosigkeit ihrer alten Tage. Ihr war, als hätte man den letzten Rest von Wärme aus ihrem Leben genommen.

Am schwersten aber trug sie daran, daß ihr Purzel auf so grausame Weise gestorben war, denn es war niemand, der sie über den Irrtum aufgeklärt hätte, den der Schneider mit grauer Freude in ihr hervorgeufen hatte. Es wäre ihr ein Trost gewesen, wenn sie gewußt hätte, daß ihr Purzel schmerzlos durch Gift getötet worden war, wie es mit allen herrenlosen Hunden geschah, die von der Polizei „eingezogen“ wurden.

Der Schneider aber höhnte noch am nächsten Tage: „Na, der Purzel wird gut gebrocht haben, Mutter Kramer. Er war ja ordentlich fett geworden, so hatten Sie ihn herausgestittert!“

Wilhelm Scharrmann.

Der Musikalienhandel und Verwandtes auf der Bugra.

Bei dem regen Interesse, das man heute der Musik in allen Schichten der Bevölkerung entgegenbringt, verlohnt es sich gewiß, einen Blick auf die Ausstellungsgegenstände in der Bugra zu werfen, die direkt oder indirekt in Beziehungen zur Kunst stehen. Daß auf einer Ausstellung für das Buchgewerbe neben dem Buchhandel vor allem auch der mit diesem eng verknüpfte Musikalienhandel nicht fehlen würde, war vorauszusehen. Eine Anzahl der bedeutendsten Firmen hat sich zusammengeschlossen, um in einer eigenen, der Gruppe XII, der Ausstellung angegliederten Abteilung Proben von der heutigen Leistungsfähigkeit und umfassenden Tätigkeit des Musikalienverlags und des Musikalienhandels zu geben.

Die Erfindung der Buchdruckerkunst schien zunächst für die mechanische Vervielfältigung von Musikalien keine Vorteile bringen zu sollen. Denn wenn auch die Herstellung von Notenlettern im Einzeldruck keine größeren Schwierigkeiten bot als die der Druckbuchstaben, so wußte man doch nicht, die Notenlettern mit dem Linienstempel in Verbindung zu bringen. Da kam im Jahre 1476 Ulrich Hahn in Rom auf die Idee des zweifachen Druckverfahrens, indem er erst die Linien und dann auf diese die Noten druckte. Ihm folgten Meister in Würzburg, Scotus in Venedig u. a. m., und bald gestaltete sich der Druck von Musikalien, wie nicht minder auch der Handel mit diesen, mit beweglichen Typen gedruckten Musikalien zu einem extrarichlichen Geschäft. Einen wichtigen Schritt vorwärts auf dem Gebiet des Notendrucks tat der Italiener Sebastian Petruccio. Er brachte das zweifache Druckverfahren auch bei der komplizierteren Menzuralmusik in Anwendung, die sich bis dahin auf den Holztafeldruck beschränkt hatte, und lieferte zudem Arbeiten von höchster Vollkommenheit. Endlich erlangte der Franzose Pierre Gaultin um das Jahr 1625 den einfachen Typendruck, wobei er Typen verwendete, die neben der Note auch zugleich die ihr entsprechenden kurzen Linienansatz gaben. Die Erfindung Gaultins fand fast 250 Jahre später durch Gottlieb Immanuel Breitkopf den Sohn des Begründers der Buchfirma Breitkopf u. Härtel, die höchste Vollendung, indem Breitkopf die Typen in kleine Teile zerlegte und z. B. bei einer Achte Note Kopf, Fuß und Häkchen und das zu ihr gehörige Violentzeichen besonders ansetzte. Der Typendruck findet heute nur noch für Notenbeispiele im Buchdruck sowie für Liederbücher und ähnliche Werke Verwendung, und man erkennt an ihm, wenn er nicht ganz exakt gearbeitet ist, leicht die Stellen, wo die einzelnen Teile und Zeichen der Noten zusammengeklebt sind.

Neben dem Typendruck entwickelte sich aus dem alten Holztafeldruck der Plattendruck. Simone Verasio in Rom verwendete um 1600 den Plattendruck in Kupfer, ein Vervielfältigungsverfahren für Musikalien, dessen sich die Komponisten, namentlich die Herren Organißen, oft selbst bedienten; hat sich doch auch unser großer Thomaskantor Joh. Seb. Bach im Kupferstich versucht. Vom Kupferstich ging man zum Zinn- und Zinkstich über und schlug die Noten mit besonderen gleichmäßig gearbeiteten Stempeln — eine Erfindung der Engländer Eluer und Walsh um das Jahr 1780 — in die Platten ein. Dann folgte die Übertragung der Zinnplatte auf den Stein, womit auch die Kunst Senefelders dem Notendruck dienlich gemacht wurde, und unablässig ist man bis auf den heutigen Tag bemüht gewesen, den Notendruck zu vervollkommen und damit auch zugleich den Musikalienverlag und den Musikalienhandel zu fördern.

Der Musikalienhandel war nach einer kurzen Blütezeit im 18. Jahrhundert durch den dreißigjährigen Krieg fast wieder völlig vernichtet worden. Erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts beginnt wie für Literatur und Kunst, so auch für den Musikalienhandel eine neue Zeit herauszubämmern, und erst seit der Vervollkommenung des Typendrucks durch Breitkopf und der Einführung des Zinnstichs kann man von einem Musikalienhandel im modernen Sinne sprechen. Wie mit der Geschichte des Notendrucks, so ist der Name Breitkopf auch mit der des Musikalienhandels aufs engste verknüpft. Gottlieb Immanuel Breitkopf trat 1748 in die von seinem Vater bereits 1710 gegründete Firma ein — die Druckerei selbst besteht nach den neuesten Forschungen Dr. v. Sallets seit 1540 —, die jetzt bald einen großartigen Aufschwung nahm und nicht wenig dazu beitrug, daß Leipzig, wie für den gesamten Buchhandel, so auch für den gesamten Musikalienhandel zum Mittelpunkt wurde.

Bevor wir uns nun der Musikalienabteilung auf der Bugra zuwenden, wollen wir den Musikalienverlag, die in Gruppe X (Druckverfahren) ausgestellt haben, unsern Besuch abstaten. Die Firma Breitkopf u. Härtel hat u. a. eine Anzahl von Musikalien ausgestellt, die bestimmten Ursachen ihre Entstehung verdanken, sogenannte Gelegenheitskompositionen, vom Dreifußmarsch und Burenlied an bis zum Bugramarsch, und es ist nicht ohne Interesse, zu sehen, wie Ereignisse der Politik, brennende Tagesfragen und aktuelle Vorgänge des Alltags ihre Schatten bis in die Arbeitssäle einer modernen Musikalienverlagsfirma werfen. Die Firma C. G. W. Böcker gibt uns einen Einblick in die Herstellung eines Musikalienverlags, indem sie die Bearbeitung einer Zinnplatte bis zum Andruck auf den Stein zeigt. Außerdem finden sich Abbildungen ihrer Arbeitsräume, interessante ältere Stücke, Manuskripte von Beethoven, Wagner, Brahms u. a. m. in photomechanischer Wiedergabe sowie ältere und moderne Notentitel. Einen vornehm ausgestatteten Sonderraum besitzt die Firma Döcker Grandpfeiffer, Gelungens

Das Koalitionsrecht.

Vor den Funktionären der Leipziger Gewerkschaften sprach am 10. Juni der Genosse Wolfgang Heine aus Berlin über das Koalitionsrecht.

Genosse Heine: Der Vortrag soll informativ Charakter tragen, um den Funktionären Stoff für die Agitation zu bieten, daher braucht man hier nicht erst über den Wert des Koalitionsrechts zu reden.

Genosse Heine: Der Vortrag soll informativ Charakter tragen, um den Funktionären Stoff für die Agitation zu bieten, daher braucht man hier nicht erst über den Wert des Koalitionsrechts zu reden.

Daraus ergeben sich nun Folgen, die von den Herrschenden bekräftigt werden. Aus dem Umstand, daß § 152 der Gewerbeordnung nur von gewerblichen Arbeitern handelt, geht nach der Ansicht der Herrschenden hervor, daß es ein Koalitionsrecht nur für gewerbliche Arbeiter gibt, nicht aber für die Arbeiter in Staats- und Kommunalbetrieben.

Das Koalitionsrecht ist ein Grundrecht, ein Staatsbürgerrecht wie das Vereinsrecht und wie das Wahlrecht. Solche Grundrechte können nicht Gegenstand von Privatverträgen sein.

Der Staat stellt sich auf die Seite der Feinde des Koalitionsrechts, weil sich die Arbeiterschaft bei der Ausübung dieses Rechts dem Staat und der herrschenden Klasse selbständig gegenüberstellt; das können sie nicht vertragen.

Das Koalitionsrecht war in Deutschland immer beschränkt, und als im § 152 der Gewerbeordnung die Verbotsbestimmungen aufgehoben wurden, fügte der Gesetzgeber gleich einen häßlichen Schwanz hinzu, in der Bestimmung über den Rücktritt von Vereinbarungen.

Neben § 152 hat der Gesetzgeber im § 153 der Gewerbeordnung einen Galgen gesetzt. Dieser Paragraph ist ein Ausnahmegesetz zugunsten der Streikbrecher.

Er bestraft Vergehen im wirtschaftlichen Kampfe, die strafrei bleiben, wenn sie aus Noth und Nothwehr begangen werden. Man kannte 1890 die Streikbrecher kaum, und Pastor sagte, es gelte nur den Mißbrauch des Koalitionsrechts zu bekämpfen, aber man ließ sich schon damals von der Erkenntnis leiten, die fetscher so oft im Reichstage, in den Landtagen und erst kürzlich im preussischen Herrensaale zum Ausdruck kam, die der Minister für Sozialreform, Graf Posadowsky zusammenfaßte in den Worten: Die Streikbrecher sind die für den Staat nützlichsten und wertvollsten Elemente.

Was die Streikbrecher wirklich sind, ist jedem bekannt. Mit Ausnahme der alten Arbeiter, mit denen die Gewerkschaften die größte Rücksicht üben, sind es Ehrlose im ganz gewöhnlichen Sinne des Wortes, und soweit es gewerbsmäßige Streikbrecher sind, gehören sie zu dem Abgrund der Menschheit.

Nach § 153 der Gewerbeordnung wird aber bestraft, wer mit einer ganz berechtigten Handlung droht.

Wegen Verleumdung kann Verhaftung nur erfolgen, wenn Strafantrag gestellt wird, und dann wird meist eine Geldstrafe ausgeworfen. Stellt aber ein angeklagter Verleumdeter einen Strafantrag, so muß nach § 153 der Gewerbeordnung auf Gefängnis erkannt werden.

Ein Skandal war es, daß Arbeiter verurteilt wurden, weil sie einem Unternehmer mit dem Streik gedroht hätten, und das Reichsgericht bestätigte diese Auffassung. Als schließlich die Arbeiter den Spieß umkehrten und Unternehmer zur Anzeige brachten, weil diese den Arbeitern gedroht hätten sie zu entlassen, wenn sie sich nicht eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen gefallen lassen wollten, da ließ man diese Rechtsauffassung wieder fallen.

Die Erpreßerparagraphen gegen ehelichende Arbeiter angewendet werden könnte, die zu einem Unternehmer sagen: der Lohn ist mir nicht hoch genug; wenn Sie nicht mehr zahlen, lenzen wir die Arbeit nieder.

In seinen weiteren Ausführungen behandelte dann Genosse Heine das Streikpostensystem und die schäblichste Regierungsverordnung. Neben diesen Teil der Rede haben wir schon in der Sonnabendnummer unter schäblichste Angelegenheiten berichtet.

Genosse Heine fuhr dann fort: Nächst dem Koalitionsrecht ist vor allem das Vereinsrecht.

Bei der Schaffung des Reichsvereinsgesetzes wurde verprochen, daß die gewerblichen Koalitionen von dem Gesetz nur Vorteile haben sollten. Angewendet worden ist es aber im koalitionsfeindlichen Sinne. Bei den Beratungen des Gesetzes ist ganz deutlich zum Ausdruck gekommen, daß nur öffentliche politische Versammlungen in geschlossenen Räumen überwacht werden sollten, ferner alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und schließlich Versammlungen aller Art, in denen in einer nichtdeutschen Sprache verhandelt wird.

Wenn die gewerkschaftliche Organisation für politisch erklärt ist, so müssen die Listen der Vorstände bei den Behörden eingereicht werden. In großen Städten macht das nichts aus, aber in kleineren Städten wird dadurch die Gründung von Ortsgruppen unmöglich gemacht, weil die Vorstandsmitglieder sofort unzulässig gemacht werden.

Was ist dagegen zu tun? Die Arbeiterklasse ist im Deutschen Reich an Ungerechtigkeiten gewöhnt. Sie hat das Sozialistengesetz und Verfolgungen aller Art überlebt, und ist immer wieder auf die Beine gekommen. Das eine Abwehrmittel ist, daß die Arbeiter den Spieß umkehren, immer wieder Anzeige erstatten, wo Verle-

lungen der Gegner vorliegen, wegen denen Arbeiter bestraft werden. Eine solche Maßnahme ist der Zutritt für die Dauer doch sehr zeitlich. Werden solche Sachen im Reichstage oder in geeigneter Weise in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht, so erzielt man doch eine gewisse Wirkung. Daher benutze ich auch die Gelegenheit, in bürgerlichen Zeitungen darüber zu schreiben. In dem Kampf über den Terrorismus der Arbeiter ist viel Modegeschrei, das man auch nicht überschätzen darf. Da bekommen die bürgerlichen Zeitungsredaktionen täglich eine Menge Stoff, doch hier Westaru, dort der Oldenburger, dort n. Koebel usw. gegen das Koalitionsrecht gehetzt haben. Von der Sache selbst verstehen die armseligen Schächer von Zeitungsredaktionen nichts, und gibt es denn etwas Bequemeres, als mit der Schere einen Artikel für die Zeitung zurechtzuschneiden? Das dauert so ein paar Jahre, dann finden die bürgerlichen Zeitungsredaktionen etwas anderes, über das sie schreiben können. Wenn die Arbeiterklasse ruhig und fleißig bleibt, dann wird das Geschrei um so eher verstummen. Ehrlichkeit, Kraft und Opfermut waren noch immer für die Arbeiterklasse das Koalitionsrecht ist heute der wichtigste Kulturfaktor. Wenn die Arbeiterklasse erst einmal 100 Jahre ein wirklich freies Koalitionsrecht gehabt hat, dann ist es an der Zeit zu fragen, ob es mißbraucht worden ist, oder ob es das Volk freier und sittlicher gemacht hat.

Der Vortrag wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Darauf folgte die Beschlusseinstimmung folgender Resolution:

Die am 10. Juni 1914 verammelten Funktionäre der Leipziger Gewerkschaften, die rund 70 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten, protestieren mit Entschiedenheit gegen die fortwährenden Versuche, das Koalitionsrecht einzuschränken, weil jede Einschränkung des an sich unzureichenden Rechts einer Aufhebung gleichkommen würde. Bei unfer wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung ist das Koalitionsrecht, insbesondere für die Arbeiterschaft, unerlässlich, und jede Beschränkung des Koalitionsrechts würde bedeuten, daß die Arbeiterschaft Schutz- und rechtlos aufzulassen wußte, wie die Arbeiterklasse und Lebensbedingungen immer tiefer sinken. Ein wichtiger Bestandteil des Koalitionsrechts ist das Streikpostensystem, und jede Einschränkung dieses Rechts durch gesetzliche oder polizeiliche Maßnahmen wirkt als Verklammerung des Koalitionsrechts überhaupt. Das Verlangen nach mehr Schutz der sogenannten Arbeitswilligen entbehrt jeder Begründung und hat nur den Zweck, die arbeitenden Körperschaften im arbeitserfindlichen Sinne gegen die Arbeitgeberorganisationen scharf zu machen und im einseitigen Interesse des Unternehmertums geschäftliche Maßnahmen gegen das bestehende Koalitionsrecht zu erlauben. Nicht Verklammerung, sondern Ausbau des bestehenden Koalitionsrechts ist notwendig, wenn die Arbeiter eines Kulturstaates als Kulturmenschen leben und ihren Verpflichtungen Staat und Gesellschaft gegenüber gerecht werden sollen.

Aus der Partei.

Münchener Repräsentationspflichten.

In unserm Münchener Parteiblatt, der Fränkischen Tagespost, lesen wir:

Unser Münchener Parteiblatt, das sonst über Fürstenermpfänge nicht berichtet, registriert gern für Genossen Witt bemerkenswerte Fälle des Nichterscheinens bei dem feierlichen Empfang von Monarchen. Es ist in der letzten Zeit infolge der Vorgänge beim Schluß des Reichstages vieles über die höfischen Verpflichtungen des zweiten Vorsitzenden des Münchener Gemeindefolgeums geschrieben worden. Während die Münchener Post die Beschauptung der bürgerlichen Presse von der Unmenschlichkeit des Genossen Witt bei einem Empfang des Großherzogs von Hessen und bei dem ihm zu Ehren veranstalteten Hofdiner weder erwähnt noch bestrittet, wendet sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die Meldung der Zeitungen, daß Genosse Witt beim Empfang des Braunschweiger Herzogspaares amwesend war. Wir fanden diese Meldung unter anderem im Bayerischen Kurier und in den Münchener Neuesten Nachrichten, nach deren Berichterstattung Genosse Witt schon eine Uniform trägt. Da nun die Münchener Post feststellt, daß die Nachricht, daß Genosse Witt das Braunschweiger Herzogspaar empfangen habe, unrichtig sei, so ist natürlich auch unrichtig, die von uns scharfhaft übernommene Meldung, daß für die repräsentative Wirksamkeit des Genossen Witt die Beschaffung einer Uniform erforderlich war. Um keine unrichtige Meinung auskommen zu lassen, stellen wir fest, daß Genosse Witt wohl das heftigste Großherzogspaar begrüßt und mit ihm in der Residenz gespeist hat, daß er aber dem braunschweiger Herzogspaar diese Auszeichnung nicht zu teil werden ließ.

Die badische Parteibewegung.

In dem für den Parteitag der badischen Sozialdemokratie erstatteten Bericht des Landesvorstandes wird mitgeteilt, daß die Zahl der organisierten Parteimitglieder Badens 22 007 männliche und 2668 weibliche, also zusammen 25 365 beträgt. Gegenüber dem vorigen Jahre ist eine Zunahme um 4018 zu verzeichnen. Die Fraktionen zählten 1908 erst 384, heute aber 2668 Mitglieder. Die Landtagswahlen im Herbst 1913 verursachten einen Kostenaufwand von 58 320, ein Mehr gegenüber dem Landtagswahlkampf von 1909 um 15 000 Mk. Zum Ausgang der Wahl sagt der Bericht: „Das Ergebnis (Verlust von 11 000 Stimmen) war für uns unglücklich, aber wir haben unsere Pflicht getan. Die wichtigste Lehre, die wir zu ziehen haben, ist die: Ausbau der Organisation. In jenen Kreisen, in denen wir gute, geschlossene Organisationen besaßen, konnten alle Kräfte der Gegner unsere Sieg nicht hindern.“

Bei den Gemeinbewahlen wurden neue Erfolge erzielt. 2013 Bürgerausschuhmitglieder und Stadt- und Gemeinderäte Badens zählen sich zur Sozialdemokratie. Eine Zentrale für das Bildungswesen mit dem Sitz in Mannheim wurde im verflorenen Jahre geschaffen. — Im Parteitag in Berlin wurde für den 7. Kurus der Sohn des Genossen Ad. Ged in Offenburg entsandt. Die Parteipresse entwickelte sich im allgemeinen gut.

Das Reichsvereins- und Versammlungsgesetz wird in neuerer Zeit auch in Baden scharfer gehandhabt. So hat man die Versammlungen der Genossin Rosa Luxemburg, die diese nach dem Frankfurter Urteil in Baden abhielt, sämtlich polizeilich überwacht, auch sonstige größere politische Versammlungen.

Der württembergische Parteitag

findet in diesem Jahre am 25. und 26. Juli in Esslingen statt. Auf der Tagesordnung stehen 1. Geschäftsbericht, 2. Parlamentsbericht, 3. der internationale Kongress in Wien, 4. der Kampf um die Jugend, 5. die Frauenorganisation, 6. Anträge, 7. Neuwahl von Landesvorstand und Landesauschuß, 8. Bestimmung des Ortes der nächsten Landesversammlung.

Aus dem Chemnitzer Agitationsbezirk.

Im vorigen Jahre ist trotz der besonders im Erzgebirge stark aufbreitenden Krise die Mitgliederzahl in allen Kreisen gestiegen. Welche verheerende Wirkungen die Krise z. B. in der Stickerindustrie hatte, zeigt die Stadt Eidenstedt, die seit ungefähr Jahresfrist um etwa 1000 Einwohner zurückgegangen ist. Wenn trotz solcher unglücklicher Wirtschaftsverhältnisse die Mitgliederzahl der Parteivereine von 87 000 auf 44 600 stieg, so kann man lebhaft Genugtuung darüber empfinden. Entsprechend dieser Steigerung haben sich auch die Massenverhältnisse auf entwickelt. Die finanzielle Stärkung ermöglichte in allen Kreisen größere Aufwendungen für das Bildungswesen und die Jugendpflege.

Am vorigen Sonntag wurden die Generalversammlungen der Organisationen abgehalten. Am 10. sächsischen Reichstagswahlkreis hat der Vorsitzende Herr mitgeteilt, daß der Stand der Chemnitzer Volksstimme gut sei. Daß die Zeitung wider alle wichtigen Zeitereignisse bringe, sei an sich zu billigen, in der Volksstimme fehle es aber zurzeit noch an den technischen Einrichtungen, um Bilder ganz deutlich zu bringen, so daß diese Neuerung vorläufig recht eingeschränkt werden sollte. Geäußert wurde von dem Redner die Form, in der die Volksstimme gegen den Vorwärts in Sachen der Faltung der Reichstagsfraktion polemisierte. Der Text der Volksstimme sei sehr reichlich, daß eine Einschränkung manchmal gar nicht schaden könnte. Ueber Unstimmigkeiten mit der Redaktion berichtete im 17. Kreise Genosse Hübner, ein Mitglied der Pressekommission: Bei der Neubesezung der Stelle des auscheidenden Genossen Hermann Müller kam es zu einer Auseinandersetzung über die Frage der akademisch gebildeten Redakteure. Es werde ein Ausgleich zwischen Theorie und Praxis angestrebt. Beschwerden über die redaktionelle Leitung der Volksstimme lagen nicht vor. Der Redner wünschte noch, daß durch die Gründung eines Parteiblatts in Plauen eine Verschärfung des Verbreitungsgebietes der Chemnitzer Volksstimme nicht herbeigeführt werden dürfe. Der Vorwärts (Hohenstein) ist mit der Faltung der Volksstimme zum Kaiser hoch nicht einverstanden. Ein Genosse aus Glauchau bemängelt die Ausführung der Illustrationen in der Volksstimme. Genosse Kuttner, Redakteur der Volksstimme, erklärt, daß eine Ablicht, möglichst viele Akademiker als Redakteure hinzuzuziehen, in der Redaktion in keiner Weise bestehe. Stolle (Glauchau): Die Gründung eines Parteiblatts in Plauen schädigt Chemnitz wie Zwickau. Wir müssen gegen jede Abtrennung protestieren. Die Volksstimme ist schon einmal durch die Verlegung des Arbeiterradfahrers und des Textilarbeiters schwer geschädigt worden. Eine Wiederholung dieser Schädigung muß unter allen Umständen vermieden werden. Schlicher: Gegen die Abtrennung des 17. Wahlkreises protestiere auch ich. Ueber die Einstellung eines Volontärs hat es zwischen der Pressekommission und der Redaktion Differenzen gegeben, doch muß anerkannt werden, daß an sich die Ausbildung von Redakteuren nur wünschenswert ist.

Pandtagsabgeordneter Gen. Wilde (Glauchau) sprach über die bevorstehende Landesversammlung. Er schilderte die Tätigkeit der Pandtagsfraktion. Die Ablehnung des Sekretärpostens durch die Fraktion ist in der Volksstimme zu unrecht bemängelt worden. In der Diskussion bemerkt Kuttner (Chemnitz): Durch die Ablehnung des Sekretärpostens hat die Pandtagsfraktion den Konservativen und den Nationalliberalen ohne Not aus einer schwierigen Situation geholfen. Auf den materiellen Wert des Sekretärpostens kommt es dabei gar nicht an. Ein Fehler der Fraktion war es auch, daß sie sich die Dauerfristungen der letzten Zeit hat gefallen lassen, und nicht eine zweite Session erzwungen hat. Recht besteht keine Möglichkeit, den neuen Streikposten vor das Forum des Landtags zu stellen. Ein Antrag Hohenstein-Ernstthal, der die Landesversammlung ersucht, zweifelsfreie Bestimmungen über die Aufstellung von Landtagskandidaturen zu beschließen, wird einstimmig angenommen.

Am 19. Kreise beriet man über den Antrag auf Aufstellung eines Parteiführers. Bei der Abstimmung waren 198 für und 194 gegen den Antrag; 4 Fettel waren unbeschrieben. Der Kreisvorstand stellt das Wiederkommen des Antrages für nächstes Jahr in Aussicht.

Der Wahlrechtskampf in Preußen

Beschäftigte am Sonntag sehr eingehend die Generalversammlung des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebungs. Von einer Anzahl Genossen, besonders von Stadthagen, Rosa Luxemburg, Düwelle, Kurt Rosenfeld und Ledebour wurde der Berliner Parteivorstand scharf kritisiert, weil er zu wenig Initiative zeige. Unter förmlichem Vorbehalt führte besonders die Genossin Luxemburg aus, daß es außerordentlich gefährlich sei, schmetternde Parolen zu blasen, wie es der Vorwärts nach der bößlichen Erklärung getan habe und hinterdrein nichts zu tun. Sie unterbreitete der Versammlung folgende Resolution:

Die Erklärung des preussischen Polizeiministers am 18. Mai im Abgeordnetenhaus, wie der ganze bisherige Verlauf des Wahlrechtskampfes hat klar bewiesen, daß einzig und allein der höchste Druck des Massenwillens, daß nur der Massenstreik dem gleichen Wahlrecht in Preußen die Bahn zu brechen vermag. Jetzt hat die zweite Etappe der Wahlrechtsbewegung begonnen, die in Berlin wie in ganz Preußen mit steigender Wucht weitergeführt werden muß. Die Verbandsgeneralversammlung fordert die Genossen und Genossinnen von Groß-Berlin aus, mit allen Kräften in Werkstätten, Jahrsabenden, in allen Zusammenkünften dafür zu agitieren, daß der Wille und die Bereitschaft der Massen zur höchsten Machtaufbaltung in Preußen sobald wie möglich zur Tat wird.

Auch Genosse Adolf Hoffmann stimmte dem zu, daß mehr als bisher für den Wahlrechtskampf gesehen müsse, und daß insbesondere der Gedanke des Massenstreiks propagiert werden müsse. Es soll ein Massenstreikfonds angesammelt werden, und zu diesem Zweck legte er folgenden Antrag vor:

Im Hinblick darauf, daß bei der Faltung der preussischen Regierung und der bürgerlichen Parteien in der Frage der

Wahlreform die Anwendung des politischen Massenstreiks als notwendiges Kampfmittel zur Erringung eines gerechten Wahlrechts unvermeidbar erscheint, beschließt die Verbandsgeneralversammlung durch Sammlung eines Kampffonds zu gründen. Die Parteinstanzen für Preußen und das Reich werden ersucht, diesen Beschluß auf Preußen und das übrige Reich auszubehnen.

Die Genossen Richard Fischer, Eugen Ernst und Ernst Dümlich wandten sich gegen die Behauptungen, daß die Instanzen versagt hätten. Das wichtigste sei, daß die Organisation immer mehr ausgebaut werde. Fischer führte unter Widerspruch aus: Wir kriegen das freie preussische Wahlrecht erst an dem Tage, wo die Sozialdemokratie die Macht hat, die preussische Regierung zu stürzen und die Herrschaft des Kapitalismus. Ich würde es für ein Unglück für die Arbeiterbewegung halten, wenn sie auf den Boden gedrängt wird, auf dem Rosa Luxemburg den Wahlkampf führen will. Ich glaube, hierin steht die Mehrheit der Partei auf meiner Seite. In einer kurzen Bemerkung warnte Genosse Scheidemann vom Parteivorstand vor der Annahme des Antrags des Genossen Adolf Hoffmann. Der Antrag fordere von den Parteinstanzen, zu beschließen, daß ein Fonds angesammelt werden solle. Es werde besser sein, die Massen auch beschließen zu lassen, ob und wann gesammelt werden soll, sonst würden wir sicher schlimme Erfahrungen machen müssen. Es könne hier kein für die Genossen des Reiches bindender Beschluß gefaßt werden. Die Resolution Luxemburg wurde einstimmig angenommen; auch der Antrag Hoffmann, nachdem der letzte Satz gestrichen worden war.

In einer anderen Resolution wurde das in Sachen der Demaschierung ergangene Urteil als Ausdruck der Klassenjustiz gekennzeichnet und den Opfern das wärmste Mitgefühl ausgesprochen.

Das sozialdemokratische Familienblatt.

Das illustrierte Familienblatt, dessen Herausgabe der jüngste sozialdemokratische Parteitag zu Jena beschloß, wird mit dem Namen **In allen Gassen**

seinen Weg in die proletarische Welt antreten. Ueberall — in allen Gassen des arbeitenden Volkes also — will es für die Ruhestunden des Kampfes Männern und Frauen und ihrem jungen Nachwuchs ein willkommener Gefährte werden, der zur Sammlung der Kräfte aus dem Enghen ins Weite, aus dem Dunkeln ins Helle, aus dem Nüchtern ins Erfrischende zu führen versteht.

Jede der vierzehntägig erscheinenden Nummern wird mit zahlreichen, durch Tiefdruck wiedergegebenen photographischen Aufnahmen vom Leben der unmittelbaren Gegenwart zeugen. Das Bild wird ein hervorragendes Element dieses Hausblattes der Arbeiterschaft sein. Jede Nummer bringt ein Romanwerk, kürzere Erzählungen und durch Bilder unterstützte Aufsätze zu Fragen des Wissens, die im Jenseitigen liegen; jede wird ein Ratgeber sein, dem alles wichtig ist, was den einzelnen und seine Familie im Sinne einer guten Lebenspflege fördern kann. Die gesunden Kulturkräfte, die im Proletariat aufwärts in Bewegung sind, will die neue Zeitschrift beschäftigen, daß sie im Kleinen wie im Großen ihres hohen Wertes bewußt werden. Die Hefte der Zeitschrift werden mindestens 32 Seiten stark sein und 20 Pfg. kosten.

Die redaktionelle Leitung wurde dem Genossen Dr. Franz Diederich übertragen, der deshalb mit Ablauf dieses Monats aus der Feuilleton-Redaktion des Vorwärts ausscheiden wird. Die erste Nummer der Zeitschrift wird als Werbenummer gegen Mitte September erscheinen. Zuschriften an Redaktion und Verlag sind nach Berlin SW. 68, Lindenstraße 60, zu richten.

Soziale Rundschau.

Ein Kerzestreich in Nürnberg.

In Nürnberg bestehen eine große Anzahl Sozialkrankenkassen, die dem Privatversicherungsgesetz unterstellt und meist von Arbeitern gegründet und geleitet sind. Ihr Zweck ist, die unzureichende Krankenfürsorge der Arbeiter und sonstigen kleinen Leute aus eigener Kraft zu verbessern. Diese Sozialkrankenkassen haben zusammen ungefähr 100 000 Mitglieder und sind ein bedeutender Faktor im sozialen Leben Nürnbergs. Sie stehen schon seit vier Monaten in einem Konflikt mit der Berufsorganisation der Kerzte, ohne daß die breite Öffentlichkeit davon Kenntnis erzielte, weil die Kerzen durch öffentliche Polemik nicht unwürdig die Gegensätze verschärfen wollten. Der scharfe Standpunkt der Kerzte machte aber diese Bestrebungen schließlich zunichte. Am 27. Januar d. J. teilte der Geschäftsauswahlschuss des Kerzlichen Bezirksvereins den Kassenvorständen kurz und bündig mit, daß vom 1. Februar an, also schon nach drei Tagen, für jedes Zeugnis, das die Kerzte Kassemitgliedern ausstellen, 1 Mk. zu bezahlen sei. Mit diesen Zeugnissen hat es folgende Bewandnis: Es sind keine ärztlichen Zeugnisse, sondern lediglich vorgegedruckte Formulare, die von den erkrankten Mitgliedern selbst auszufüllen sind und bei denen der

behandelnde Arzt lediglich den Namen der Krankheit und seine Unterschrift beizufügen hat. Sie dienen für die Kassen als der ärztliche Nachweis für die Erkrankung des Mitgliedes, das auf Bezahlung von Krankengeld Anspruch erhebt, auch für die Beordnung von Krankentagegeld und Besuch von Heilanstalten oder Badeorten sind sie notwendig. Seit Jahrzehnten, so lange die Kassen bestehen, sind die Formulare unentgeltlich ausgefertigt worden, da ja die Kerzte für ihre Krankenbesuche usw. ohnehin bezahlt werden. Nun sollten auf einmal die Kassen in einer Frist von drei Tagen sich bereit erklären, für diese Formulare je eine Mark zu bezahlen, wozu die Vorstände gar nicht berechtigt sind, da es den Satzungen zuwider ist. Die Kerzte stützte ihre Forderung auf das Gebührgesetz für ärztliche Dienstleistungen, das für „ärztliche Zeugnisse“ eine solche Gebühr zuläßt. Aber eben dieses Gesetz sagt klar und deutlich: „Die einfache Unterschrift unter dem gewöhnlichen Schein einer Krankenkasse gilt nicht als ärztliches Zeugnis.“ Und gerade um solche Scheine handelt es sich hier.

Die Kassenvorstände bahnten Verhandlungen mit der Kerzteorganisation an, die aber von dieser scharf abgebrochen wurden, als die Vorstände erklärten, daß sie die Forderung jetzt den Generalversammlungen ihrer Mitglieder vorlegen müßten. Auf den Einwand, daß die Kassen satzungsgemäß nicht berechtigt seien, Mittel für solche Zwecke auszugeben, wurde einfach erwidert, sie sollten die Zeugnisgebühr den Mitgliedern vom Krankengeld abziehen, was wiederum unzulässig ist, weil die Mitglieder den satzungsgemäßen Anspruch auf das volle Krankengeld haben. Die Forderung der Kerzte scheint nicht besonders erheblich, sie machte aber für die Kassen große Beträge aus, bei einzelnen bis zu 12 000 Mk. Im ganzen würde diese ärztliche „Lohnerhöhung“ vielleicht 50 000 bis 60 000 Mk. oder noch mehr betragen. Wird sie auf die erkrankenden Kassemitglieder abgewälzt, so werden auch diese empfindlich getroffen, da viele Arbeiter in mehreren Kassen versichert sind.

Seit dem 15. April sind nun die Kerzte in den Streit eingetreten, indem sie ihren Patienten einfach die Unterzeichnung der frittigen Formulare verweigern. Sie wurden dabei von der Spekulation geleitet, daß die Kassen ohne ärztlichen Krankheitsausweis kein Krankengeld ausbezahlen und dadurch die Mitglieder gegen die Kassenleitungen aufgebracht würden. Der Schlag wurde aber einseitig dadurch pariert, daß die Kassen auch ohne ärztliche Bescheinigung das Krankengeld ausbezahlen. Unter den Kerzten, die scharf und rücksichtslos ihre Forderung durchzuführen beabsichtigen, sind viele ertragreiche bürgerliche Parteimänner, die sich bei Arbeiterkreisen nicht genug über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter entrichten können.

Auskunft in Rechtsfragen.

M. J. E. § 301, Ziffer 10 besagt: Mit Gast wird bestraft, wer, ob schon er in der Lage ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltungspflicht trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde verweigert; daß durch Vermittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß. Es kann statt der Gast auf Geldstrafe bis 150 Mk. erkannt werden. — Sie müssen dem Armenamt gegenüber Ihre eigene Notlage schildern.

M. G. Sie haben nur Ihren etwaigen Mitspielern gegenüber Anspruch auf den entsprechenden Gewinnanteil. Ist das Vos beim Kollekteur nicht für die 5. Klasse gelöst, entfällt kein Anspruch.

M. J. Naunhof. Sie können später eventuell beim Amtsgericht die Erteilung beantragen, so lange aber Ihre Mutter lebt, kann doch von einer Hinterlassenschaft und Ihrem Erbrecht gar nicht die Rede sein.

P. G. 100. 1. Nein; da könnte ein Strafantrag wegen Sachbeschädigung in Frage kommen. Was wollen Sie denn mit dem unreifen Zeug anfangen? 2. Falls im Mietvertrag nichts anderes vereinbart ist, können Sie den alten Zustand wieder herstellen.

C. E., Thorn-Moder. Darlehen verfahren erst in 30 Jahren. — Im übrigen ist Ihre Zuschrift zur Erledigung an die Expedition abgegeben worden.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

- Dienstag:
- Speiseantritt I (Hauptmahlzeit): Grünsüden mit Rindfleisch.
 - Speiseantritt II (Zwischenmahlzeit): Fleisch und Kartoffel mit Rindfleisch.
 - Speiseantritt III (Abendmahlzeit): Fleisch und Spargel mit Rindfleisch.
 - Speiseantritt IV (Zwischenmahlzeit): Rindfleischsalat mit Wiener Würstchen.
 - Speiseantritt V (Abendmahlzeit): Hühner mit Schwarzwedel.
 - Speiseantritt VI (Hauptmahlzeit): Schweinefleisch mit Kartoffeln.
 - Speiseantritt VII (Zwischenmahlzeit): Kalbsfleisch mit Topfkranten.
 - Speiseantritt VIII (Abendmahlzeit): Kalbsfleisch mit Fisch und Senfsalat.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben. Die Expedition.

Thüringer Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Leipzig: Grimmische Strasse, Ecke Augustusplatz, im Königsbau
Leipzig: Wurzer Strasse 11. — Leipzig: Tauchaer Strasse 13.

Kleiner Anzeiger

Vermietungen

Zentrum.
Nähe Johannsplatz sucht aufst. Mädch. ruh. Schlafst. 3-3.50 Dff. Engelmann, Antonstr. 13, P. 1.

Westen.
Al. Logis, 179. u. 1.7. Zu erf. Alsch, Gutf. St. 6, J. W., abds.

HANS EITNER
Internationaler Möbeltransport
Epes, ausführende Transporte
Eigentümer mit wöchentlichen
Fahrplänen: 2. Gang-Transport
Reisezeit: 11/13 und 14/15
Bermietung: Nr. 2, 1850 2010

Berkaufe

1 Mandel Knickeier
60 Pfg.
Töpferstr. 4, a. Matthäikirch.

Versteigerung.

Dienstag, nachm. 3 Uhr, ver-
steigert im Zentralstr. 5;
zirka 540 Pfund feine Knack-
Leber- und Blutwurst, zirka
32 000 St. Zigarren, 80 000 St.
Zigaretten, 30 Flasch. Südweine
und 50 Paack Lebkuchen etc.
Georg Albrocht, Versteig. u. Taxator,
Zentralstr. 5. Tel. 12356.

Eine gute Zigarre

empfehle (1905)
Gottlieb Schade
Papiermüllstr. 1, Cde Hof-St.
*Unterh. Möbel all. Art, spottb.
Gelegk. Sternstr. 61 Rudolph
Mod. Kücheneinricht., 30. u.
f. bill. Neuroman, Volbeding-
str. 31, N 2. Bahn. Transp. frei.
Sofa 15, Tisch 12, Tisch m. Nr. 10
A. Brsch, Vert. Tr. Sp., Zi. 2c.
Lind., Siemerlingstr. 15, II. r.
Sofa, Wascht., Metallstr. u. Matr.
Peterssteinweg 21, r. S. II. 1.

Gardinen u. Vitrinen

Kühn, Leutzsch, Hauptstr. 20, J.

Anzüge

und
Paletots
v. feinst. Cavalier,
Stud. u. hoch. Herr-
schaften wen. getr.,
auch neue, aus engl.
Stoff., auch a. Seid.
8 12 15 18 Mk.
Gehrod., Smoking-
brad-Kuz. auffall.
bill., auch leihweise.
Hof., Jaktis., West.,
Gummimantel
staumend billig.
Kanner, Querst.
Nr. 32, I.
Cde Schützenstr.
Auswärt. Käufer Fahrvergn.

Kaufgefuche

Badeshofen, Schwimmtrikots,
Wettengürtel, Socken, Schläpfe
Einsaghemden, Tricotagen.
Theod. Schulze, Elisenstr. 34, *

Wetr. Knabensachen v. 8-14 J.
zu verk. Pöhlner Strasse 82, I.

Küchenhandtücher,

grün, gefärbt, à St. 30 Pfg
Elsbeth Nelson, Otto Schill-Str. 2.
Frühers Dorotheenstrasse.

50 Fahrräder, à 10 Mk. an

Boethovenstr. 11. *
Nad. 25 u. 35. 4. Hdd. Markt 19.
Eig. fast neu. Funderweg, bill.
Pflaßend. Str. 20, Tr. C. p. Geigen

Gr. Auswahl prämi. Kanarien,

hoch. Sommer-
rübigen, sw. a. Sort. p. Bogelf.,
prkt. Käse v. 20 u. 40 Pfg. v. 2. A
an empf. M. Kraft, Querstr. 17

Offertiere abh. 1014er

Ital. Kührer, beste De-
legier der Welt. Verlangen
Sie Katalog umsonst
H. Lissberger, Halstadt Nr. 53, Baden.

Alte besetzte Gitarren, Geigen,
Mand. kauft Moritzstr. 11, I, 1.

Arbeitsmarkt

Strebs. Arbeiter

in größ. Betrieben beschäftigt
oder nebenberufl. tätig, könn.
sich in Kollegenkreisen häufig.
Verdienst verschaffen. Näh.
durch A. Müller, Mannheim-
Neckarau, Adlerstraße 18. *

Zwei zuverlässige jüngere

Bauklempler

für Reparatur gesucht; zu
melden 5-8 Uhr abends.
Boitwardorf, Kirchstr. 25.

Tüchtige Putzer

für Edelplatz stellt ein
Oskar Fuels
Connewitz, Dölliger Str. 49,
Stud. und Pubeschäft.

Geschirrführer

gesucht. Böhlh.-Ehrenberg,
89581
Wettinerstr. 38.

Stewards (Sobika- kellner)

hohes Einkommen erzielt.
Junge Leute aller Berufs-
klassen, w. als solche z. See
fahren woll. Verd. 350-5000
Mk. p. Reise (4 Wk. 14 Tage)
b. frei. Station. Ausst. u. Mat.
ert. Ford. Kessel, Hannover 495,
Seeemann-Auskunfts-Bureau

Kaufbursche

gef. R. J. Sch., Bahnhöfstr. 40, I.

Unterricht

Schnellweise von 4.50
b. 30. A. Curt Welz,
Moltkestraße 40.

Tanzunterricht

spez. f. alt. Damen u. Herren,
ert. jederzeit, auch Sonntags.
Herm. Papst
22 Dufourstrasse 22.

Tanz unterrichtet erteilt

Tanz Walter Welz

Chauffeure
Leipzig-Gohlis
ausw. Fahrgelegenheit
Preiszahl gratis. Tag & Nacht

Bermischte Anzeigen

Ihre Anzüge

w. w. „neu“ gereinigt, geblü,
Ausg. 2.50 Mk. Abhol. u. Zur-
send. frei. Postkarte genügt
Wüsoherol, „Undino“ Müll-Lager
Herren-Garderobe wird
repariert, geändert u. gebügelt
Plagwitz, Ronnenstr. 36, S. 1.
Anz. - Anzüge a. alt. u. n. Stoff.
Ausf. z. fert. Sidonienstr. 12, I.
Sof. u. Matr. aufpolst. Zimm. auf
bill. u. Merckburg, Str. 30, I.
Gammelfäger Wagner wohnt
jetzt Sonesfelderstr. II, S. 1.